

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



2012: Das fängt ja gut an!

ab Seite 8

Interview:
Der Euro hat sich bewährt

Ex-ÖNB- und EZB-Bankerin Gertrude Tumpel-Gugerell zu Krise und Ratings

8

Schwerpunkt:
Weltuntergangsstimmung

Wie mit der Angst der Menschen fette Geschäfte gemacht werden

32

Wirtschaft&Arbeitsmarkt:
Euro oder „Teuro“

Vor zehn Jahren nahmen wir Abschied vom Schilling, heute vermissen ihn manche

42



8



20



32



40

Schwerpunkt:

Märchenstunde

12

In Europa erzählt man sich nur allzu gerne die Legende von der unverantwortlichen Budgetpolitik.

Ratings in der Krise

14

Vor dem Urteil der Ratingagenturen zittern Staaten. Die Macht der BonitätsprüferInnen soll strenger reglementiert werden.

Zentralbanken: Lender of last resort

16

Warum die EZB Staatsanleihen kaufen sollte und sich deswegen keine Sorgen über Inflation zu machen braucht.

Gemeinsam aus der Krise

18

Eurobonds – gemeinsam garantierte Anleihen der Euroländer – würden die Spekulationen gegen einzelne Staaten verhindern.

Die verlorene Generation

20

Die dramatisch steigende Anzahl junger Menschen ohne Jobs ist die wohl größte Gefahr für das europäische Projekt.

Muskelspiele: Ein Six-Pack für wen?

22

Ende 2011 wurden die Verhandlungen über die umstrittene Economic Governance von Rat und EU-Parlament abgeschlossen.

Bankenrettung in Österreich – ein Geschäft für den Staat?

24

Wer vom Bankenrettungspaket hierzulande profitiert und was es uns BürgerInnen kostet.

„Jeder woass, dass a Geld nit auf da Wiesen wächst ...“

26

Der AK-Unternehmensmonitor 2011 zeigt, wer Gewinne einstreift und wer dafür arbeitet.

Sparen und sparen und sparen

28

Die Schuldenbremse wurde beschlossen. Nun streitet Österreich darüber, ob sie auch in der Verfassung verankert wird.

„Haben wir wirklich über unsere Verhältnisse gelebt?“

30

Die Nahrung von Mythen und Vorurteilen sind meistens fehlende Informationen.

Fürchtet Euch!

32

Der für den 21. Dezember 2012 vorhergesagte Weltuntergang findet Anklang. Die Nachfrage läßt auf ein gutes Geschäft hoffen.

Wunschloses Unglück 34

Wie es kommt, dass wir alle so unglücklich sind, obwohl es uns relativ gut geht. Und was wir dagegen tun können.

Fantastischer Realismus 36

Eisern sparen – so lautet ein nicht gerade einfallreiches Konzept gegen die Wirtschaftskrise. Gibt es keine Alternativmodelle?

Der Weg aus dem Geld 38

Nicht nur mit der Idee eines Wirtschaftssystems mit demokratischem Geldsystem macht Franz Hörmann von sich reden.

Österreichs 98 Komma irgendwas 40

Occupy everywhere: Eine Bewegung breitet sich aus – bis nach Österreich. Doch wer sind diese BesetzerInnen?

Interview:**Der Euro hat gehalten, was wir versprochen haben** 8

Ex-EZB- und ÖNB-Bankerin Gertrude Tumpel-Gugerell über Wege aus der Krise.

Wirtschaft & Arbeitsmarkt:**Euro – „Teuro“ – Krise?** 42**Standards:**

Standpunkt: Tut Wut gut? 4

Veranstaltung: Gerechtigkeit muss sein 5

Aus AK & Gewerkschaften 6/7

Historie: Kaputtanieren 1922 11

Zahlen, Daten, Fakten 44

Man kann nicht alles wissen 46

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

Krise und kein Ende?

Redaktion intern

„Der Euro wird von 330 Mio. Menschen verwendet, genießt hohe Akzeptanz auch über die Eurozone hinaus“, erklärt Bankerin Gertrude Tumpel-Gugerell, die ein Jahr nach der Euro-Einführung vom Direktorium der Österreichischen Nationalbank in das der Europäischen Zentralbank gewechselt ist, im Interview mit der „A&W“ 1/2012 zum Schwerpunktthema „Das fängt ja gut an“!

Weil einem übel werden könnte angesichts des dritten Jahres der Eurokrise, haben wir zu einem drastischen Cover gegriffen. Im Heftinneren lesen Sie nicht

nur Analysen unserer ExpertInnen und JournalistInnen zu Ratingagenturen (S. 14), Eurobonds (S. 18), der Bedrohung Jugendarbeitslosigkeit (S. 20), dem EU-Six-Pack (S. 22) oder dem AK-Unternehmensmonitor (S. 26).

Wir haben uns mit dem Geschäft mit dem Weltuntergang (S. 32), der emotionalen Seite der Krise (S. 34) und alternativen Wirtschaftsmodellen (S. 36) auseinandergesetzt und sind dabei auf Franz Hörmann gestoßen (S. 38). Der geriet kurz vor Drucklegung ins Gerede, mehr darüber und zu Occupy Austria ab S. 40.

Wieder einmal bieten wir Ihnen jede Menge topaktuelle Informationen zu einem wichtigen Thema unserer Zeit. Auch 2011 ist es uns regelmäßig gelungen, den Standpunkt der Arbeit zur Neuregelung der Wirtschaft aufzuzeigen. Das macht den „Arbeit&Wirtschaft“-Sammelband zu einem wichtigen Stück Zeitgeschichte. Sichern Sie sich Ihr Exemplar auf unserer Homepage: www.arbeit-wirtschaft.at.

Wir freuen uns stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

*Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee*



Katharina Klee
Chefredakteurin

© ÖCB-Verlag/Paul Sturm

Standpunkt

Tut Wut gut?

Geht es Ihnen auch so? Wird Ihnen auch übel bei Schlagzeilen wie Schuldenbremse, Rettungsschirm, Untersuchungsausschuss, Korruption und sparen, sparen, sparen?

Im dritten Jahr der Krise hat sich nicht viel geändert. Arbeitsplätze gehen verloren, Menschen rutschen in die Armutsfalle. Nur denen, die das alles mitverursacht haben, geht es offenbar noch immer prächtig. Unternehmen machen fette Umsätze, der Finanzmarkt boomt. Und immer wieder lesen und hören wir, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten und dass wir den Gürtel enger schnallen müssen.

We are 99 percent

Da kann einem schon der Kragen platzen. Und das geht auch mehr und mehr Menschen so. Sie wollen sich das alles nicht mehr gefallen lassen, sie sind wütend. Vor allem in den sozialen Medien finden sie Gleichgesinnte. Sie entdecken die Demokratie (wieder). Bilder vom „Arabischen Frühling“ faszinieren, auch die Erkenntnis, wie viel man gemeinsam bewegen kann. Und dann gar Proteste an der Wall Street: „We are the 99 percent.“ Bunte Bilder der Occupy-Bewegung flimmerten im Herbst 2011 über die Schirme. Hollywoodgrößen, Schriftstel-

lerInnen, WissenschaftlerInnen engagieren sich, Occupy breitete sich international aus. Am 15. Oktober 2011 fanden in rund 1.000 Städten weltweit Aktionen statt, auch in Österreich, mitorganisiert von der Plattform „Wege aus der Krise“.

In den letzten Tagen ist nun Occupy Austria in einen Sturm der Kritik geraten. Stein des Anstoßes ist Franz Hörmann. Der WU-Professor, der gemeinsam mit dem Wirtschaftswissenschaftler Otmar Pregetter das Buch „Das Ende des Geldes“ veröffentlicht hat (S. 38 ff.), macht mit rechtem Gedankengut von sich reden. Occupy Austria und andere distanzieren sich von ihm. Klagsandrohungen und rechtliche Schritte stehen im Raum, in den sozialen Netzwerken finden wilde Wortgefechte statt.

„Das Einzige, was wir gemeinsam haben, ist, dass wir die 99 Prozent sind, die die Gier und Korruption eines Prozents nicht mehr tolerieren wollen“, steht auf occupy.org. Wie man an den jüngsten Entwicklungen sehen kann, reicht das wohl nicht. Es ist schade um die schöne Wut der Menschen, die jetzt vielleicht wieder der Bewegung enttäuscht den Rücken kehren und nicht mehr an eine bessere Welt glauben. Doch eine bessere Welt ist möglich. Demokratie darf Spaß machen, Engagement hat Sinn und gemeinsam sind wir stärker. Aber mehr als

anderswo gilt dort, wo auch jede Menge Wut vorhanden ist, das Motto: Trau, schau, wem. Es reicht nicht dagegen zu sein, man muss auch wissen, was Alternativen wären und bereit sein, Verantwortung mitzutragen.

Wir sind 30 Prozent

Wir sind 30 Prozent – der ArbeitnehmerInnen, wir Gewerkschaftsmitglieder. Auch wir sind wütend und empört über die Ungerechtigkeit. Wir fordern schon lange ein Umdenken. Und wir haben Ideen für eine solidarischere Gesellschaft. Auch wir sind offen, überparteilich und arbeiten mit vielen Gruppen der Zivilgesellschaft zusammen. Wir hören zu und scheuen uns nicht den Mund aufzumachen. Auch wir haben ExpertInnen und Visionen. Und wir wollen aktiv die Welt verbessern. Ja, wir verlangen einen Mitgliedsbeitrag, dafür bieten wir aber auch etwas: Jede Menge kostbarer Information und Weiterbildung – und Menschen, die sich in der Arbeitswelt und bei Gericht für Sie einsetzen. Und Demonstrationen mit Lust und originellen Plakaten haben wir auch. Da können Sie gerne mitmarschieren, ohne Mitgliedsbeitrag. Und Sie können sich ziemlich sicher sein, dass Sie dabei nicht in schlechte Gesellschaft geraten. So tut Wut gut.

Gerechtigkeit muss sein

Mehr als 400 engagierte VertreterInnen aus AK und ÖGB erarbeiteten am 20. Jänner 2012 bei einer Konferenz in Wien Vorschläge zum Defizit-Abbau.

Bis auf den letzten Platz gefüllt war das Bildungszentrum der AK Wien am Freitag, den 20. Jänner 2012. Mehr als 400 FunktionärInnen aus Arbeiterkammer, Gewerkschaften und ÖGB waren gekommen, um über die ArbeitnehmerInnenposition zur Budgetkonsolidierung zu diskutieren.

Inhaltliche Anregungen dazu kamen von Klaus Busch (Vertrauensdozent an der Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften) und dem Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und

Statistik der AK Wien, Markus Marterbauer.

Fünf Stunden lang debattierten die KollegInnen engagiert und erarbeiteten eine gemeinsame Position zum Thema Defizitabbau. Dabei ging es vor allem darum, das Defizit ohne falsches Sparen zu reduzieren – dieses vernichtete Arbeitsplätze, waren sich die ArbeitnehmervertreterInnen einig. Daher seien zur Budgetsanierung dringend neue Einnahmen nötig – und die dürften nicht wieder zu Lasten der ArbeitnehmerIn-

nen gehen. ÖGB-Präsident Erich Foglar meinte dazu: „Wir müssen immer wieder wiederholen, dass die ArbeitnehmerInnen nicht schuld an der Krise sind, auch wenn es niemand mehr hören will, weil außer uns sagt das niemand. Wenn ein Wahnsinniger unser Haus anzündet, dann können wir das beklagen und unsere Unschuld beteuern – wir werden aber trotzdem zum Feuerlöscher greifen müssen.“

Alle Infos und Unterlagen unter: tinyurl.com/7d2mu64



Fünf Stunden lang erarbeiteten mehr als 400 ArbeitnehmervertreterInnen im AK-Bildungszentrum in Wien Vorschläge und Positionen zur Budgetkonsolidierung.



Auch die Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp und AK-Vizepräsidentin Dwora Stein meldete sich bei der intensiven Diskussion beim ÖGB/AK-Gipfel zu Wort.



„Ja zum Schuldenabbau, aber ohne Wachstum und Beschäftigung zu gefährden“, forderte Bundesarbeiterkammerpräsident Herbert Tumpel in seiner Auftaktrede.



Das ÖGB/AK-Positionspapier zur Budgetkonsolidierung wurde von Bernhard Achitz (Leiter Grundlagenabteilung ÖGB) und Werner Muhm (AK-Wien-Direktor) präsentiert.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.
Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adolf Buxbaum,
Lucia Bauer, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth
Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin), Karl Kollmann,
Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Pia Lichtblau, Markus
Marterbauer, Klaus-Dieter Mulley, Markus Netter, Brigitte
Pellar, Elke Radhuber, Alexander Schneider, Georg Sever,
Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Margit Epler,
Astrid Fadler, Georg Feigl, Markus Haiden, Harald Kolerus,
Sebastian Körber, Markus Marterbauer, Gabriele Müller, Klaus-
Dieter Mulley, David Mum, Amela Muratovic, Markus Oberbauer,
Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Bruno Rossmann, Christa Schlager,
Lisa Seidl, Paul Sturm, Christina Wieser, Thomas Zotter

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

Arbeiterkammer:

Tarife vergleichen bringt Bares

Die richtige Anbieterwahl bei Handy und Internet hilft sparen!

Je nach Tarifmodell kann man sich etwa beim Handy durchschnittlich 80 Prozent an Kosten sparen. Das zeigt eine AK-Analyse der AK-Tarifrechner von mehr als 65.000 KonsumentInnenabfragen. „Freiminuten beim Handy oder Datenpauschalen beim mobilen Internet beispielsweise erschweren es den Konsumenten, die vielen Angebote zu vergleichen“, sagt AK-Konsumentenschützerin Daniela Zimmer. Derzeit sind zum Beispiel 85 Mobilfunk- und 46 mobile Internettarife in den AK-Rechnern abrufbar. Die AK hat 65.367 KonsumentInnenabfragen von Jänner bis Oktober 2011 ausgewertet. Aufgrund der KonsumentInneneingaben hat die AK den billigsten Tarif mit den anderen ausgewiesenen Tarifen geprüft. Beim Handy können sich KonsumentInnen im Schnitt 30 Prozent sparen, zeigt der Vergleich des billigsten mit dem

drittbilligsten Tarif. Kostet zum Beispiel der drittgünstigste Handytarif im Monat 30 Euro (Grundgebühr plus Telefonminuten), würde der günstigste ermittelte Tarif nur 21,21 Euro kosten (29 Prozent Preisunterschied). Der Preisvorteil zwischen billigstem und mittlerem Tarif fliegt bei durchschnittlich 80 Prozent.

Beim Breitbandinternet sind durchschnittlich von acht bis zu 61 Prozent (abhängig von der Entbündelung) an Ersparnis drinnen allein zwischen drittbilligstem und billigstem Tarif, beim mobilen Internet sind es durchschnittlich 27 Prozent und beim Festnetz im Schnitt 24 Prozent. Wer zum günstigsten statt zum mittelpreisigen Tarif greift, kann zum Beispiel beim Breitbandinternet durchschnittlich 77 Prozent sparen.

Alle Infos dazu:

tinyurl.com/7wwayao

ÖGB:

Johann-Böhm-Stipendien

Förderung von Diplomarbeiten und Dissertationen – jetzt bewerben!

Der Johann-Böhm-Fonds will die Forschung zu Themen fördern, die für die ArbeitnehmerInnenvertretung von Bedeutung sind. Deshalb vergibt der ÖGB jedes Jahr vier bis sechs Stipendien, die je nach Art der wissenschaftlichen Arbeit mit bis zu 5.000 Euro honoriert werden. Ziel ist es, qualitativ hochwertige Arbeiten zu bekommen, die dann dem ÖGB-

Verlag zur Publikation vorgeschlagen werden können.

Spätestens zum Zeitpunkt der Bewerbung muss der/die BewerberIn Gewerkschaftsmitglied sein.

Achtung: Die Bewerbungsfrist endet am 15. Mai 2012.

Details zur Vergabe der Stipendien: www.oegb.at/stipendien

OFFENLEGUNG gemäß Mediengesetz, § 25:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.
Unternehmensgegenstand: Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art, Datenverarbeitung für Dritte, Handelsgewerbe und Handelsagenden, Werbung und Marktkommunikation.
Geschäftsführung: Mag. Gerhard Bröthaler, MBA, DI (FH) Roman Grandits
Einziges Gesellschafter: ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H.
Mehrheitsgesellschafter der ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H.: Österreichischer Gewerkschaftsbund
Sitz: Wien
Betriebsgegenstand: Herstellung und Verbreitung sowie der Verlag literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, Lehrmitteln und Buchkalendern; die Erbringung von Dienstleistungen in der Informationstechnik, der Handel mit dem Betriebsgegenstand dienenden Waren sowie das Ausüben der Tätigkeiten einer Werbeagentur.
Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 17. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

ÖGB:

Schluss mit Steuermärchen

Budgetsanierung: Ohne neue Einnahmen wird's nicht gehen.

Budgetdefizit verringern, Schulden abbauen – aber wie, und wer soll's bezahlen? Vorschläge dazu gibt es von vielen Seiten – auch viele Halbwahrheiten und Märchen. „Österreich ist schon ein Hochsteuerland“, hört man oft. Stimmt, aber wer den größten Teil der Steuern leistet und wer viel zu wenig beiträgt, wird nicht gesagt. „Neue Steuern schädigen den Wettbewerb“ ist ein weiteres Steuermärchen, das gerne aufgetischt wird, wenn es darum geht, neben sinnvollen Einsparungen auch faire Beiträge der Reichen zu verlangen.

Der ÖGB hat sich immer dazu bekannt, dass das Defizit abgebaut werden muss. Nur mit stabilen Finanzen kann der Sozialstaat verbessert und langfristig abgesichert werden. Der ÖGB hat dazu auch selbst Vorschläge gemacht, z. B. die Anhebung des tat-

sächlichen Pensionsantrittsalters. Ohne neue Einnahmen wird's allerdings nicht gehen – das ist die Devise des ÖGB und der Gewerkschaften bei der Verringerung des Defizits.

Gegen neue Einnahmen – vor allem von jenen, die es sich leisten können – formiert sich breiter Widerstand: Die Industriellenvereinigung (IV) lässt sich ihre Initiative gegen eine „Steuerlawine“ viel Geld – in Form von Inseraten – kosten. Reichensteuern lehnt die Industrie ab. Die Argumente sind wenig neu: Neue Steuern schaden dem Wachstum, das koste Arbeitsplätze.

Auch Ökonomen – u. a. der Chefökonom der IV – haben sich zu Wort gemeldet, als „Privatpersonen“, haben sie betont. Auch sie lehnen neue Steuern als standort- und wettbewerbsschädigend ab, mit einer Ausnahme: Die

Mehrwertsteuer könnte schon erhöht werden, zwei bis drei Milliarden Euro würde das bringen.

Der ÖGB lehnt das strikt ab: Gerade ärmere Menschen – und immerhin sind 511.000 Menschen laut Statistik Austria manifest arm – wären von höheren Massensteuern massiv betroffen. Sozial gerechte Budgetsanierung heißt für den ÖGB nicht, sich bei den Ärmsten der Gesellschaft die Milliarden zu holen.

Gegner von Vermögenssteuern strazieren immer die gleichen Argumente, die durch Wiederholung allerdings auch nicht richtiger werden. Wir haben die häufigsten Aussagen entkräftet.

Gerüchte und Wahrheiten zum Steuersystem:

tinyurl.com/6w983fb

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

Die Bürgerinnen und Bürger haben
das Recht, gehört zu werden.

Ab **1. April 2012** steht in Europa **ein neues Instrument für direkte Demokratie** zur Verfügung. EU-Bürgerinnen und -Bürger können von der EU-Kommission eine **konkrete Gesetzesvorlage** verlangen. Dafür braucht es in Zukunft:

- mindestens eine Million Unterschriften innerhalb eines Jahres
- aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten und
- je nach Einwohnerzahl eines Landes eine Mindestzahl an Unterschriften (für Österreich z. B.: 14.250).



Werden Sie aktiv!
Wir unterstützen Sie dabei:
ebi.zukunfteuropa.at

EUROPÄISCHE
BÜRGERINITIATIVE

Neu ab April

Eine Information der Europapartnerschaft,
finanziert aus Mitteln der Europäischen Union.

Der Euro hat gehalten, was wir versprochen haben

Ex-EZB- und ÖNB-Bankerin Getrude Tumpel-Gugerell über Wege aus der Krise.

ZUR PERSON

Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell



Geboren 1952 in Kapelln, NÖ.
Studium der Volkswirtschaftslehre

1975–1981 Volkswirtin bei der Österreichischen Nationalbank (OeNB)

1981–1984 Wirtschaftspolitische Beraterin des österreichischen Finanzministers

1985–1997 Verschiedene leitende Funktionen in der OeNB

1997–2003 Direktoriumsmitglied der OeNB

1998–2003 Vize-Gouverneurin der Österreichischen Nationalbank

2003–2011 Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank

Seit 2003 Mitglied des Universitätsrats der Universität Wien

Seit 2011 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Mitglied in mehreren Aufsichtsräten (u. a. Wien Holding AG, ÖBB Holding AG, Finanzmarkteteiligungs AG)

Sie ist verheiratet mit dem Präsidenten der österreichischen Bundesarbeitskammer Mag. Herbert Tumpel.

Arbeit&Wirtschaft: „Das fängt ja gut an“ ist unser Schwerpunkt zum Jahresbeginn. Frau Mag. Dr. Tumpel-Gugerell, wie hat für Sie das Jahr 2012 begonnen – in neuen Funktionen nach einer langen Karriere in der Österreichischen Nationalbank und der Europäischen Zentralbank?

Gertrude Tumpel-Gugerell: Das neue Jahr hat gut begonnen. Nach ein paar ruhigen Tagen im Salzkammergut habe ich

wieder mit meiner Vortragstätigkeit begonnen. Es gibt sehr viel Interesse daran, die aktuelle Wirtschaftssituation und die Aussichten für die Eurozone zu diskutieren, und es sind sehr interessante Begegnungen.

Sind Sie angesichts der aktuellen Diskussionen eigentlich froh, nicht mehr in den Entscheidungs- und Verantwortungsgremien der Banken zu sitzen?

Ich habe diese Aufgabe sehr gerne gemacht und die weiteren Entwicklungen in diesem Sektor interessieren mich natürlich sehr. Es hat sich meine Funktion verändert, aber mein Interesse an der Wirtschaftspolitik ist gleich geblieben.

Seit Jahresbeginn füllt ein großes Thema die Wirtschaftsseiten der Zeitungen – der Verlust des Triple-A. Ist es wirklich so schlimm von AAA auf AA+ herabgestuft zu werden?

Ein Rating ist die Sichtweise internationaler Finanzanalysten auf unser Land. Natürlich ist es ein Unterschied zwischen Triple-A oder Double-A+. Mit dieser Abstufung wird auf ein paar strukturelle Herausforderungen in Österreich hingewiesen: Die Frage des künftigen Budgetkurses, die Wachstumsaussichten und eben die Frage von Problemen in den Nachbarländern, die mit unserer Wirtschaft eng verbunden sind; Italien und Ungarn sind in diesem Zusammenhang angesprochen worden. Wie gesagt, es handelt sich dabei um eine Einschätzung, und natürlich wird sich Österreich sehr bemühen rasch wieder zum Kreis der Triple-A-Län-

der zu gehören, wie es die letzten Jahre auch war.

Was halten Sie von den Ratingagenturen? Hatten Sie schon persönlich mit ihnen zu tun?

Natürlich hatte ich in meinen Funktionen immer wieder mit Analysten zu tun. Das sind Ökonomen, die Zahlen analysieren und Interviews führen. Sie machen sich auch ein Bild von den Absichten der handelnden Personen.

Wie objektiv können die Ratingagenturen sein?

Es hat nach der Finanzkrise eine intensive Debatte über die Rolle der Ratingagenturen gegeben und die Europäische Kommission hat Regulierungsschritte wie die Erhöhung der Transparenz oder die Verpflichtung zur Offenlegung der Methoden gesetzt. Weitere Maßnahmen werden folgen und die Analysen der Ratingagenturen werden wohl noch kritischer betrachtet werden als in der Vergangenheit.

In diesen Tagen wird nach wie vor über die „Schuldenbremse“ – und ob sie in der Verfassung verankert werden soll – diskutiert. Wie denken Sie darüber?

Das ist eine Absicht, die auch auf europäischer Ebene vereinbart wurde. Der Gedanke dahinter ist, in den einzelnen Ländern Klarheit über die künftige Ausgaben- und Einnahmenpolitik zu haben. Natürlich gibt es dabei auch Unsicherheiten wie der künftige Wachstumskurs und das Ergebnis von Verhandlungen über

Der Euro hat sich bewährt. Es geht darum, Probleme in der Finanzierung der Staaten zu überwinden, und daher werden auf EU-Ebene große Anstrengungen unternommen, um die Finanzierung der Staaten wieder langfristig sicherzustellen.



Beiträge auf der Ausgaben- und Einnahmenseite. Mit der Schuldenbremse, wie sie einige Länder in der Verfassung bereits verankert haben – z. B. die Schweiz oder Deutschland –, wollte man sich langfristig zu einem bestimmten Budgetkurs verpflichten. Klar ist, dass sich europäische Länder mit und ohne Schuldenbremse in der Verfassung auf ihre mittelfristigen Wachstumsaussichten, auf ihre Verpflichtungen, die die öffentliche Hand zu erwarten hat, einstellen. Wir sollten uns vor Augen führen, dass die EU-Staaten sehr viele Leistungen für ihre BürgerInnen erbringen, wie Finanzierung von Aus- und Weiterbildung, Krankenversicherung und Altersvorsorge. Ich finde das auch gut so. Wenn wir diese Leistungen in Zukunft vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung weiter gewährleisten wollen, müssen wir Ausgaben- und Einnahmentwicklungen auf eine Ebene bringen, die es dem Staat ermöglicht auch in Phasen schwächerer Konjunktur gegenzusteuern.

Manche behaupten ja, wir hätten zu viel für den Sozialstaat ausgegeben – haben wir das?

Es gibt zwei Tendenzen: Zum einen haben wir heute niedrigere Wachstumsraten als in den 1960er- und 1970er-Jahren, und die öffentliche Hand hat auch viele neue Verpflichtungen übernommen. Zum anderen haben wir eine Finanzkrise hinter uns, die sehr teuer war. Es mussten nicht nur Konjunkturprogramme finanziert und Banken durch Rekapitalisierung gerettet werden. Starke Auswirkungen auf das Budget hatte vor allem

der Wachstumseinbruch 2009, der zu massiven Steuerausfällen und Mehrausgaben geführt hat und noch immer in der Verschuldung und im Defizit sichtbar ist.

Was wir noch nicht ausreichend berücksichtigt haben, sind langfristige demografische Entwicklungen: das Verhältnis Jung und Alt, der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und in der Alterspension. Diese Themen fair und langfristig zu positionieren ist eine ganz wichtige Aufgabe.

Bei den Pensionen wurden ja die Menschen animiert vermehrt privat vorzusorgen, was sich angesichts der Finanzmarktkrise 2009 als äußerst ungünstig für viele erwiesen hat ...

Wir werden in Österreich auch weiterhin ein Mischsystem aus einer staatlichen und einer freiwilligen, privaten Pensionsvorsorge haben. Auch hier hat man aus den Erfahrungen gelernt und es ist sicher auch in der Veranlagungspolitik ganz besonders wichtig, diese private Vorsorge risikobewusst zu veranlagern und nicht zu hohe Renditerwartungen zu wecken. Wichtig ist, dass ein staatlicher Anteil bestehen bleibt.

Von 2003 bis 2011 waren Sie Mitglied im Direktorium der EZB – Kollege Zotter meint in dieser A&W, die EZB sei Totengräberin der europäischen Idee, weil sie sich bislang geweigert hat, Staatsanleihen zu kaufen ...

Die unkonventionellen Maßnahmen der EZB waren sehr wichtig, um die Wirksamkeit der Geldpolitik aufrecht zu er-

halten, zur Stabilisierung der Märkte und um Unsicherheiten zu reduzieren.

Erstens hat sie 2008 sehr rasch die Zinsen gesenkt und damit allen, die Kredite haben, ermöglicht, ihre Finanzierungskosten zu senken. Damit konnte sich auch wieder mehr wirtschaftliche Aktivität entfalten.

Zweitens hat sie den Banken unbegrenzt Liquidität zur Verfügung gestellt – kurz- und längerfristig – und damit verhindert, dass es zu einer Kreditklemme kommen konnte. Eine Kreditklemme wäre, wenn die Banken keine Kredite mehr geben, weil sie selber die notwendige Finanzierung dafür nicht bekommen können. Weiters hat die EZB im Dezember 2011, als neuerlich die Unsicherheit auf dem Geldmarkt sehr groß geworden ist, den Banken Liquidität für drei Jahre zur Verfügung gestellt. Das ist ein sehr großer Schritt, um der Unsicherheit im Finanzsektor und bei der Finanzierung der Staaten entgegenzuwirken. Die EZB hat daher wesentlich zur bisherigen Bewältigung der Finanzkrise beigetragen.

Was die EZB nicht macht, ist aus ihren Mitteln direkt von den Staaten Staatsanleihen in großem Umfang zu kaufen oder Banken mit frischem Kapital zu versorgen. Das ist ihr in ihrem Statut ausdrücklich verboten und war eine wichtige Voraussetzung für die Gründung einer stabilitätsorientierten Währungsunion. Dieses Verbot der Staatsfinanzierung wurde angesichts der Erfahrungen mit hoher Inflation, wie sie Deutschland und Österreich nach dem 1. und dem 2. Weltkrieg erlebten, formuliert.

Eurobonds, gemeinsam garantierte Anleihen der Euroländer, für die die Eurozone als Ganze haftet, würden die Spekulation gegen einzelne Staaten verhindern, meint ein anderer unserer Autoren – richtig?

Eurobonds werden immer wieder in Diskussion gebracht. Wenn es gelingt die Fiskalpolitik der einzelnen Länder so stark untereinander abzustimmen, dass auch Vertrauen besteht in die Einhaltung dieser gemeinsam vereinbarten Regeln, könnte es langfristig zur Ausgabe von Eurobonds kommen.

Wenn Sie heute die Europäische Investitionsbank betrachten, sehen Sie, dass hier die Regierungen gemeinsam für die Anleihen dieser Bank haften. Man könnte also sagen, es gibt bereits Eurobonds im kleinen Umfang. Die Europäische Investitionsbank finanziert langfristige Infrastrukturprojekte und hat sich bisher sehr gut bewährt.

Für wie wirksam halten Sie das Six-Pack der EU?

Das Six-Pack der EU – ein Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung – enthält neue Spielregeln in der Zusammenarbeit der Staaten; es beinhaltet vor allem eine weitreichende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und erweitert den Fokus auf andere Themen wie den Umgang mit makroökonomischen Ungleichgewichten zwischen den Mitgliedsstaaten.

Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber natürlich ist die große Herausforderung für die PolitikerInnen in den verschiedenen Ländern ihre Bevölkerung von einer mit den europäischen Entwicklungen vereinbaren Politik zu überzeugen.

Und vom Euro: Zehn Jahre Euro – da und dort wird nach wie vor über Abschaffung diskutiert – wie sehen Sie das?

Der Euro hat das gehalten, was versprochen wurde: Er hat Preisstabilität gebracht. Wir haben in den ersten zehn Jahren des Euro im Durchschnitt niedrigere Preissteigerungen gehabt als in den Jahren davor, nämlich rund zwei Prozent

pro Jahr. Das ist sehr wichtig für das Vertrauen in eine Währung und das zeigt ja auch das Vertrauen, das den Euro nach dem US-Dollar zur zweitwichtigsten Reservewährung der Welt gemacht hat. Wir haben in den letzten Jahren große Herausforderungen in der Währungspolitik gehabt, wie z. B. enorme Erdölpreissteigerungen, Lebensmittelpreissteigerungen, hohe Wechselkurschwankungen in den ersten Jahren des Euro. Das heißt, es ist gelungen all diese externen Einflüsse abzufedern, die Wirtschaftsaktivität im europäischen Binnenmarkt zu verstärken und die Wirtschaftsverflechtung zu vertiefen.

Denken Sie nur daran, was mit österreichischen Exporten geschehen wäre, wenn Italien weiterhin abwerten hätte können. Die österreichischen Erfolge im Export sind auch durch den Euro erst möglich geworden.

Der Euro wird von 330 Mio. Menschen verwendet, genießt hohe Akzeptanz und wird auch über die Eurozone hinaus verwendet. Sie können heute in der Schweiz, in Großbritannien genauso mit Euro zahlen wie in vielen osteuropäischen Ländern.

Der Euro hat sich bewährt. Es geht darum, Probleme in der Finanzierung der Staaten zu überwinden, und daher werden auf EU-Ebene große Anstrengungen unternommen, um die Finanzierung der Staaten wieder langfristig sicherzustellen.

War die Bankenrettung in Österreich ein tolles Geschäft für den Staat, wie teilweise propagiert?

Diese Kapitalzuführung wurde gemacht, um den Banken über eine schwierige Phase zu helfen und das Vertrauen zu erhalten. Die Banken haben sich verpflichtet dieses Kapital wieder zurückzuzahlen, und erst dann kann eine Endabrechnung gemacht werden.

Viel um sich reden macht derzeit die Occupy-Bewegung, in Österreich in diesen Tagen besonders auch Professor Hörmann, der bereits letztes Jahr in seinem Buch ein „Ende des Geldes“ gefordert hat und nun vom „Profil“ ins rechte Eck gerückt wurde – kennen Sie sein Buch?

Ja, denn ich habe mit Professor Hörmann erst vor Kurzem eine Diskussion gehabt. Ich teile seine Ansichten zur Funktionsweise des Geldwesens absolut nicht und halte es für problematisch, wenn man sich aus dem Wirtschaftssystem auskoppeln will.

Wir brauchen Banken, die das Geld der AnlegerInnen solide verwalten und Wirtschaft und Private mit Krediten versorgen. Ich denke nicht, dass er ein Patentrezept gefunden hat.

Was können die BürgerInnen in all dieser Unsicherheit überhaupt mit ihrem Geld tun – so sie noch welches haben?

Sie sollten sich auf alle Fälle genau anschauen, wem sie ihr Geld anvertrauen, sich beraten lassen und eine zweite Meinung einholen, und nicht auf scheinbar günstige Geschäfte wie Fremdwährungskredite einsteigen. Die bedeuten zwar kurzfristig niedrigere Zinsen, beinhalten aber längerfristig ein hohes Wechselkursrisiko.

Wir leben in Zeiten, wo es auf den Finanzmärkten große Bewegungen gibt und daher ist besondere Vorsicht geboten.

Zuletzt eine private Frage: Sie sind mit dem Präsidenten der Bundesarbeitskammer Herbert Tumpel verheiratet – wie sehr beeinflusst Ihrer beider Berufsleben die Privatsphäre?

Wir reden nicht so viel über diese Themen. Wir machen da keine Vorabstimmung der Positionen (lacht). Es war immer schon so, dass jeder seine Sache macht und sehr konzentriert daran arbeitet. Wir haben natürlich differenzierte Positionen, jeder hat seine politische Meinung und seine Aufgaben.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Kaputtsanieren 1922

Ein ausgeglichenes Budget und eine zerstörte Volkswirtschaft mit explodierender Arbeitslosigkeit als Folgen falscher Sanierungspolitik.

1922 drohte ein Staatsbankrott. Die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Seipel wendete sich an den neu gegründeten Völkerbund in Genf um Finanzhilfe. Dort hatten die Sieger des Ersten Weltkriegs, die „Entente-Mächte“, das Sagen. Ihre Banker bestimmten die Auflagen für den „Rettungsschirm“. Drei ZeitzeugInnen schildern hier, was sich damals abspielte und warum.

Richard Wagner, Redakteur des freigewerkschaftlichen Schneiderfachblatts, zur Ausgangslage:

... am 4. Oktober 1922 wurde der Genfer Pakt von den Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens, der Tschechoslowakei und Österreichs unterzeichnet. Die Entente gewährte Österreich eine Anleihe von 650 Millionen Goldkronen. ... Der Genfer Vertrag ... unterstellte es der Kontrolle eines Generalkommissärs, den der Völkerbund ernannte, und einem Kontrollkomitee der Mächte. Der Generalkommissär entschied über die Verwendung der Anleihe und machte so das Land in allen seinen Beschlüssen von ihm abhängig.

Käthe Leichter, Leiterin des Referats für Frauenarbeit und Gemeinwirtschaft der Arbeiterkammern in Wien, zu den Folgen:

... die Genfer Sanierung bedeutete eine Sanierung des Staates auf Kosten der Wirtschaft. Durch die jähe Stabilisierung des Geldwertes verlor die österreichische Industrie mit einem Schlage die Absatzmöglichkeiten, die ihr die Geldentwertung auf den Auslandsmärkten verschafft hatte, während gleichzeitig die von Genf diktierte und kontrollierte Finanzpolitik durch

Massenabbau ihren inneren Markt einengte, durch Steuer- und Tarifierhöhungen, durch Hochhaltung des Zinsfußes und Kreditverknappung ihre Produktionskosten wesentlich erhöhte. Auf die Sanierung folgte die Sanierungskrise. ... Ihren Höhepunkt fand (sie) im Jahre 1926. ... Der Staatshaushalt war in Ordnung, die laufende Gebarung schloss sogar mit einem Überschuss ab. Aber jetzt zeigte sich erst in voller Klarheit, wie richtig der Gewerkschaftskongress im Frühjahr 1923 ... diese Entwicklung vorausgesehen hatte: „Die vorübergehende Milderung der Krise der Staatswirtschaft ist erkaufte durch eine verschärfte Krise der Volkswirtschaft.“ ... Sinkende Produktion und sinkende Fertigwaren-Ausfuhr, trotz Stabilisierung steigende Lebenshaltungskosten, erschreckend anwachsende Arbeitslosigkeit – das ist die wirtschaftliche Entwicklung, die durch die Sanierung ausgelöst wurde.

Karl Renner, Gründungskanzler der Republik und 1923 sozialdemokratischer Oppositionspolitiker, beim Kongress der Freien Gewerkschaften zur Ideologie, von der das Sanierungskonzept bestimmt war:

... Abbau des Wirtschaftsstaates – der Staat soll nicht wirtschaften. Abbau des sozialen Staates – der Staat soll keine Sozialpolitik treiben. Abbau des Wohlfahrtsstaates – keine soziale Fürsorge. Abbau des Kulturstaaes ... Niederhaltung der Arbeiterklasse ... Dieses neue Manchestertum, das im Staate nichts anderes sieht als ein Mittel der Polizei und der Gewalt, und nicht ein Mittel der Wirtschaft, der sozialen Verwaltung und der Kultur, ist die Heilslehre der Bourgeoisie geworden ...

Zusammengestellt und kommentiert von
Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at



Plakat zur Völkerbundanleihe. Die österreichische Regierung war von Wirtschaftswissenschaftlern der „Wiener Schule“ beeinflusst, aus deren Theorien der moderne Neoliberalismus hervorging. Karl Renner nannte es 1923 „neues Manchestertum“.

Märchenstunde

In Europa erzählen PolitikerInnen, JournalistInnen und WirtschaftsexpertInnen gerne die Legende von der unverantwortlichen Budgetpolitik.

Autor: Georg Feigl

*Referent für öffentliche Haushalte
in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und
Statistik der AK Wien*

Vor gar nicht allzu langer Zeit herrschten scheinbar paradiesische Zustände: Globale, durch Deregulierung und elektronischen Handel entfesselte Finanzmärkte sorgten für traumhafte Gewinne, die durch Steuer-senkungen zusätzlich gefördert wurden. Trotzdem konnten die Budgetsalden verbessert und die Staatsverschuldung abgebaut werden, nicht zuletzt, weil die Disziplinierung der Budgetpolitik im Zuge der Euro-Einführung (Stichwort Maastricht-Defizit) gewisse Grenzen setzte. Das einzige Risiko schien darin zu bestehen, nicht oder zu spät mitzumachen. Hie und da gab es zwar Probleme in der Peripherie (**Ostasien 1997/98, Türkei 2000/01, Argentinien 2001/02, ...**), die letztlich aber nur die Grundlage für einen neuerlichen Boom bildeten – zumindest aus Zentrums-Perspektive, die ArbeitnehmerInnen in der Peripherie würden eine schmerzvollere Geschichte erzählen.

„Kapitalismus gescheitert“

2008 war alles anders. Überschriften wie „Kapitalismus gescheitert – das globale Finanzsystem lebt nur noch von Staatshilfe“ waren keine Seltenheit und brachten das Problem auf den Punkt: Eine systemische Krise war auf dem besten Weg, außer Kontrolle zu geraten. Mittels massiver staatlicher Eingriffe – in erster Linie Bankenhilfen (EU-27: ohne Haftungen

618 Mrd. Euro bis Ende 2010) und Konjunkturpakete (über 200 Mrd. Euro) – konnte das Schlimmste vorerst allerdings abgewendet werden. Der angerichtete Schaden war enorm, denn abseits der direkten Kriseninterventionskosten verursachten Steuerausfälle und zusätzliche Ausgaben insbesondere aufgrund steigender Arbeitslosigkeit weitere Kosten. Allein in den ersten Jahren summierten sich die Krisenkosten in der Eurozone laut EU-Kommission auf rund 2,3 Bio. Euro. Zum Vergleich: Alle 189 Mio. ArbeitnehmerInnen in der EU müssen mehr als sechs Monate arbeiten, um zusammen ein so hohes Bruttogehalt zu erzielen.

Schuld sei die Staatsverschuldung

Man sollte meinen, der Zusammenhang zwischen Krise und Schulden könnte eindeutiger nicht sein. Und trotzdem dauerte es nicht lange, bis die Märchenerzählung von vor der Krise wieder fortgesetzt wurde: Der Staat ist schuld. Oder, in den Worten des Klubchefs der ÖVP von Juli 2010: „Die tiefere Ursache der Krise ist die hohe Verschuldung vieler Staaten.“ Noch schärfer formulierte es der Sprecher der deutschen Bundeskanzlerin letzten Oktober in der FAZ, wonach „nicht aus dem Blick geraten [dürfe], dass ‚die jahrzehntelange Verschuldung, das jahrzehntelange Über-die-Verhältnisse-Leben‘ die derzeitige Krise verursacht habe.“ Anstatt kritische Rückfragen zu stellen, wird in deutschsprachigen Medien oft noch eins drauf gesetzt und der Wohlfahrtsstaat als Ganzes für die steigende Verschuldung verantwortlich gemacht.

BUCHTIPP

Markus Marterbauer
Zahlen bitte!

Die Kosten der Krise
tragen wir alle
Deuticke im Zsolnay
Verlag, 2011, 253 Seiten,
€ 18,40
ISBN 978-3-5520-6173-6



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Betrachtet man aber die tatsächliche Entwicklung der Staatsverschuldungsquote, so fällt auf, dass sie bis zur Krise sogar rückläufig war – in Österreich wie in der Eurozone (und der EU insgesamt sowie in den USA). Seit der ersten gesamteuropäischen Konsolidierungswelle nach der Rezession 1993 bzw. in Vorbereitung auf die Euro-Einführung sank die Staatsverschuldungsquote in der heutigen Eurozone von 74 Prozent der Wirtschaftsleistung 1996 auf 66 Prozent im Jahr vor der Krise. Ausnahmen bildeten lediglich Griechenland, Portugal sowie die beiden wirtschaftlichen Schwergewichte Frankreich und Deutschland. Ohne diese Länder hätte sich sogar ein rekordverdächtiger Rückgang von 29 Prozentpunkten ergeben. „Jahrzehntelange Verschuldung“ sieht anders aus.

Der zweite Teil des Schuldenkrisen-Märchens, wonach der Wohlfahrtsstaat den Schuldenanstieg verursachte, enthält einen wahren Kern: Es ist tatsäch-



Und trotzdem dauerte es nicht lange, bis die Märchenerzählung von vor der Krise wieder fortgesetzt wurde: Der Staat ist schuld.

lich dem Wohlfahrtsstaat zu verdanken, dass diesmal eine wirtschaftliche Depression wie in den 1930ern verhindert werden konnte. Gleichbleibende Sozialversicherungsleistungen trotz beträchtlicher Einnahmefälle waren teuer und trugen wesentlich zum Anstieg der Schulden in der Krise bei. Diese Entwicklung war allerdings alternativlos, denn Pensions- und Sozialkürzungen im Ausmaß der Einnahmefälle durchzusetzen wäre wirtschafts- und sozialpolitisch deutlich teurer gekommen.

Langfristig können die sozialpolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte aber nicht für die Schulden verantwortlich gemacht werden. Von 1970 bis 2007 ist die Sozialquote um sieben Prozentpunkte auf 28 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen, finanziert durch eine Anhebung der Abgabenquote von 34 Prozent auf 42 Prozent des BIP. Der wünschenswerte Ausbau sozialer Leistungen wurde somit vollständig gegenfinanziert.

Wohlstand senkt Steuern für Reiche

In den vergangenen 20 Jahren ist allerdings ein schleichender gegenläufiger Trend festzustellen: Steigender gesellschaftlicher Wohlstand wird zunehmend für Steuersenkungen verwendet, die besonders jenen zugute kommen, die ohnehin höhere Einkommenszuwächse verzeichnen. Das widerspricht einer Abgabengerechtigkeit in dem Sinne, dass jene, die mehr zum Gemeinwohl beitragen können, auch tatsächlich mehr beitragen. Zum einen gilt das für Kapitalgesellschaften, deren Steuersatz in Europa (EU-15:

ungewichteter Durchschnittssatz von 38 Prozent 1995 auf 27,4 Prozent 2008) wie auch in Österreich (von 34 auf 25 Prozent) deutlich gesenkt wurde, obwohl ihr Anteil am erwirtschafteten Ertrag deutlich gestiegen ist. Eine sinkende Abgabenleistung bei gleichzeitig besonders hohen Einkommenszuwächsen ist zum anderen auch bei Vermögenden festzustellen.

Wenn es nun um die Rückführung der Staatsschuldenquote geht, so gilt es, diese Entwicklungen zu berücksichtigen. Das bedeutet erstens, dass einkommenseitige Maßnahmen auch zur Senkung der Krisenanfälligkeit beitragen sollen. Die Bankenabgabe ist hier ein Positivbeispiel, eine Finanztransaktionssteuer wäre ein weiteres. Zweitens sollten die begünstigten hohen Vermögens- und Einkommenszuwächse vor der Krise zumindest jetzt einen stärkeren Beitrag leisten.

An dieser Stelle ist auf den logischen Zusammenhang zwischen Steuern und Schulden hinzuweisen: Niedrigere Abgabenquoten (z. B. Irland, Japan, USA) stehen oft in Verbindung mit einer besonders hohen oder stark steigenden Staatsverschuldung, während Länder mit hoher Abgabenquote (z. B. Schweden, Dänemark, Finnland) finanziell besonders stabil sind.

Letztlich ist aus der krisenbedingten Verschuldung der Schluss zu ziehen, dass eine sinnvolle Budgetpolitik nur eingebettet in eine durchdachte Wirtschaftspolitik möglich ist. Zusammenhängende – wenn auch teilweise widersprüchliche – Ziele wie Wohlstandszuwachs, Verteilungsgerechtigkeit, Be-

schäftigung, Preisstabilität oder Nachhaltigkeit sind mit stabilen Staatsfinanzen in Einklang zu bringen. Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen kann folglich nicht ohne Rücksicht auf Verluste durchgeführt werden, weil sonst die anderen Ziele wie etwa ein hohes Beschäftigungsniveau oder eine gerechte Verteilung eines möglichst großen Wohlstandes aus dem Lot geraten – was wiederum die Konsolidierung selbst gefährden kann. Gerade wenn die aktuellen Prognosen auf höhere Arbeitslosigkeit und eine stagnierende Wirtschaft hindeuten, ist das die falsche Zeit für große Sparpakete.

Sparen kostet die Gesellschaft was

Da die Staatsausgaben vor allem unteren und mittleren Einkommen zugute kommen und zu mehr als zwei Drittel auf Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich entfallen, ist klar, dass Sparen mit gesellschaftlichen Kosten verbunden ist. Dies nicht zu berücksichtigen wäre jedenfalls eine unverantwortlichere Budgetpolitik, als in der Krise eine höhere Staatsverschuldung zu tolerieren, um die sozialen und wirtschaftlichen Kosten einzudämmen.

Internet:

Diplomarbeit von Georg Feigl:
tinyurl.com/837gu5f

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
georg.feigl@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ratings in der Krise

Triple A – oder doch nicht? Vor dem Urteil der Ratingagenturen zittern Staaten. Macht und Einfluss der BonitätsprüferInnen sollen strenger reglementiert werden.

Autorin: Astrid Fadler
Freie Journalistin

In den USA haben Ratings Tradition: Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gab es umfangreiche Publikationen, in denen AnlegerInnen wichtige Informationen über die Eisenbahngesellschaften nachlesen konnten. Ab den 1930er-Jahren wurde es schließlich üblich, vor dem Erwerb von Wertpapieren für Banken, Pensionsfonds, Versicherungen etc. Ratingagenturen zu Rate zu ziehen. Weltweit gibt es schätzungsweise 130 bis 150 Ratingagenturen, allerdings dominieren „die großen Drei“ (Moody’s Investor Service, Standard & Poor’s, Fitch Rating Operations) mit einem Marktanteil von mehr als 95 Prozent. Sie beschäftigen jeweils rund 1.000 AnalystInnen und geben ca. 1,8 Millionen Bewertungen in verschiedenen Bereichen aus.

Kritik aus Washington

Bonitätsprüfungen von Ländern sind noch nicht so lange üblich, so wurden etwa 1975 nur drei Staaten geprüft, 2010 waren es bereits rund 350. Längst sind Ratings für viele Staaten die Voraussetzung, um attraktiv für KäuferInnen von Staatsanleihen zu werden und um Kredite zu bekommen. Nicht alle Staaten zahlen für ihre Ratings, als Big Player werden etwa die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland gratis bewertet. Österreich zahlt für seine bonitätsmäßige Einstufung jährlich über 500.000 Euro.

Im September 2011 – einen Monat zuvor hatte Standard & Poor’s (S&P) die USA auf AA+ herabgestuft – überprüfte

die US-Börsenaufsicht SEC die zehn größten Ratingagenturen und warf diesen offenkundige Fehler vor. Den BonitätswächterInnen gelinge es teilweise nicht, methodischen Vorgaben zu folgen oder Interessenkonflikte zu vermeiden. Diese und ähnliche Vorwürfe kommen mittlerweile von vielen Seiten.

Die wichtigsten Punkte

» Marktkonzentration und -verflechtungen: Alle drei großen Ratingagenturen gehören Großunternehmen, die selbst Papiere ausgeben, die geratet werden müssen.

» Wurde die Wertung interessanter Wertpapiere anfangs noch von den potenziellen KäuferInnen bezahlt, so ist seit den 1970er-Jahren das Issuer-Pays-System üblich: Ratings werden von den Unternehmen (Staaten) bezahlt, die Anleihen emittieren. Dadurch kann es zu Interessenkonflikten kommen, unter anderem dann, wenn die Agenturen vermehrt positiv werten, um Kundinnen und Kunden zu gewinnen.

» Intransparenz bei Länderratings: Zwar legen Ratingagenturen dar, welche Faktoren (Finanzgebarung, politische Risiken, Wachstumsprognosen, Auslandsverschuldung etc.) in eine Bewertung von Staatsanleihen mit einfließen, jedoch wird nicht klargelegt, in welchem Ausmaß welche Faktoren zur Gesamtbewertung beitragen. Das endgültige Rating wird von einem Komitee bestimmt; die Relevanz der einzelnen Faktoren ist von Land zu Land und von Agentur zu Agentur unterschiedlich. Das führt unter anderem dazu, dass die „großen Drei“ nicht einheitlich bewerten.

BUCHTIPP

Valerie Bösch

Ratings in der Krise

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 2011, 53 Seiten
ISBN 978-3-7063-0420-7

Das PDF kann man downloaden unter:
tinyurl.com/7xtrr4m

Ähnlich wie bei Österreich, das Mitte Jänner nur von S&P herabgestuft wurde, unterscheiden sich die Einschätzungen der „großen Drei“ auch bei anderen Staaten.

» Falsche Ratings: Vor der Finanzkrise haben die Agenturen viel zu lange Bestnoten für hochriskante Kreditpapiere vergeben und so Spekulationen weiter angeheizt sowie die Blase vergrößert.

» Die Ratingagenturen bezeichnen ihre Gutachten zwar als Meinungen, diese haben aber oft nicht nur Einfluss auf den schlechter bewerteten Staat allein. So hatte etwa die Herabstufung der Baltikum-Staaten – unter anderem vermutlich wegen des starken Engagements österreichischer Banken in diesen Ländern – einen merklichen Effekt auf den österreichischen Aktienmarkt.

» Theoretisch könnten Länderratings dabei helfen, Konjunkturzyklus-Kurven abzuflachen. Durch frühe Herabstufungen während eines Booms (= Identifikation einer Blase) würden übertriebene Erwartungen gedämpft. Tatsächlich ist das schwierig, da die Agenturen dafür oft nicht die nötigen Informationen haben. Hinken



Längst sind Ratings für viele Staaten die Voraussetzung, um attraktiv für KäuferInnen von Staatsanleihen zu werden und um Kredite zu bekommen.

Ratings den Finanzmärkten jedoch hinterher, so verstärken sie noch zusätzlich das Konjunktur-Auf-und-Ab.

» Herabstufungen können dazu führen, dass die Zinsbelastung für bereits verschuldete Staaten weiter ansteigt. Oder sie bewirken, dass die aus der Herabstufung resultierenden Sparmaßnahmen die Wirtschaft abwürgen und sich die Tendenz nach unten verschärft, wie es zum Beispiel in Griechenland der Fall war. Es muss aber nicht so sein, Rumänien etwa wurde nach drei Jahren wieder hochgestuft. Valerie Bösch schreibt in „Ratings in der Krise“: „Besonders negative Ankündigungen und Herabstufungen haben starke Auswirkungen auf die Renditen von Staatsanleihen.“ Und: „Länder, die vor kurzem (in den letzten sechs Monaten) herabgestuft wurden, haben höhere Zinsaufschläge als Länder mit demselben Rang, die nicht herabgestuft wurden.“

EU sieht Handlungsbedarf

„Ratings“, so EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier, „haben direkte Auswirkungen auf die Märkte und die Wirtschaft als Ganzes und damit auf den Wohlstand der europäischen BürgerInnen. Sie sind keine bloßen Meinungsäußerungen. Zudem haben Ratingagenturen in der Vergangenheit folgenschwere Fehler gemacht. Auch das Timing einiger Länderratings hat mich überrascht – zum Beispiel wenn diese mitten in den Verhandlungen über ein internationales Hilfsprogramm für ein Land abgegeben wurden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Ratings die **Volatilität** der

Märkte noch verstärken.“ Im Jänner 2011 nahm die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde **ESMA (European Securities and Markets Authority)** ihre Tätigkeit auf. Sie ist u. a. für die Zulassung von Ratingagenturen zuständig. Ergänzend dazu hat die EU-Kommission im November 2011 auf Anregung des Europäischen Parlaments Vorschläge zur Rating-Regulierung präsentiert:

1. Mehr Eigenverantwortung statt blindes Vertrauen in Ratings: Finanzinstitute, FondsmanagerInnen und AnlegerInnen sollen verpflichtet werden, eigene Bewertungen vorzunehmen. Zusätzlich müssen sowohl die Ratingagenturen als auch die bewerteten Unternehmen umfassendere und bessere Basisinformationen zu den Ratings vorlegen, damit professionelle AnlegerInnen sich leichter ein eigenes Urteil bilden können. Ratingagenturen müssen ihre Ratings der ESMA mitteilen. Gleichzeitig sollen die Ratingagenturen Emittenten und AnlegerInnen zu geplanten Änderungen an ihren Ratingmethoden konsultieren und diese Änderungen der ESMA melden.

2. Transparentere und häufigere Länderratings: Die Kreditwürdigkeit der Mitgliedsstaaten wird alle sechs Monate statt wie bisher alle zwölf Monate bewertet. AnlegerInnen und Mitgliedsstaaten werden über die jedem Rating zugrunde liegenden Fakten und Annahmen informiert. Um Marktstörungen zu vermeiden, werden Länderratings erst nach Handelschluss und mindestens eine Stunde vor Öffnung der Handelsplätze in der EU veröffentlicht.

3. Vielfalt und strikte Unabhängigkeit: Emittenten müssen alle drei Jahre die sie bewertende Agentur wechseln. Für komplex strukturierte Finanzinstrumente sind zwei Ratings von zwei verschiedenen Ratingagenturen erforderlich. Ein großer Anteilseigner einer Ratingagentur darf nicht gleichzeitig ein großer Anteilseigner einer anderen Agentur sein.

4. Umfassendere Haftung: Im Fall vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verstöße gegen die Verordnung haften Ratingagenturen gegenüber geschädigten AnlegerInnen. Die Beweislast trägt die Ratingagentur.

Dazu Michael Heiling, Abteilung Betriebswirtschaft der AK Wien: „Im Februar wird es im Europaparlament ein Hearing zu den Vorschlägen der Kommission geben, Mitte Mai berät der **Ecofin-Rat**. Theoretisch ist noch vor der Sommerpause ein entsprechender Beschluss möglich. Ich fürchte allerdings, dass die Rotation (Punkt drei) noch rausfallen könnte.“ Nicht enthalten im Entwurf ist die auch vom Europäischen Parlament aufgegriffene Idee einer öffentlichen Ratingagentur. „Ziel ist ja, prinzipiell den Einfluss von Ratings zu reduzieren. Ob eine europäische öffentliche Ratingagentur – abgesehen von den Kosten – dazu beitragen kann, ist fraglich“, so Heiling.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
a.fadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zentralbanken: Lender of last resort

*Warum die EZB Staatsanleihen kaufen sollte
und sich deswegen keine Sorgen über Inflation zu machen braucht.*

Autor: Thomas Zotter

*Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien*

Milton Friedman war kein Freund der Gewerkschaften. Die auf ihn zurückgehende Theorie des Monetarismus besagt u. a., dass es so etwas wie eine „natürliche Arbeitslosenrate“ gäbe, jene, unter der die Inflation zu steigen beginne. Dieser Theorie nach ist Inflation vor allem ein monetäres Phänomen und hängt hauptsächlich von der Entwicklung der Geldmenge ab. Friedmans Empfehlung ist daher folgende: Zentralbanken sollten das Geldmengenwachstum so steuern, dass daraus kein Inflationsdruck erwächst. Arbeitsmarktprobleme seien am Arbeitsmarkt zu lösen, hohe Beschäftigung könne kein Ziel von Zentralbanken sein – ist sie aber in den USA.

Geldbasis und Geldmenge

Monetarismus beruht auf dem Glauben, dass Märkte immer und für alles funktionieren: Unternehmen sind nie zu wenig ausgelastet, Menschen werden nie unfreiwillig arbeitslos. Betrachtet man die tatsächliche Entwicklung von Geldmengen und Inflation, stellt man aber fest, dass der Zusammenhang sehr lose ist. So hat zum Beispiel die Rohstoffpreisentwicklung auch im Euroraum einen größeren Einfluss auf die Inflation als die Geldmengenentwicklung. Bei den Rohstoffpreisen spielt die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) eine geringere Rolle als Spekulation, Wettbewerbsprobleme und andere Faktoren; dementsprechend wäre an-

ders gegen diese Preisausschläge vorzugehen. Eine Zentralbank kann solche Preisschocks nur durch Abwürgen der Konjunktur bekämpfen. Angesichts der Politik, die die EZB zurzeit verfolgt, würde wahrscheinlich selbst Milton Friedman den Kopf darüber schütteln, wie sehr sich diese gegen eine viel stärkere Erhöhung der Geldbasis sträubt. Selbst nach dem monetaristischen Ansatz müsste die EZB die Geldbasis so weit erhöhen, dass die Geldmenge wieder zu einem neutralen Wachstum zurückkehrt. Dass über Ausdehnung der Geldbasis durch die EZB zu viel Geld geschaffen wird, stimmt nicht.

Unter der Geldbasis versteht man das im Umlauf befindliche Zentralbankgeld (unser Bargeld) und die Einlagen der Banken bei den Zentralbanken, quasi ihre Girokonten. Mit dieser können die Banken Kredite vergeben und investieren. Als Geldmenge M3 bezeichnet man den Bargeldumlauf, die Sichteinlagen der Nichtbanken bei Banken und etwa bis zu zwei Jahre gebundene Einlagen bei Banken, also all jene Einlagen, mit denen man kurzfristig Einkäufe finanzieren kann.

In „normalen“ Zeiten entwickeln sich Geldbasis und Geldmenge weitgehend parallel. Diese „Geldschöpfung“ ist aber ins Stocken geraten, die Banken fürchten sich vor längerfristigen Bindungen und horten lieber Zentralbankgeld. Allein um die Geldversorgung stabil zu halten hätte die Geldbasis stärker erhöht werden müssen. Ab Ende 2009 begann die Geldmenge sogar zu sinken – trotz höherem Geldbasiswachstum seit Ende 2008, und auch zuletzt ist die Geldmenge wieder zurückgegangen. Dass die EZB im Sommer

2008, als die Probleme schon absehbar waren, noch die Zinsen erhöhte, passt ebenso in dieses Bild; sowohl die amerikanische Notenbank als auch die Bank of England hatten damals die Zinsen bereits gesenkt. Sie wiederholte diesen Fehler dann noch einmal 2011 und begann die Zinsen wieder zu erhöhen. Der vermutliche Beweggrund 2008: Bekämpfung des spekulationsgetriebenen Anstiegs bei Energie und Nahrungsmitteln. Der vermutliche Beweggrund 2011: vermeintliche Überwindung der Krise und Erholung am Arbeitsmarkt.

Kreditgeber letzter Instanz

Der Monetarist Friedman zog aus der Analyse der Politik der amerikanischen Notenbank in den 1930er-Jahren den Schluss, dass durch die Bankenkrise die Geldschöpfung durch die Banken ins Stocken geraten war. Die Wirtschaft glitt von einer Rezession in eine Depression, weil die Zentralbank nicht als „lender of last resort“, als „Kreditgeber letzter Instanz“ – die Funktion von Zentralbanken in Krisenzeiten –, agierte.

Nun stehen wir in Europa zwar nicht vor einer Depression wie in den 1930er-Jahren, aber wir befinden uns im vierten Jahr nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers immer noch in der Krise, und die Zeichen stehen nicht auf Aufschwung. Die Eurozone sieht sich den größten Unsicherheiten seit 2009 gegenüber und ist massiven Ungleichgewichten ausgesetzt. Die Zinsen für Staatsanleihen innerhalb der EU spielen verrückt: Das Zinsniveau für zehnjährige Staatsanleihen liegt zwischen rund zwei Prozent in



In „normalen“ Zeiten entwickeln sich Geldbasis und Geldmenge weitgehend parallel. Diese „Geldschöpfung“ ist ins Stocken geraten. Die Banken fürchten sich vor längerfristigen Bindungen und horten lieber Zentralbankgeld.

Deutschland und über 30 Prozent in Griechenland. Vergleicht man die Zinsen, die Staaten außerhalb der Eurozone mit vergleichbaren oder schlechteren Daten zur Staatsverschuldung zahlen, mit jenen in der Eurozone, ergibt sich eigentlich nur ein wesentlicher Unterschied: In Japan, den USA und Großbritannien sind Zentralbanken bereit, als Kreditgeber letzter Instanz aufzutreten. Sie wissen, dass die Märkte weit davon entfernt sind, zu funktionieren. Zwar spricht auch der neue EZB-Chef Draghi davon, dass die Funktionsweise der Märkte beeinträchtigt sei. Wann, wenn nicht jetzt, ist es also Zeit für die EZB, diese Funktion wahrzunehmen?

Spanien und UK

Nehmen wir als Beispiele Spanien und das Vereinigte Königreich: Spaniens Staatsschulden betragen im Jahr 2007 36,2 Prozent des BIP, und es erzielte einen Budgetüberschuss von 1,9 Prozent. Im Jahr 2009 stieg das Budgetdefizit auf 11,2 Prozent, für 2011 wurde mit einem Defizit von 6,6 Prozent gerechnet, die Staatsschuldenquote lag im vergangenen Jahr bei 69,2 Prozent. Spanien war vor der Krise gewissermaßen ein Musterschüler. Die Staatsschulden Großbritanniens beliefen sich 2007 auf 44,4 Prozent des BIP und es fuhr ein Budgetdefizit von 2,7 Prozent des BIP ein. 2009 stieg das Budgetdefizit des Vereinigten Königreichs auf 11,5 Prozent, und es wurde für 2011 mit 9,4 Prozent veranschlagt. Dennoch lag der Zins auf zehnjährige Staatsanleihen im Falle Englands im Dezember 2011 bei 2,1 Prozent und im Falle Spaniens bei rund

5,5. Das heißt, dass Spaniens Schuldenquote auch bei ausgeglichenem Budget aufgrund der hohen Zinsen steigen, jene Englands bei ausgeglichenem Budget sinken würde. Warum? Nun, die Bank of England steht ohne Einschränkungen bereit, Risiken vorübergehend in ihre Bilanz aufzunehmen, während bei Spanien ein Konkursrisiko nicht auszuschließen ist, u. a. weil die EZB nicht bereit ist, das Zinsgefälle in der Eurozone durch Interventionen am Anleihemarkt für Staatsanleihen so weit zu drücken, dass eine Konsolidierung auch gangbar wird.

Hieß es solcher Aufkauf, dass der Zinsabstand zu Deutschland, das gegenwärtig die niedrigsten Zinsen in der Eurozone zahlt, gänzlich verschwinden müsste, also der „Disziplinierungseffekt“ abhanden käme? Oder, dass dem Staat Spanien Geld der EZB zufließen würde, was gegen die EU-Verträge verstieße? Die Anleihen würden am Markt, also von den Banken, Versicherungen und Fonds gekauft. Das müsste nicht zu Inflation führen, weil dadurch zunächst nur die Geldbasis, aber nicht direkt die Geldmenge erhöht würde. Angesichts der dämpfend wirkenden Geldmengenentwicklung handelt es sich um eine Maßnahme, die ohnehin fällig ist. Es hieß, ein verstopftes Rohr zu reinigen. Mehr Liquidität nur über Kredite der EZB an die Banken wäre gleichbedeutend damit, mehr Wasser in ein verstopftes Rohr zu pumpen. Zudem hat die EZB genug Mittel in der Hand, diese Geschäfte zu „neutralisieren“, also anderwärtig Zentralbankgeld abzuschöpfen. Es hieß einzig und allein, dass eine zentrale Schraube bei der Bewältigung der Krise – der Zins

– nicht mehr allein in der Hand „der Märkte“ und der Ratingagenturen läge, deren Funktion offensichtlich beeinträchtigt ist.

Die EZB hat es in der Hand

Bei der Ankündigung eines solchen unlimitierten Programms bräuchte die EZB wahrscheinlich sogar weniger zu intervenieren, als bei einem limitierten Programm. Dabei verhält es sich ähnlich wie bei der Einlagensicherung: Ein Bankenrun unterbleibt genau deshalb, weil es eine Garantie für die Einlagen gibt. Wenn ich weiß, dass ich die Anleihen europäischer Staaten jederzeit der EZB zu einem vernünftigen Preis verkaufen kann, muss ich sie nicht verkaufen, sondern kann beruhigt auf meine Couponzahlungen warten. Die Zinsen werden bei Staaten mit schlechteren Daten trotzdem etwas höher sein, als bei Staaten mit besseren Daten.

Die EZB hat es also in der Hand, entweder zur Totengräberin der europäischen Idee und damit ihrer selbst zu werden, oder die Sache in die Hand zu nehmen, und das zu sein, was Zentralbanken in Krisenzeiten sind: lender of last resort.

Internet:

Wikipediaerklärung Europäische Zentralbank:
tinyurl.com/2n3pp8

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
thomas.zotter@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gemeinsam aus der Krise

Eurobonds – gemeinsam garantierte Anleihen der Euroländer, für die die Eurozone als Ganze haftet – würden die Spekulation gegen einzelne Staaten verhindern.

Autor: David Mum

GPA-djp Grundlagenabteilung

2011 stand – wie 2010 – ganz im Zeichen der Euro-Krise. Griechenland, Irland und Portugal hätten sich auf den Finanzmärkten nur noch zu astronomischen Zinsen Geld leihen können. Sie erhielten Kredite nun von einem Rettungsfonds, den die EU-Mitgliedsstaaten finanzieren. Dieser ist aber zu gering dotiert, um einspringen zu können, wenn etwa Spanien oder Italien Probleme bekommen, sich zu refinanzieren. Somit hängt die Zahlungsunfähigkeit einzelner Staaten weiter wie ein Damoklesschwert über den europäischen Wirtschaften und Gesellschaften. Die bisherigen Antworten der europäischen Politik stehen v. a. unter dem Einfluss von Deutschland und sind inadäquat. Denn statt gemeinsame europäische Instrumente zur Überwindung der Schuldenkrise zu schaffen, werden die Mitgliedsstaaten zur Rettung der Eurozone einseitig auf drastische Sparprogramme eingeschworen. Dieser Ansatz ist zum Scheitern verurteilt. Einerseits kann niemand davon ausgehen, dass die Ankündigung von Sparprogrammen die Märkte beruhigt, und andererseits sparen sich die EU-Mitgliedsstaaten simultan in die Rezession. Dadurch wird der Schuldenabbau schwierig bis unmöglich.

Eurobonds

Es bedarf in der Krise mutiger Antworten, um die Märkte von der Zahlungsfähigkeit der Staaten zu überzeugen. Eine könnte darin bestehen, dass die Europäische Zen-

tralbank (EZB) in verstärktem Umfang Staatsanleihen aufkauft, wie es die amerikanische und britische Notenbank tun. Aufgrund dessen haben nämlich weder die USA noch GB – trotz höherem Schuldenstand und höherer Neuverschuldung – das Problem des drohenden Staatsbankrotts. Darüber hinaus sollten Eurobonds, gemeinsam garantierte Anleihen der Euroländer, eingeführt werden. Die Grundidee besteht darin, dass die Eurozone als Ganze für Anleihen haftet. Damit würde man die Spekulation gegen einzelne Staaten verhindern und das Zinsniveau würde für die meisten Staaten deutlich sinken.

Derzeit begibt jedes Land eigene Anleihen. Geraten Staaten in den Fokus der nervösen Märkte, steigen die Zinsen extrem, und damit auch die Ängste vor der Zahlungsunfähigkeit. Ein Teufelskreislauf entsteht. Steigen die Zinsen auf acht Prozent, dann muss ein Staat nach zehn Jahren das Doppelte der ausgeborgten Summe zurückzahlen. Wenn durch die Sparprogramme die Wirtschaft kaum wächst, ist das nicht machbar – der Staatsbankrott droht.

Da jedes Jahr alte Anleihen zurückgezahlt werden müssen, kann jedes Land sehr rasch in die Zahlungsunfähigkeit schlittern, wenn es sich am Finanzmarkt nicht mehr zu vernünftigen Bedingungen finanzieren kann. Während sich Dänemark, die Niederlande und Deutschland in den letzten Wochen zu negativen Zinsen verschulden konnten, also weniger als die geborgte Summe zurückzahlen müssen, stiegen die Zinsen für Italien trotz harter Sparmaßnahmen auf sieben Prozent. Wenn sich jedes Land eigenständig verschulden muss, sind die

Staaten weiterhin in einer schwächeren Position gegenüber den Finanzmärkten. So können die Finanzmärkte einzelne Länder attackieren, indem sie in „Käuferstreiks“ bei Anleiheemissionen treten. Haben die Märkte Zweifel an italienischen oder österreichischen Anleihen, können sie problemlos auf die Anleihen von 15 anderen Eurostaaten ausweichen. Gäbe es gemeinschaftliche Euro-Anleihen, könnten die Märkte nicht einzelne Länder gegeneinander ausspielen, sondern sie müssten den ganzen EU-Raum meiden. Wohin aber ausweichen? Die USA oder Japan sind etwa viel höher verschuldet als der Euroraum.

Krisengewinner Deutschland

Für Staaten wie Deutschland, die derzeit sehr niedrige Zinsen zahlen, könnten sich die Zinsen gemeinsamer Anleihen etwas erhöhen. Staatsbankrotte und ein Auseinanderbrechen der Eurozone kämen auch Deutschland teurer als gemeinsame Anleihen. Das Land ist Krisengewinner, weil die AnlegerInnen für Sicherheit mitunter auf eine Verzinsung ganz verzichten – und das ist Ausdruck einer absoluten Ausnahmesituation. Klarerweise muss es bei gemeinschaftlicher Haftung auch eine Koordinierung der Fiskalpolitik und ein Abtreten von Kompetenz geben. Wer für andere mithaftet, tut dies nur, wenn es gemeinsame Spielregeln gibt.

Der **EU-Haushaltspakt** sieht indes nur striktere Regeln gegen Haushaltsdefizite und eine Erhöhung des Automatismus bei Sanktionen gegen Defizitländer vor. Es besteht offenbar der Irrglaube, die Krise der Eurozone beruhe nur auf laxer

Darüber hinaus sollten Eurobonds, gemeinsam garantierte Anleihen der Euro-Länder, eingeführt werden. Die Grundidee besteht darin, dass die Eurozone als Ganze für Anleihen haftet. Damit würde man die Spekulation gegen einzelne Staaten verhindern und das Zinsniveau würde für die meisten Staaten deutlich sinken.



Budgetpolitik. Die Staaten regulieren sich durch Schuldengrenzen selbst, die Finanzmärkte werden hingegen nicht reguliert. 23 Staaten der EU setzen nun Schuldenbremsen um, verhalten sich untereinander aber weiter als Konkurrenten in der Steuerpolitik, insbesondere bei den Unternehmenssteuern. Damit sind einnahmenseitige Spielräume eingeengt. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer war auf den EU-Gipfeln offenbar kein Thema, ist aber aus gewerkschaftlicher Sicht unerlässlich. Im Zuge der Krise wurden die europäischen Banken mit 300 Mrd. Euro gestützt, ein Beitrag des Finanzsektors zur Haushaltskonsolidierung ist daher unbedingt erforderlich.

Finanztransaktionssteuer

Seit Jahren fordern Gewerkschaften eine Finanzmarkttransaktionssteuer. Damit könnten hohe Einnahmen erzielt und die Spekulationen eingedämmt werden.

Obwohl die EU-Kommission im Gegensatz zum Europäischen Parlament eine solche Steuer lange abgelehnt hat, legte sie im Herbst 2011 einen Vorschlag vor, mit dem Finanztransaktionen europaweit besteuert werden. Das ist ein bemerkenswerter Fortschritt.

Der Weg zur Finanzmarkttransaktionssteuer ist mit dem Vorschlag aber leider noch nicht geebnet. Denn eine EU-weite Steuer bedarf wegen des Einstimmigkeitsprinzips bei Steuerfragen der Zustimmung aller Mitgliedsstaaten. Großbritannien, aber auch Schweden, wehren sich vehement gegen eine EU-weite Steuer.¹ Da die meisten Finanztransaktionen in London und Frankfurt

stattfinden, würde eine Nichtbeteiligung Großbritanniens die möglichen Einnahmen massiv dämpfen. Seitens Deutschlands und Frankreichs wird auch eine auf die Eurozone beschränkte Einführung der Steuer erwogen.

Steuerpflichtig sollen nach dem Entwurf der Kommission Transaktionen von Finanzprodukten sein, die von einer Finanzinstitution mit Sitz in der EU gehandelt werden. Transaktionen wären also nur steuerpflichtig, wenn die Vertragspartei ihren Sitz in der EU hat. Das bedeutet: Wenn ein Unternehmen, das keine Finanzinstitution ist, einem Hedgefonds außerhalb der EU Kapital gibt, ist das steuerfrei. Damit nicht große Teile des Finanzmarkts aus der EU abwandern, muss hier nachgebessert werden.

Im Entwurf der EU-Kommission sind außerdem nur Währungsderivate steuerpflichtig, nicht aber der Währungshandel. Damit wird ein Teil der Währungsspekulation nicht besteuert. Das muss geändert werden.

Das tägliche Handelsvolumen des Devisenhandels macht insgesamt vier Bio. US-Dollar aus.² Über 95 Prozent des Devisenhandels dienen spekulativen Geschäften. Das Jahresvolumen des weltweiten Exports von realen Gütern wird an den Devisenmärkten in drei Tagen umgesetzt, die Exporte machen daher nicht einmal ein Prozent des Devisenhandels aus.³ Es wäre deshalb ein gravierender Fehler, diese Transaktionen steuerfrei zu lassen.

Die Kommission schlägt bei Aktien und Anleihen einen Steuersatz von 0,1 Prozent, bei Derivaten von nur 0,01 Prozent, vor. Dadurch wird ausgerechnet der hochspekulative Derivathandel geschont. Das potenzielle Steueraufkommen wird mit rund 55 Milliarden Euro beziffert.

Schulmeister-Modell

Die AK hat vom WIFO-Experten Stephan Schulmeister ein alternatives Modell erarbeiten lassen. Dieses vermeidet sowohl Steuerschlupflöcher als auch Kapitalflucht. Nach dem Modell sollen alle Aufträge für den Kauf oder Verkauf von Finanzprodukten besteuert werden, wenn der/die AuftraggeberIn seinen/ihren Wohnsitz in der EU hat. Damit kann der Kapitalflucht ins Ausland effektiv vorgebeugt werden. Ist der/die AuftraggeberIn BürgerIn eines Staates, in dem es die Finanztransaktionssteuer gibt, dann muss er/sie dafür jedenfalls Steuern zahlen – es nützt nichts, Aufträge über ausländische Banken abzuwickeln. Außerdem wäre es sinnvoll, dass die Staaten, die die Steuer einführen, einen Teil der Einnahmen erhalten. Damit wären sie motiviert, diese Steuer einzuheben.

Internet:

Eurobonds bei Wikipedia:
de.wikipedia.org/wiki/Eurobonds

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
david.mum@gpa-djp.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ Die Zeit, 11. 1. 2012

² tinyurl.com/6vp4uvl, FTD 1. 9. 2010

³ tinyurl.com/72vs8nh

Die verlorene Generation

Die dramatisch steigende Anzahl junger Menschen ohne Jobs ist die wohl größte Gefahr für das europäische Projekt.

Autor: Markus Marterbauer

*Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der AK Wien*

Die EU-Wirtschaftspolitik steckt tief im Sumpf der Finanzkrise und immer wieder tauchen Befürchtungen auf, diese Krise könnte das Projekt der europäischen Einigung gefährden.

Doch viel stärker ist die Europäische Union durch ein anderes Problem bedroht, das gleichzeitig mit dem Anstieg der Staatsschulden entstanden ist: Jenem der hohen Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen.

In Spanien und Griechenland überschritt die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen zum Jahreswechsel 2011/2012 die Marke von 50 Prozent. Vonseiten der Politik hören die arbeitslosen Jugendlichen allerdings nur eines: sparen, sparen, sparen. Kein Wunder, wenn sie das Vertrauen in die Politik verlieren, egal ob auf nationaler oder europäischer Ebene.

Der dramatische Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit ist nicht auf die südlichen Problemländer beschränkt:

» Die Jugendarbeitslosenquote betrug in der EU im Dezember 2011 22,5 Prozent der Erwerbspersonen in dieser Alterskohorte, Tendenz stark steigend.

» Bereits in zehn von 27 Mitgliedsländern der EU lag sie über 25 Prozent, vier Jahre zuvor war das noch in keinem einzigen Mitgliedsland der Fall.

» Insgesamt waren in der Europäischen Union im Dezember 2011 5,7 Millionen

Jugendliche ohne Arbeit, die Zahl steigt derzeit jedes Monat um etwa 100.000.

Der Anstieg der Zahl der Jugendlichen ohne Job ist ein Spiegelbild der Misere auf dem gesamten Arbeitsmarkt der EU: Im Dezember waren fast 24 Mio. Menschen und damit nahezu zehn Prozent der Erwerbspersonen arbeitslos, das sind um fast acht Mio. mehr als Ende 2007.

Staatsschulden und Arbeitslosenzahlen stiegen in den vergangenen vier Jahren parallel. Das weist darauf hin, dass beide Phänomene die gleiche Ursache haben, nämlich die von Banken und Finanzmärkten ausgelöste schwere Finanzkrise, die noch lange nicht überwunden ist. Sie hat zu einem tiefen Wirtschaftseinbruch geführt und so nicht nur massive Steuerausfälle für die Staatshaushalte mit sich gebracht, sondern auch umfangreiche Verluste an Jobs. Das betrifft vor allem jene Menschen, die in den Arbeitsmarkt einsteigen wollen bzw. noch wenig Berufserfahrung haben.

Derzeit deutet alles auf eine weitere Verfestigung dieses Problems hin. So droht in der EU eine „verlorene Generation“ von Jugendlichen heranzuwachsen, die nie einen guten Einstieg ins Erwerbsleben finden und bis in die Pension materielle Nachteile erfahren werden. Dies würde weitreichende Konsequenzen nicht nur sozialer und wirtschaftlicher Natur, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit sich bringen.

Dennoch fehlen bislang weitgehend politische Initiativen auf europäischer Ebene: Im Jänner setzten sich die Staats- und Regierungschefs nach vier Jahren An-

stieg der Arbeitslosigkeit zum ersten Mal mit dem Problem auf EU-Ebene auseinander. Genau auf dieser Ebene muss auch angesetzt werden, denn vielen Ländern mit Massenarbeitslosigkeit unter Jugendlichen fehlt angesichts der Lage auf den Finanzmärkten jeder budgetäre Spielraum zur Lösung des Problems, selbst wenn sie dies politisch für notwendig erachten würden.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen sollte auf EU-Ebene der gleiche Stellenwert wie der Reduktion des Budgetdefizits zugemessen werden. Deshalb gilt es, konkrete Ziele festzulegen: Einerseits quantitativer Natur, etwa in Form einer Halbierung der Jugendarbeitslosenquote innerhalb von fünf Jahren, und andererseits qualitativ, zum Beispiel in Form eines garantierten Beschäftigungs- oder Ausbildungsangebotes für alle Jugendlichen, die länger als vier Monate arbeitslos sind.

Je nach nationaler Ausgangslage muss dann mit jedem Mitgliedsland ein spezifisches Ziel vereinbart werden. Die Ausarbeitung konkreter Instrumente könnte auf nationaler Ebene erfolgen, vorbildhafte Maßnahmen einiger Länder sollten dann den anderen zur Umsetzung empfohlen werden. Österreich, Deutschland und die Niederlande stehen im EU-Vergleich noch am besten da, in diesen Ländern beträgt die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen etwa acht Prozent. Für diesen Erfolg sind unterschiedliche Faktoren verantwortlich. Das duale Ausbildungssystem mit der Kombination aus Lehre im

Betrieb und Berufsschule spielt dabei etwa eine wichtige Rolle. In der Krise wurden außerdem Beschäftigungspakete für Jugendliche geschnürt oder Beschäftigungs- und Ausbildungsgarantien gegeben, teils unter Einsatz erheblicher budgetärer Mittel.

Facharbeitskräftemangel

Doch auch dem Rückgang der Zahl der Jugendlichen kommt erhebliche Bedeutung für den Erfolg am Arbeitsmarkt zu. Das gilt in besonderem Ausmaß für den Arbeitsmarkt in Deutschland: Dort ist die Arbeitslosigkeit während der Rezession kaum gestiegen, und nun geht sie sogar merklich zurück. Dazu haben der Einsatz von Kurzarbeit und der Abbau von Urlaubs- und Überstundenbeständen wesentlich beigetragen. In Deutschland geht aber darüber hinaus die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurück: Sie wird sich von mehr als 49 Mio. Menschen im Jahr 2010 auf nur noch 47,5 Mio. im Jahr 2020 verringern. So entstehen Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt, die heute in Medien und Politik vielfach als großes Problem angesehen werden – Stichwort Facharbeitskräftemangel. Der Arbeitsmarkt wird dadurch aber erheblich entlastet. In den 1970er-Jahren wurde eine leichte Arbeitskräfteknappheit daher als Vollbeschäftigung bezeichnet und bildete das wichtigste Ziel der Wirtschaftspolitik.

Ziel einer europäischen Initiative zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit müsste es jedenfalls sein, allen Jugendlichen einen Beschäftigungs- oder Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Vor allem die Ermöglichung des Abschlusses einer Erstausbildung ist essenziell, da damit die Grundlage für einen dauerhaften Einstieg in den Arbeitsmarkt geschaffen wird.

Die Erreichung dieses Zieles kostet Geld, zusätzliche Mittel der Europäischen Union sind unabdingbar. Um eine nennenswerte Reduktion der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen durch Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramme zu erreichen, sind Mittel von mehreren Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Das erscheint angesichts der Milliardenbeträge, die bislang von den Staaten an die Banken gegangen sind, ohnehin relativ wenig. Noch dazu, wo es sich bei den

arbeitslosen Jugendlichen nicht um die VerursacherInnen, sondern um die Opfer der Finanzkrise handelt.

Kurzfristig können Teile dieser Mittel aus dem **Europäischen Sozialfonds** (ESF) kommen, vor allem die Länder mit dem größten Ausmaß an Staatsschulden und Arbeitslosigkeit müssen die vorhandenen Mittel mit Hilfe der EU besser ausschöpfen. In anderen EU-Töpfen liegt viel Geld, das besser für die drängenden Probleme genutzt werden kann: Etwa im **Kohäsionsfonds**, im **Solidaritätsfonds** und den Programmen zur ländlichen Entwicklung, aus denen Mittel zugunsten des Ziels der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit umgewidmet werden können.

Im neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2014 muss ein spezieller Schwerpunkt für Jugendliche im Rahmen des ESF festgelegt werden, dessen Anteil an den gesamten EU-Mitteln steigen soll. Aber auch neue Einnahmen sollten für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gewidmet werden. Dazu zählen etwa jene aus der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Ihr Aufkommen wird auf etwa 50 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt. Eine Verwendung der Erträge der Finanztransaktionssteuer zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hätte den besonderen Charme, dass auf diese Weise direkt die VerursacherInnen der Krise für die Opfer derselben zahlen würden.

Zukunftschancen für die Jugend

Mit Investitionen in diesem Umfang könnte die Arbeitslosigkeit generell markant reduziert und für Jugendliche sogar weitgehend zum Verschwinden gebracht werden. So wäre auch die wichtigste Voraussetzung für den Zusammenhalt des europäischen Projektes geschaffen: Zukunftschancen für die jungen Menschen.

Internet:

Jugendarbeitslosenquote
im internationalen Vergleich:
tinyurl.com/84mex6u

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
markus.marterbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Ziel einer europäischen Initiative zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit müsste es jedenfalls sein, allen Jugendlichen einen Beschäftigungs- oder Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Vor allem die Ermöglichung des Abschlusses einer Erstausbildung ist essenziell, da damit die Grundlage für einen dauerhaften Einstieg in den Arbeitsmarkt geschaffen wird.

Muskelspiele: Ein Six-Pack für wen?

Ende 2011 wurden die Verhandlungen über die umstrittene Economic Governance („EU-Wirtschaftsregierung“) von Rat und EU-Parlament abgeschlossen.

Autorin: Christa Schlager

Abteilung Wirtschaftswissenschaft
der AK Wien

Über ein Jahr dauerte die Auseinandersetzung über die sechs Legislativvorschläge für die Economic Governance (dt. etwa „Wirtschaftssteuerung“), bekannt als das „Six-Pack“, die bereits mit Anfang 2012 in Kraft getreten sind. Diese weitreichenden Änderungen sind parallel zum Gipfeltourismus der Staats- und Regierungschefs entstanden und bringen sowohl Verschärfungen der Budgetregeln (des „Stabilitätspaktes“) als auch neue Überwachungsregeln für Staaten mit **Leistungsbilanzdefiziten** mit sich.

Sanierungspfad

Vier der sechs Gesetze regeln die verstärkte Überwachung und Durchsetzung von regelgebundener Budgetpolitik. Die Mitgliedsstaaten, insbesondere der Eurozone, verpflichten sich zu mittelfristig ausgeglichenen Haushalten und jährlichen Defizitsenkungen. Abweichungen vom Sanierungspfad werden bestraft. Zudem wurde eine Schuldenregel eingeführt, die besagt, dass bei einer Schuldenquote von über 60 Prozent jährlich um $\frac{1}{20}$ des Mehrbetrags eingespart werden muss. Auch die Manipulation von Statistiken wird künftig mit Strafen belegt. Für die Entscheidung über die Verhängung von Sanktionen kommt ein umgekehrtes Mehrheitsverfahren zum Einsatz. Dabei gilt die durch die Europäische Kommission vorgeschlagene Sanktion als angenommen, wenn der Rat der FinanzministerInnen nicht innerhalb von

zehn Tagen mit qualifizierter Mehrheit dagegen stimmt.

Dies ergibt ein extrem enges Korsett im Bereich der Budgetpolitik. So kann ab 2012 ein Staat auch dann abgestraft werden, wenn sein Budgetdefizit unter drei Prozent liegt. Im Abschwung müssen die Sparanstrengungen verschärft werden, anstatt gegenzusteuern. Aber gerade mit einer gelungenen antizyklischen Politik ist Österreich gut durch die Wirtschaftskrise 2008/10 gekommen.

Die schlechte budgetäre Situation Griechenlands wurde zum Anlass genommen, um das Kind mit dem Bade auszuschütten. Alle Staaten werden unter den Generalverdacht gestellt, Budgetsünder zu sein, und es wird versucht, die nationalen Spielräume in der Budgetpolitik zu minimieren. Dies ist nicht nur aus demokratiepolitischer Sicht bedenklich. Mit dem starken Fokus auf Einsparungen wird eine einseitige Wirtschaftspolitik festgeschrieben und einzementiert. Alle Staaten müssen sparen, dies führt dazu, dass die schwächelnde Wirtschaft keinen Auftrieb bekommt. Der neuerliche wirtschaftliche Abschwung verschlechtert auch die Budgetsalden: Für den Euroraum wird 2012 eine Stagnation erwartet, für Österreich nur mehr ein kleines Plus von einem halben Prozent. Wachstum ist die beste Sanierungsmaßnahme für Budgets. Ein um ein Prozent höheres Wachstum führt zu Mehreinnahmen und Minderausgaben von rund einem halben Prozent und vice versa. Das heißt, niedrige Wachstumsraten vergrößern automatisch das Budgetdefizit. Um einen vorgegebenen Budgetpfad einhalten zu können, muss noch mehr

BUCHTIPP

Sepp Wall-Strasser, Heinz Füreder, Gerhard Gstöttner-Hofer, Gerlinde Breiner, Manuela Hotz (Hg.)

Europa am Scheideweg

ÖGB-Verlag, 2012,
ca. 240 Seiten, € 29,90
ISBN: 978-3-7035-1540-8



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

gespart werden. Dies kann in eine Abwärtsspirale führen, in der sich aktuell Griechenland und Portugal befinden.

EU-2020-Ziele im Hintertreffen

Die einseitige Betonung von Budgetdisziplin verhindert auch, andere wirtschaftspolitische Probleme anzugehen. So gerät die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut, die zu den zentralen EU-2020-Zielen – also zu den Leitlinien der EU – gehört, völlig ins Hintertreffen. Dabei hat auch hier die Krise reale Spuren hinterlassen. In Europa liegt die Arbeitslosigkeit bei zehn Prozent, dies sind mehr als 23 Mio. Menschen. Über 40 Prozent der Betroffenen sind längere Zeit arbeitslos, damit steigt die Gefahr der Verarmung dieser Menschen stark an. Die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ist enorm, in 18 der 27 EU-Staaten liegt sie über 20 Prozent, in einzelnen Gegenden Spaniens sogar schon bei 65 Prozent! Während also unheimliche Anstrengungen unternommen



Um einen vorgegebenen Budgetpfad einhalten zu können, muss noch mehr gespart werden. Dies kann in eine Abwärtsspirale führen, in der sich aktuell Griechenland und Portugal befinden.

und Regelwerke geschaffen werden, damit Budgetdefizite in Hinkunft nicht mehr als ein halbes Prozent ausmachen, gibt es keine derartigen Bemühungen, um den Menschen innerhalb der EU eine Zukunft zu geben. Es wäre ja auch möglich, Armutsverminderungsziele und Beschäftigungsziele mit genau derselben Rigorosität zu verankern.

Gesamtwirtschaft beurteilen

Beim zweiten wirtschaftspolitischen Instrument, das Teil des Six-Packs ist, handelt es sich um einen neuen Mechanismus zur Bekämpfung und Korrektur „makroökonomischer Ungleichgewichte“. Dabei wird versucht, die gesamte wirtschaftliche Lage eines Landes zu bewerten. Es gibt Länder mit hohen Exportüberschüssen, wie Deutschland, Österreich oder die Niederlande, aber auch Länder mit hohen Importüberschüssen. Damit diese Länder in einem gemeinsamen Währungsverbund verbleiben können, sollte sich ihre Wirtschaftskraft längerfristig angleichen. Dieser grundsätzlich gute Ansatz wird allerdings sehr einseitig ausgelegt und soll Staaten mit Leistungsbilanzdefiziten auf strikten Kurs zur Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit bringen, notfalls auch mit Sanktionen. Das heißt, dass Lohndumping begünstigt wird und hohe Lohnabschlüsse bestraft werden. Denn der ursprünglich angedachte symmetrische Ansatz, dass Länder mit zu niedrigen Lohnabschlüssen – und damit auch zu niedriger Binnennachfrage – ebenso bestraft werden können, wurde in allerletzter Sekunde von Deutschland herausverhandelt. Das bedeutet aber, dass

eine Angleichung zwischen den Staaten schwieriger wird und immer nur zulasten der Löhne möglich ist. Deshalb haben die Gewerkschaften von Anfang an gegen diese ungleiche Auslegung mobilisiert. Zwar konnte ein weiterer zentraler Kritikpunkt der Gewerkschaften ausgeräumt werden – in das Gesetzespaket wurde explizit eine „Schutzklausel“ aufgenommen, die die Autonomie der Sozialpartner, der Kollektivvertragsverhandlungen und die Lohnfindungssysteme vor Eingriffen der EU-Kommission schützt –, aber es wurden auch einige Indikatoren konzipiert, die Ungleichgewichte messen sollen. Und die Messwirkung ist hier ebenfalls asymmetrisch, sodass der Druck auf die Löhne weiterhin bestehen bleiben wird.

Die EU geht mit dem beschlossenen Six-Pack einen weiteren Schritt in Richtung einer Wettbewerbsunion mit Druck auf Löhne und soziale Standards. Die Maßnahmen zur Europäischen Wirtschaftssteuerung bekämpfen lediglich Symptome, nicht aber die Ursachen der Krise. Es waren schließlich finanzielle Deregulierung und Spekulation, die zu hohen Schulden und Blasen auf den Finanzmärkten führten. Die jetzigen Budgetregeln müssten sofort wieder außer Kraft gesetzt werden, wenn es zu einer erneuten Krise auf den Finanzmärkten käme und Staaten wiederum dem Finanzsektor beistehen müssten. Diese Gefahr besteht weiterhin, weil der Bankensektor in Europa nach wie vor als unsicher gilt, was die Verluste der Banken in den letzten Monaten bzw. ihr enormer Rekapitalisierungsbedarf zeigen. Schuld an der Krise waren nicht die ArbeitnehmerInnen, die vermeintlich über

ihre Verhältnisse gelebt haben. Die jetzt unüberlegt eingeleitete Abmagerungskur in fast allen Mitgliedstaaten gleichzeitig könnte den Euroraum insgesamt teuer zu stehen kommen. Selbst der Internationale Währungsfonds und die OECD fordern Europa auf, wachstumsfördernde Maßnahmen zu setzen, denn in wirtschaftlich schlechten Zeiten können sich Staaten mit besseren Ausgangsvoraussetzungen leichter behaupten.

Starke Muskeln für den Sozialstaat

Die Ungleichheiten werden sich durch die aktuelle Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren noch verschärfen und der Euro steht damit permanent vor einer Zerreißprobe. Die EU sollte ihr Sixpack – ihre starken Muskeln – für die Ankerbelug eines nachhaltigen Wachstums, zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, zur Stärkung der Nachfrage, für Löhne, die der Produktivität angemessen sind, und für funktionierende Sozialstaaten einsetzen. Dann könnte die Stärke des gemeinsamen Binnenmarktes auch allen zugute kommen. Die Trainingsanleitung hierzu müsste aber in wesentlichen Punkten umgeschrieben werden.

Internet:

Sixpack bei Wikipedia:
tinyurl.com/Guqqncp

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
christa.schlager@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Bankenrettung in Österreich – ein tolles Geschäft für den Staat?

Wer vom Bankenpaket profitiert und was es uns kostet.

Autor: Bruno Rossmann

Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaften der AK Wien

Mit dem Zusammenbruch der Investmentbank **Lehman Brothers** am „schwarzen Montag“, dem 15. September 2008, weitete sich die Finanzkrise mit voller Wucht auf Europa aus. Die unmittelbar darauf einsetzende Liquiditäts- und Vertrauenskrise führte gleichsam über Nacht zu einer ernsthaften Bedrohung für das gesamte Weltfinanzsystem, mit weitreichenden realwirtschaftlichen Folgen für alle Staaten.

Drei Ursachen der Finanzkrise

Die Staatengemeinschaften reagierten auf diese Krise sehr rasch mit Bankenhilfspaketen. Das war zweifelsohne ein notwendiger Schritt zur Stabilisierung des Finanzsystems. Hinreichend war er keineswegs, weil die Krise der Banken selbst Jahre nach ihrem Ausbruch nicht überwunden und das Finanzsystem weiterhin instabil ist. Die drei wesentlichen Ursachen der Finanzkrise – zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen, Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen und Unterregulierung der Finanzmärkte – wurden trotz vieler Krisengipfel bislang nicht ausreichend angepackt. Vielmehr gelang es Teilen der Wirtschaft und der Politik nach der erstaunlich raschen Überwindung der durch die Finanzkrise ausgelösten Rezession in den meisten Staaten der Europäischen Union, die Finanzkrise zu einer Staatsschuldenkrise umzudefinieren – und so von den budgetären Kosten

der Bankenkrise und der dadurch ausgelösten Wirtschaftskrise abzulenken. Letztere führte zu hohen Steuerausfällen und belastete durch konjunkturstützende Maßnahmen das Budget. In Österreich stiegen als Folge der Banken- und Wirtschaftskrise die Staatsschulden im Zeitraum 2007 bis 2011 um zwölf Prozent des BIP, das sind rund 36 Mrd. Euro.

Vor diesem Hintergrund sind drei Fragen von Bedeutung: Wurden die Zielsetzungen des österreichischen Bankenpakets erreicht, wer sind die NutznießerInnen und wie hoch sind die budgetären Kosten? Das Ziel der Sicherung der Stabilität und Aufrechterhaltung des Finanzsystems wurde insofern erreicht, als keine große – für das Funktionieren der Volkswirtschaft entscheidende – Bank in Konkurs ging. Hingegen sind abschließende Antworten auf die Frage nach NutznießerInnen und Lasten sowie deren Bewältigung erst möglich, wenn die Maßnahmen des Bankenpakets vollständig abgewickelt sind. Das gilt auch für die von BankenvertreterInnen und der Finanzministerin oft geäußerte Behauptung, dass das Bankenpaket ein „gutes Geschäft“ für den Staat sei. Aber eine Zwischenbilanz ist jedenfalls möglich.

Dazu wenden wir uns zunächst den Konditionen des Bankenpakets zu. Zur Rettung der großen Banken (Erste Bank, Volksbanken AG, Raiffeisen Zentralbank, BAWAG/PSK und Hypo Alpe Adria) musste der Staat für Kapitalstützungen (Partizipationskapital) in Höhe von ca. 5,9 Mrd. Euro tief in die Tasche greifen. Trotz dieser Hilfen musste die Hypo Ende 2009 verstaatlicht werden.

Die dafür vereinbarten Dividenden zwischen acht und 9,3 Prozent sind natürlich weit entfernt von jenem Preis, den die Banken Ende 2008 bzw. Anfang 2009 am Markt hätten zahlen müssen. Den Marktpreis für Eigenkapital hat die Europäische Kommission damals mit 15 Prozent ermittelt. Mit anderen Worten: Zwischen der verlangten Dividende und der marktüblichen Vergütung liegt eine Ersparnis für die Banken in Höhe von rund 360 Millionen Euro.

Lohnender Vergleich

Lohnend aus der Sicht der SteuerzahlerInnen ist ferner ein Vergleich mit anderen Bankenpaketen, etwa jenem von England: Erstens, weil die Dividenden in anderen Staaten höher sind (in England zehn Prozent), zweitens, weil Dividenden, die in einem Jahr ausfallen, im Gegensatz zu Österreich später nachgezahlt werden müssen, und drittens, weil die Entgelte für die Inanspruchnahme von Garantien für Bankanleihen in Österreich niedriger sind als in England. In Summe fließen im Vergleich zum englischen Bankenpaket bei voller Ausnutzung mindestens 660 Mio. Euro von den österreichischen SteuerzahlerInnen zu den AktionärInnen der Banken – bei geringerer Auslastung entsprechend weniger.

In einem zweiten Schritt werden die budgetären Belastungen beleuchtet. Neben den Kapitalerhöhungen für die großen Banken mussten auch für die Kommunalkredit AG, die verstaatlicht sowie in eine gesunde Bank und in eine „bad bank“ geteilt wurde, eigenkapitalstützende Maßnahmen ergriffen werden.

Einschließlich der Finanzierungskosten für den Bund betragen die Ausgaben aus dem Budget für alle Kapitalmaßnahmen zwischen 2008 und dem 1. Halbjahr 2011 etwa 6,7 Mrd. Euro. Diesen Ausgaben stehen Einnahmen aus Dividenden und Haftungsentgelten von bisher insgesamt 1,2 Mrd. Euro gegenüber. Per Saldo hat der Bund somit bisher rund 5,5 Mrd. Euro aufwenden müssen.

Was es uns bisher gekostet hat ...

Von größerem Interesse ist aber die Höhe der budgetären Nettobelastungen über denselben Zeitraum, also jenen Belastungen, die dem Staat bereits heute endgültig erwachsen sind. Auf der Ausgabenseite schlagen insbesondere die verlorenen Zuschüsse an die Hypo Alpe Adria und an die von der Kommunalkredit AG abgespaltene „bad bank“, die KA Finanz AG, von jeweils rund 1,1 Mrd. Euro zu Buche. Dazu kommen die bereits erwähnten Finanzierungskosten für das Bankenpaket in Höhe von knapp 500 Mio. Euro. Das macht in Summe 2,7 Mrd. Euro. Zieht man davon die Einnahmen aus Dividenden und Haftungsentgelten ab, verbleiben an endgültigen Verlusten knapp 1,5 Mrd. Euro. Rechnet man ferner die entgangenen Dividenden der Hypo Alpe Adria und der Volksbanken hinzu, dann belaufen sich die tatsächlich entstandenen Belastungen für die SteuerzahlerInnen auf knapp 1,8 Mrd. Euro. Mit dieser Nettobelastung ist aber das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht.

Zum einen sind die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten weiterhin hoch. Ein besonderes Risiko ergibt sich für jene österreichischen Banken, die sich im (Süd-)Osten Europas besonders stark engagiert haben (Raiffeisen, Erste Bank). Zusätzlich könnte die vom Europäischen Rat beschlossene Aufstockung des Eigenkapitals auf neun Prozent weitere staatliche Hilfen erforderlich machen (Volksbanken AG). Drittens pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass die verstaatlichten Banken (Hypo Alpe Adria und die KA Finanz AG) erhebliche Volumina an faulen Forderungen in ihren **Portefeuilles** haben, sodass in den nächsten Jahren Zuschüsse durch den Staat in Milliardenhöhe nötig sein werden.

In einem dritten Schritt wird nach den bisherigen Erträgen aus dem eingesetzten Partizipationskapital für die Großbanken (ohne verlorene Zuschüsse an die verstaatlichte Hypo) gefragt. Der Nettoertrag liegt bei 76 Mio. Euro. Bezogen auf das eingesetzte Kapital errechnet sich daraus für den Bund eine Rendite von 1,7 Prozent. Das bedeutet, dass der hohen Risikoprämie des Staates eine äußerst magere Rendite gegenübersteht. Keine Bank würde bei derart hohem Risiko Darlehen mit so geringer Rendite gewähren.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Das österreichische Bankenpaket ist kein so tolles Einnahmen- oder gar Ertragsprogramm für den Staat, wie es uns so manche VorstandsdirektorInnen immer wieder glauben machen wollen. Schon gar nicht, wenn zusätzlich noch die viel höheren Kosten der Wirtschaftskrise mit eingerechnet werden.

Von Banken für Banken

Das Bankenpaket ist aber auch in anderer Hinsicht problematisch: Verteilungspolitisch, weil Dividenden an AktionärInnen von Banken mit Staatshilfe bezahlt werden, und aus der Perspektive der langfristigen Stabilität des Finanzsystems, weil die AktionärInnen trotz der Einführung der Bankenabgabe im Jahr 2011 in zu geringem Ausmaß an der Finanzierung der Bankenpakete beteiligt werden. Zu Recht wurde daher das Bankenpaket schon im Verlauf der Gesetzgebung als ein Paket von „Banken für Banken“ bezeichnet. Angesichts der durch die Banken- und Wirtschaftskrise ausgelösten Konsolidierungsnotwendigkeiten der öffentlichen Haushalte ist es jedenfalls angebracht, die Lasten gerecht zu verteilen. Eine deutliche Anhebung vermögensbezogener Abgaben ist daher dringend geboten.

Internet:

AK-Studie zur Bankenrettung 2009:
tinyurl.com/72pegaa

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
bruno.rossmann@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Mit dieser Nettobelastung ist aber das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Zum einen sind die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten weiterhin hoch. Ein besonderes Risiko ergibt sich für jene österreichischen Banken, die sich im (Süd-)Osten Europas besonders stark engagiert haben (Raiffeisen, Erste Bank).

„Jeder woass, dass a Geld nit auf da Wiesen wachst ...“¹

Der AK-Unternehmensmonitor 2011 zeigt, wer von Gewinnen profitiert.

AutorInnen:

Christina Wieser und Markus Oberrauter

Abteilung Betriebswirtschaft der AK Wien

Angesichts nervöser Finanzmärkte, irrationaler Ratingentscheidungen und einer immer mehr unter (Spar-)Druck stehenden Regierung fragen sich Anfang des Jahres viele: Wie steht es denn wirklich um die österreichischen Unternehmen und damit nicht zuletzt um den eigenen Arbeitsplatz? Der AK-Unternehmensmonitor hat sich dieser Frage angenommen: Im Unterschied zu makroökonomischen Betrachtungsweisen bezieht dieses spannende Instrument die Informationen einzig aus den Unternehmen selbst, nämlich aus den jährlich veröffentlichten Geschäftsberichten. Für 2010 konnten die Jahresabschlüsse von mehr als 1.000 österreichischen Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften und GmbH) in die Analyse einbezogen werden. Die Performance dieses repräsentativen Samples der wichtigsten heimischen Betriebe kann sich sehen lassen: Allein aus dem operativen Geschäft erzielten die untersuchten großen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften im Jahr 2010 wieder 4,8 Prozent EBIT-Marge. Damit bleiben alleine aus dem Kerngeschäft im Schnitt von 100 Euro Umsatz fast fünf Euro Gewinn.

Der Löwenanteil geht an ...

AnteilseignerInnen und AktionärInnen! Diese Gruppen profitieren am meisten vom Aufwärtstrend und erzielen eine zweistellige Rendite von mehr als 14 Pro-

zent, ein absolut hervorragender Wert. Die Unternehmen der Sachgütererzeugung übertreffen den ausgezeichneten Durchschnitt sogar noch deutlich mit einer Eigenkapitalverzinsung von fast 25 Prozent. Nicht nur die Rentabilität des Eigenkapitals hat sich deutlich verbessert, auch die Dividenden klettern in Rekordhöhen: Gemessen an der Lohn- und Gehaltssumme macht das Ausschüttungsvolumen aktuell 44 Prozent aus.

Für die ArbeitnehmerInnen hat sich hingegen der Anteil an der Wertschöpfung reduziert und fällt im Jahr 2010 sogar niedriger als 2008 aus. Die deutliche Produktivitätssteigerung kommt damit nahezu ausschließlich den Unternehmen zugute: Die KapitalgeberInnen erhalten bereits fast 40 Prozent des geschaffenen Wertes. Während sich die Beschäftigten in der Krise mit geringeren Lohn- und Gehaltsabschlüssen sowie mit Kurzarbeit maßgeblich an der Krisenbewältigung beteiligt haben, konnten sie im Gegenzug nicht im selben Ausmaß am zuletzt wieder guten Ergebnis partizipieren.

Gerade jetzt: Investieren!

Bei der kurzfristigen Jagd nach satten Profiten und hohen Dividenden bleibt die Investitionstätigkeit auf der Strecke: Die österreichischen Investitionswachstumsraten haben sich im Zeitraum 2001 bis 2008 gegenüber den 1990er-Jahren halbiert. Im internationalen Vergleich

¹ Frei nach Hubert von Goisern (aus: „Brenna tuats guat“).

² Priewe, Jan/Rietzler, Katja (2010): Deutschlands nachlassende Investitionsdynamik (1991–2010). Ansatzpunkte für ein neues Wachstumsmodell, Bonn, S. 7

BUCHTIPP

Heinz Leitsmüller (Hrsg.)

**Gewinnbeteiligung –
Mitarbeiterbeteiligung**

Zwischen Mythos
und Realität

ÖGB-Verlag, 2008,

272 Seiten, € 35,-

ISBN 978-3-7035-1330-5



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

liegt Österreich damit hinter Italien im untersten Drittel der OECD-Länder.² Doch statt langfristig ins Unternehmensvermögen zu investieren und damit konkurrenzfähig zu bleiben, werden die erzielten Gewinne lieber als Dividende verpackt: In den vergangenen fünf Jahren wurden im Schnitt mindestens 90 Prozent, maximal sogar bis zu 123 Prozent des Sachinvestitionsvolumens, an AnteilseignerInnen und AktionärInnen abgeführt.

Als besonders großzügig sind die Ausschüttungen in der Sachgütererzeugung zu beurteilen: Der Umfang der auf Basis der Gewinne 2010 beschlossenen Dividenden ist mehr als doppelt so hoch ausgefallen wie das Investitionsvolumen in Sachanlagen (z. B. Immobilien oder Maschinen). Doch am fröhlichen Dividendenreigen nimmt nur ein elitärer Kreis teil: Nicht einmal vier Prozent der heimischen Haushalte besitzen Aktien, davon entfallen allein auf das oberste Einkommensehntel rund 80 Prozent.

Der Löwenanteil geht an AnteilseignerInnen und AktionärInnen! Diese Gruppen profitieren am meisten vom Aufwärtstrend und erzielen eine zweistellige Rendite von mehr als 14 Prozent, ein absolut hervorragender Wert.



Hier gilt es möglichst rasch mit zukunftsweisender Unternehmenspolitik gegenzusteuern. Dafür ist eine zurückhaltende Dividendenpolitik wichtige Voraussetzung, denn das Einbehalten von Gewinnen bietet den notwendigen Spielraum für Investitionen, die wiederum Arbeitsplätze schaffen und nachhaltig den Unternehmenswert steigern.

Unter diesen wünschenswerten Rahmenbedingungen dürfen ArbeitnehmerInnen mit besseren Jobperspektiven und mehr Arbeitsplatzsicherheit rechnen.

Liquide aufgestellt, solide finanziert

Die österreichischen Unternehmen haben den Ergebnissen des AK-Monitorings zufolge ihre Finanzierungsstruktur im Vorjahr wieder deutlich verbessert. Besonders gut steht es um die Zahlungsfähigkeit: Die durchschnittliche Liquidität erreicht fast 106 Prozent, mit diesem finanziellen Rückhalt können kurzfristig fällige Schulden jederzeit getilgt werden.

Das beste Viertel der untersuchten Betriebe darf sich sogar über fast doppelt so hohe liquide Mittel freuen. Im Hinblick auf das derzeit unsichere Konjunkturmilieu wirkt die positive Entwicklung der Zahlungsfähigkeit mehr denn je als wichtiger Stabilitätsindikator. Sollte es – angetrieben von volatilen Finanzmärkten – zu finanziellen Engpässen kommen, verfügen die großen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften über ausreichend Liquidität, um mögliche Schwierigkeiten kurzfristig zu überbrücken.

Der hohe Liquiditätsgrad, kombiniert mit einer soliden Eigenkapitalausstattung von durchschnittlich 43 Prozent, bescheinigt den Unternehmen eine nachhaltig verlässliche Finanzierungsstruktur. Im Sektorenvergleich gelten Energie- und Wasserversorger als besonders krisensicher, deren Gesamtvermögen ist zu mehr als der Hälfte (55,6 Prozent) mit Eigenkapital finanziert, ein unangefochten hoher Spitzenwert.

Was als Finanzkrise im Jahr 2008 begonnen hat, manifestiert sich aktuell immer mehr im Unwort „Staatschuldenkrise“. Die derzeit viel diskutierten hohen Staatsverschuldungen sind jedoch vor allem auf die umfangreichen Stabilisierungsmaßnahmen für den Finanzmarkt sowie Konjunktur- und Bankenhilfepakete zurückzuführen.

Jetzt sind es die öffentlichen Haushalte, die unter dem Druck von Ratingagenturen in die Budget- und Schuldenbremsdrouille geraten. Gerade in Zeiten hoher Defizite muss sich der Staat ganz besonders auf faire Beiträge zur Finanzierung verlassen können. Doch diese Rechnung geht – zumindest was die Unternehmensabgaben betrifft – nicht auf: Lediglich ein geringer Teil der erwirtschafteten Gewinne wird als Steuer abgeführt.

Kein „Hochsteuerland“

Die effektive Steuerleistung der Unternehmen ist mit 17,0 Prozent im Jahr 2010 am absoluten Tiefstwert angelangt, vom viel gescholtenen „Hochsteuerland für Unternehmen“ ist Österreich damit

weit entfernt. Der tatsächliche Steuersatz liegt seit 2005 jeweils unter 20 Prozent und unterschreitet damit den gesetzlichen Körperschaftsteuersatz von 25 Prozent mehr als deutlich.

Die heimischen Unternehmen haben sich binnen kurzer Zeit erholt und die Krise sehr gut überstanden.

Steuerschlupflöcher schließen

Für den Staat heißt es jedoch weiterhin auf den gerechten Anteil warten: Dabei haben die vorgenommenen Stabilisierungs- und Konjunkturmaßnahmen erheblich dazu beigetragen, dass Österreich die Krise vergleichsweise gut gemeistert hat.

Es erscheint daher nur mehr als gerecht, dass dem öffentlichen Haushalt im Gegenzug endlich faire Unternehmenssteuern zufließen, die unbedingt notwendig für die anstehende Budgetkonsolidierung sind. Damit dies gelingt, ist neben dem Schließen von Steuerschlupflöchern die angedachte Anhebung des Körperschaftsteuersatzes eigentlich ein Gebot der Stunde.

Internet:

AK-Unternehmensmonitor der AK NÖ, OÖ
und Wien:
tinyurl.com/76yf689

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
christina.wieser@akwien.at
markus.oberrauter@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Sparen und sparen und sparen ...

Die Schuldenbremse wurde beschlossen. Nun streitet Österreich darüber, ob sie auch in der Verfassung verankert wird.

Autorin: Amela Muratović

Mitarbeiterin der Öffentlichkeitsarbeit
des ÖGB

Deutschland hat es vorgemacht, jetzt zieht Österreich nach: Ein Ergebnis beim Europäischen Rat Anfang Dezember 2011 war die Einigung auf eine Fiskalunion, die die deutsche Kanzlerin Angela Merkel gefordert hatte. Die Entwürfe sehen derzeit so aus: verschärfte Sparpolitik, noch strengere Budgetkontrolle und verpflichtende Schuldenbremsen. Die Alpenrepublik scheint eine Musterschülerin zu sein, denn kurz darauf entschloss sich die Bundesregierung zur gesetzlichen Verankerung eines strukturellen Nulldefizits (Schuldenbremse). Nach deutschem Vorbild darf das strukturelle Defizit ab 2016 nur noch 0,35 Prozent des BIP ausmachen. Somit soll der Schuldenstand der Republik – derzeit liegt dieser bei rund 74 Prozent des BIP – bis zum Jahr 2020/21 unter die EU-Grenze von 60 Prozent des BIP fallen. Ob es eine Verankerung der Fiskalregel in der Bundesverfassung geben wird, ist noch offen. Die Regierungsparteien führen diesbezüglich Gespräche mit der Opposition.

Scharfe Töne

In Zeiten, in denen Worte wie „Sparen“ und „Sparpaket“ täglich die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, die Titelblätter aller Tageszeitungen und den Inhalt vieler Nachrichtensendungen füllen, herrscht in Österreich ein ungeheures Hickhack um die Schuldenbremse. Die Regierung

führt Gespräche über eine Verankerung derselben in der Verfassung, viele ÖkonomInnen und ArbeitnehmervertreterInnen sind dagegen und sprechen vom „Totsparen“. Denn der Staat dürfe in schwierigen Zeiten nicht auf die Ausgaben-Bremse steigen, sich ganz auf das Sparen versteifen, sondern müsse die Konjunktur fördern. Scharfe Worte dazu kamen aus der Salzburger Arbeiterkammer: Die Schuldenbremse sei ein Blödsinn, eine Bankrotterklärung der Politik, eine Wachstumsbremse und ein Ungerechtigkeitsturbo, sagte AK-Salzburg-Präsident Siegfried Pichler. „Ausgerechnet jenen Spekulanten, die für die Krise 2008/09 verantwortlich waren, soll man es recht machen. Und wir zahlen wieder die Zeche.“ Er fordert eine Bekämpfung der Ursachen und nicht der Symptome.

AA+

Viele GegnerInnen der Schuldenbremse sehen sich im Recht, und Österreich kommt nicht zur Ruhe. Die bereits angeschlagene Stimmung in der Regierung verschlechterte sich mit dem Entzug des Triple-A-Status durch die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) im Jänner. Im Nationalrat lieferte sich die Regierung einen Steuerstreit: Die Opposition machte die Regierung für den Bonitätsverlust verantwortlich, die Koalition zerstritt sich untereinander bezüglich der Einführung neuer Steuern. Während BZÖ und FPÖ von Letzteren nichts wissen wollten, appellierte Werner Kogler von den Grünen für mehr Steuergerechtigkeit: „Wenn nur die Hälfte von dem kommt, was in wirtschaftlich entwickelten Ländern als

Vermögensbesteuerung üblich ist, würde Österreich innerhalb der Maastricht-Kriterien liegen.“ Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) warf der Opposition vor, nur aus parteipolitischen Kalkül die Schuldenbremse nicht in der Verfassung verankert zu haben. Den eigenen Schuldenberg will Fekter jedoch nicht mit neuen Steuern abbauen: „Wir haben in Österreich eine ausgesprochen hohe Abgabenquote. Wir haben keine Einnahmenprobleme.“ Auf die Aussagen der Finanzministerin konterte SPÖ-Klubchef Josef Cap, dass ein Kahlschlag des Sozialstaates mit der SPÖ nicht stattfinden werde: „Man darf Sparen nicht zur Ideologie machen“, sagte Cap. Auch die Weltbank warne davor, dass sich Europa kaputtzusparen drohe. „Nötig sei eine sozial gerechte Konsolidierung. Dabei geht es nicht um neue Steuern, sondern um das Schließen von Steuerlücken.“

Sozialpartner bleiben außen vor

Viele Kritikpunkte kommen auch vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB): Der Fiskalpakt fördere noch strengere Sparmaßnahmen und biete keinerlei Wachstumsperspektiven. Die Staaten würden noch weiter in die Krise gedrängt, so der EGB. Ein Fiskalpakt müsse Hand in Hand gehen mit einem „Sozialpakt für Europa“ – Vorrang für Investitionen in nachhaltige Wirtschaft, qualitative Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit, bei gleichzeitiger Bekämpfung sozialer Ungleichheiten. Insbesondere schließt der Pakt die Sozialpartner völlig aus und übergeht außerdem das EU-Parlament weitgehend. Auch der

In Zeiten, in denen Worte wie „Sparen“ und „Sparpaket“ täglich die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, die Titelblätter aller Tageszeitungen und den Inhalt vieler Nachrichtensendungen füllen, herrscht in Österreich ein ungeheures Hickhack um die Schuldenbremse.



neue Fraktionsvorsitzende der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, Hannes Swoboda, ist nicht überzeugt: „Der Fiskalpakt ist ein irrelevanter, fehlerkonstruierter Pakt, der nichts bringt. Er ist nur eine Erfindung der Frau Merkel, um die Gemüter zu Hause zu beruhigen.“

Fallbeispiel Deutschland

Während in Deutschland über ökonomischen Sinn und Unsinn der Schuldenbremse relativ breit diskutiert wurde, findet in Österreich zum großen Teil nur eine Debatte über die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung statt. Nicht beachtet werden dabei wesentliche Punkte, die zu ungelösten Fragen und Problemen führen können. Dazu gehören zum Beispiel die fehlende Berücksichtigung der negativen Wachstums- und Beschäftigungswirkung in der Übergangsphase oder die unsicheren Schätzmethoden sowie die damit einhergehende unzuverlässige Entscheidungsgrundlage für die Budgetpolitik – Punkte, die auch in Deutschland für viel Skepsis sorgen. Achim Truger, Experte für öffentliche Haushalte im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf und einer der fundiertesten Kenner der Schuldenbremse in Deutschland, sagt: „Die Schuldenbremse droht Europa in eine tiefe Wirtschaftskrise zu führen. Sie ist ein Politikexperiment mit unwissendem Ausgang und ein Ausdruck extremer Panik – und Panik hat mit einer rationalen Auseinandersetzung nichts zu tun.“ Angesichts der Euro-Krise und der für viele Staaten aufgrund steigender

Risikoprämien immer größer werdenden Schwierigkeiten, sich auf den Finanzmärkten zu refinanzieren, wird die deutsche Schuldenbremse schnell zur Ursache für die im internationalen Vergleich sehr erfolgreiche Haushaltskonsolidierung und die günstigen Finanzierungsbedingungen des deutschen Fiskus erklärt. Doch in ihrer Detailanalyse der deutschen Schuldenbremse zeigen Truger und sein Kollege Henner Will genau auf, dass das gewählte technische Verfahren zur Ermittlung des strukturellen Defizits des Bundes extrem komplex und dadurch intransparent ist. Die Einführung einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in anderen Euroraum-Krisenstaaten halten sie für den Fortbestand des Euro für extrem gefährlich. Vor allem deshalb, weil sie die Ursachen der Eurokrise in unzulässiger Weise auf eine unsolide Finanzpolitik in den gegenwärtigen Krisenstaaten verengt, außenwirtschaftliche Ungleichgewichte sowie die Verantwortung der gegenwärtig wirtschaftlich starken Euro-Länder fast völlig ausblendet.

Weder transparent noch einfach

Ein wesentlicher Kritikpunkt der Analyse ist auch, dass die deutsche Fiskalregel, wie sie vom Bund implementiert wurde, weder transparent noch einfach ist und sogar lange Zeit auch für FachwissenschaftlerInnen nicht nachvollziehbar gewesen sei. Ein weiteres großes Problem bei der deutschen Schuldenbremse sehen die Experten darin, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt ein ausgeglichener Haushalt verlangt wurde, ohne bestehende Lücken zuvor geschlossen zu haben.

Das bedeute, dass die öffentlichen Haushalte jahrelang in eine strikte ausgabenseitige Sparpolitik getrieben würden, was wiederum negative Folgen für Wachstum und Beschäftigung habe sowie zu erheblichen Einbußen bei der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern, Dienstleistungen und sozialer Sicherheit führe.

Österreich soll seinen Weg gehen

Negativ bewerten sie weiters, dass die Auswirkungen der Schuldenbremse von der Wahl des Konjunkturbereinigungsverfahrens abhängen würden. „Das Budget 2011 wurde vom Bund verabschiedet, unklar ist immer noch, welches Verfahren dabei verwendet wurde. Die Länder haben noch bis 2020 Zeit, vielleicht haben wir dann in Deutschland 17 unterschiedliche Schuldenbremsen, eine für den Bund, 16 für die Länder, denn die technische Umsetzung bleibt die Entscheidung des Wirtschafts- und Finanzministeriums“, sagt Truger und betont, dass Österreich seinen eigenen Weg gehen und Rücksicht auf Wachstum sowie Beschäftigung nehmen soll.

Internet:

Zum Vortrag von Achim Truger in der AK:
tinyurl.com/7tch2f2

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
amela.muratovic@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

„Haben wir wirklich über unsere Verhältnisse gelebt?“

Die Nahrung von Mythen und Vorurteilen sind fehlende Informationen.

Autorin: Elke Radhuber

Mitarbeiterin im Büro des ÖGB-Präsidenten

Seit 2007 wurden laut OECD in den Industrieländern 13 Mio. Jobs durch die Finanzkrise vernichtet und 44 Mio. Menschen arbeitslos. Wie die aktuelle Debatte zur „Schuldenbremse“ deutlich zeigt, sind die negativen Folgewirkungen der Wirtschaftskrise 2008/2009 noch spürbar. Mitte Jänner 2012 gab die US-Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) zudem bekannt, dass sie Österreichs AAA-Rating herabgestuft hat. Ein herber Schlag, obwohl die zweitbeste Note AA+ immer noch sehr gut ist und – auch wenn es medial gerne so transportiert wird – von S&P in keiner Weise gesagt wurde, dass dies die Folge von zu wenig Sparambition sei. Und so beginnt das Jahr 2012 mit dem allgemeinen Tenor „Wir müssen sparen“.

Latent im Hintergrund schwingt häufig unangenehm mit, dass „wir Geld verschwendet hätten“ und es nun Zeit wäre, „den Gürtel enger zu schnallen“. Oft wird diese direkte Forderung auch mit der Aussage „der Staat müsse sparen“ umgangen – gleichzeitig wird dezent verschwiegen, was das konkret für den/die StaatsbürgerIn bedeuten könnte: Sozialabbau durch die Hintertüre.

Beipackzettel genau prüfen

Starke Schmerzmittel mögen einem Patienten kurzfristig Linderung verschaffen – eine Heilung bedeutet die reine Symptombekämpfung jedoch nicht. Im Gegenteil: Durch das Hinauszögern besteht die Gefahr einer Chronifizierung, und Me-

dikamente haben bekanntlich auch Nebenwirkungen. Um den Leidensdruck unseres Patienten nachhaltig zu verringern, wird der aufwendige Weg notwendig, also die Ursachen der Schmerzen auffindig zu machen, eine adäquate Therapie zu finden und die entsprechende Behandlung durchzuführen.

Nach der Genesung muss der Patient – um nicht nach kurzer Zeit erneut zu erkranken – vorsorgen. Zugegebenermaßen ist diese Vorgehensweise sehr viel aufwendiger als der Griff zur Schmerztablette, aber auch effektiver. Und so verhält es sich nicht nur bei der körperlichen Krisenbewältigung.

Nur die Schmerztablette

Stark vereinfacht ausgedrückt lässt sich dieses Prozedere übertragen: Konsequente Beseitigung der Ursachen und nachhaltige Behandlung. Im Moment werden im Rahmen der sogenannten „Schuldenbremse“ verschiedene Lösungen diskutiert, insbesondere Sparmaßnahmen auf der Ausgabenseite. Letztere bergen aber eben die Gefahr, nur die „Schmerztablette“ zu sein und die Probleme durch Nebenwirkungen sowie komplexe Wechselwirkungen noch zu verstärken oder sogar zu einem chronischen Missstand werden zu lassen. Die unerwünschten Nebenwirkungen wären dann eine Wachstums-, Beschäftigungs- und Investitionsbremse.

Um die Krise bewältigen zu können, sind ein solides, auf Kaufkraft gestütztes Wirtschaftswachstum und der Erhalt der sozialen Sicherungssysteme maßgeblich. Es gilt daher, Kaufkraft zu sichern. Da

BUCHTIPP

Beigewum/Attac

Mythen der Krise

Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash

2010, 126 Seiten, € 11,10
ISBN 978-3-8996-5373-1



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

der Großteil der Konsumausgaben aus Lohneinkommen finanziert wird, ist es wichtig, diesen Bereich zu stärken, außerdem bedeutet zu schwaches Wirtschaftswachstum steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Steuereinnahmen und Erhöhung der Ausgaben.

Seit Jahren Reallohnverlust

Faktum ist aber, dass die unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich seit Jahren einen Netto-Reallohnverlust hinnehmen müssen und somit über vergleichsweise sinkende Einkommen verfügen – und das, obwohl die Unternehmensgewinne in den vergangenen 15 Jahren massiv gestiegen sind.

Paradoxerweise gab es gleichzeitig bei den Unternehmenssteuern und der Kapitalbesteuerung seit 1993 enorme Begünstigungen, die sich natürlich negativ auf die Staatseinnahmen (Steuerausfall –4,66 Mrd. Euro) auswirken. Das im Vergleich niedrige Arbeitseinkommen (trotz guter Kollektivvertragsergebnisse)



Und so beginnt das Jahr 2012 mit dem allgemeinen Tenor „Wir müssen sparen“. Latent im Hintergrund schwingt häufig unangenehm mit, dass „wir Geld verschwendet hätten“ und es nun Zeit wäre, „den Gürtel enger zu schnallen“.

liegt vor allem an der hohen steuerlichen Belastung, denn irgendwoher müssen die Staatseinnahmen lukriert werden. Die Einkommenskluft ist daher keineswegs nur ein soziales Problem – sondern auch ein ökonomisches.

Fakten gegen Märchen

Das Ungleichgewicht geht jedoch noch weiter: Während 54,8 Mrd. der gesamten Steuereinnahmen aus Lohn- und Mehrwertsteuer kommen, sind es lediglich 9,2 Mrd. Steuern aus Vermögen. Führt man sich die Vermögensaufteilung zum Vergleich vor Augen, wird die Schiefelage noch deutlicher: Ein gutes Drittel der privaten Vermögen (Geld- und Grundvermögen sowie Firmenbeteiligungen) gehören dem reichsten einen Prozent, die nächsten neun Prozent der reichsten ÖsterreicherInnen sind im Besitz von 34,5 Prozent des Vermögens. Die restlichen 90 Prozent teilen sich 31,8 Prozent des Finanzvermögens und eine Million dieser Menschen leben unter der Armutsgrenze (unter 994 Euro im Monat).

Zu behaupten, wir bräuchten keine Vermögenssteuer, mutet in diesem Zusammenhang wie ein schlechter Witz an. Der vielzitierte Mittelstand, also 90 Prozent der ÖsterreicherInnen, wäre gar nicht betroffen, denn er hat kein Vermögen zum Besteuern. Vernünftige Freigrenzen – wie im ÖGB-Steuermodell vorgesehen – würden kleinere Ersparnisse schützen. Das Argument, dass das keine Einnahmen bringen würde, ist ebenfalls nicht haltbar. Etwa fünf Milliarden Euro Steueraufkommen könnten durch eine Anpassung der Besteuerung

von Vermögen an den EU-Schnitt erreicht werden. Gerne führen GegnerInnen zur Begründung auch an, dass eine Vermögensbesteuerung nicht einhebbar wäre, und sprechen spöttisch von „Schnüffelsteuer“.

Österreich belegt im Ranking obskurer Finanzplätze der Welt einen traurigen Spitzenplatz: Laut Schattenfinanzindex (Financial Secrecy Index, FSI) des internationalen Netzwerks Steuergerechtigkeit ist Österreich eine der führenden Steuer- und Verdunkelungsosasen und nimmt Platz 17 der 73 intransparentesten Finanzplätze der Welt ein. Gelistet sind die Schattenfinanzzentren nach dem Grad ihrer Geheimhaltung und ihrem Anteil am Weltmarkt für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen. Relevant ist diese Problematik insbesondere für Steuerflucht und Geldwäsche (z. B. Drogenhandel).

Schätzungen der Weltbank zufolge werden jährlich 1,6 Bio. US-Dollar auf diesem Weg über die Grenzen hinweg verschoben – und es wird davon ausgegangen, dass den USA durch den Transfer von Vermögen ins Ausland jährlich ungefähr 250 Mrd. Dollar an Steuereinnahmen entgehen. Unter Berücksichtigung dieser Hintergründe stellt sich daher die Frage, ob es nicht längst an der Zeit ist, hier umzudenken.

Das Schreckgespenst einer Art „Vermögenspolizei“, die das Nachtkästchen der Oma nach Juwelen durchwühlt, ist billige Propaganda. Diese verfolgt offenbar das Ziel, die Bevölkerung gegen Steuern aller Art mobil zu machen, indem BürgerInnen suggeriert wird, dass sie persönlich davon betroffen wären.

Es ist schlicht falsch, dass Österreich – oder andere Staaten – wegen ausgeweiteter Sozialausgaben (oder Pensionen) in der Krise steckt. Denn die Defizite und Schulden in der EU waren bis 2007 durchwegs auf deutlich besserem Niveau. So hatte Österreich noch im Jahr 2007 einen Schuldenstand von 60 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes sowie ein Defizit von –0,4 Prozent und lag damit unter dem EU-Schnitt und innerhalb der Maastricht-Kriterien. Erst mit der Krise 2008/2009 hat sich das massiv verschlechtert: Schuldenstand des BIP im Jahr 2010: 72 Prozent, Defizit des BIP im Jahr 2010 –4,6 Prozent. KrisenverursacherInnen sind also nicht wir, die angeblich über die Verhältnisse gelebt haben, sondern immer noch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Kurswechsel notwendig

Im Fokus muss daher neben einnahmenseitigen Maßnahmen und dem Ausschöpfen von Effizienzpotenzialen auch die Ursachenbekämpfung bleiben: Regulierung der Finanzmärkte und ein Kurswechsel der EU-Politik in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit.

Internet:

ÖGB-Positionspapier zur Schuldenkrise:
www.oegb.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
elke.radhuber@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Fürchtet Euch!

Der für den 21. Dezember 2012 vorhergesagte Weltuntergang findet großen Anklang. Die Nachfrage lässt auf ein gutes Geschäft hoffen.

Autorin: Gabriele Müller
Freie Journalistin

Wir alle werden sterben, das lässt sich nicht leugnen. Aber müssen wir unbedingt alle gemeinsam, noch dazu kurz vor Weihnachten, wo wir ohnehin wieder zusammenleben, bis man einander vor Liebe fast erwürgt, abtreten? Und müssen wir unbedingt gleich den gesamten Planeten mitnehmen in den Untergang?

Die seriöse Wissenschaft ist nicht dieser Ansicht. In seinem Wissenschaftsblog „Astrodictionum simplex“ beschreibt etwa der Astronom Florian Freistetter, dass im Universum soweit alles in Ordnung ist. Am 21. Dezember des Jahres werde sich voraussichtlich, zumindest über Wien, ein normaler Winterhimmel präsentieren. Auch die Teleskope zeigten, dass kein unbekanntes Flugobjekt aus dem All auf die Erde knallen wird.

Maya-Kalender

Nicht vorhersehen konnten die alten Mayas, deren Kalender laut falscher Interpretation in wenigen Monaten enden soll, wie hysterisch die ErdbewohnerInnen dereinst nach Zeichen ihres Untergangs Ausschau halten würden. Sie verwendeten statt drei (Tage, Wochen, Monate) fünf Zeiträume zur Datenangabe. Am 13.0.0.0.0. (dem 21. Dezember 2012) endet eine große Periode ihres Kalenders, eine neue (Zähl-)Epoche beginnt. Die Mayas selbst haben den Weltuntergang nicht vorhergesagt. Die Rede davon tauchte erst 1987 mit dem Buch

„The Mayan Factor“ auf, in dem der Esoterik-Autor José Argüelles einen Zusammenhang zwischen Inschriften der Maya-Indios und der Apokalypse herstellte und in die Medien trug. Inspiriert vom Interesse an der Fehlinterpretation des Maya-Kalenders brachte Regisseur Roland Emmerich 2009 den Hollywood-Streifen „2012“ rechtzeitig auf den Markt. Zahlreiche besorgte Anfragen veranlassten die US-Raumfahrtbehörde NASA zur Einrichtung einer eigenen Website. Weder werde die Erde mit einem Planeten namens Nibiru kollidieren, noch durch außergewöhnliche Planetenkonstellationen in Mitleidenschaft gezogen. (Achtung: Schon wird von einer gefälschten NASA-Website berichtet.)

Geschäft mit der Angst

Nicht vorhersehen konnten die alten Mayas auch das große Geschäft, das im Vorfeld des Untergangs zu machen ist. Beschränkte sich die Beschäftigung mit dem 21. Dezember 2012 zunächst auf einschlägige Bereiche der Esoterikszene, verschaffte der Film der **Wintersonnenwende** 2012 den weltweiten Durchbruch.

Im Juni 2011 lancierte der mexikanische Präsident **Felipe Calderón** den Plan „Maya-Welt“. Erwartet wird ein Touristenstrom von über 52 Mio. Personen, mehr als doppelt so viele wie bei Normalbetrieb. Ein Rückflugticket ist dennoch angebracht: „Die Welt wird nicht enden, sondern nur eine Ära“, räumt der mexikanische Tourismussprecher Yeanet Zaldo ein. „Für uns ist das Ende des Maya-Kalenders ein Zeichen der Hoffnung.“ Zur entsprechenden Vermark-

BUCHTIPP

Robert Harris

Angst

Thriller

Heyne Verlag, 2011,

383 Seiten, € 19,99

ISBN 978-3-4532-6704-6



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

tung hat das Land zahlreiche Events, regionales Verbrennen von Weihrauch und anderes publikumswirksames Aufleben alter Riten vorbereitet.

Lust auf den Weltuntergang ortet Nikolai Grube, Maya-Experte der Universität Bonn, „gerade in der westlichen Industriegesellschaft, die wenig spirituelle Alternativen zur Verfügung stellt. An das Jahr 2012 knüpfen Esoteriker eine Heilerwartung, sie rechnen mit einer neuen Ära des Lichts, der Schwingungen oder der Kristalle, da hat jede Gruppe ihre eigene Metapher.“

Pseudodokumentationen, Websites und unzählige Bücher befassen sich mit dem Tag X. Schon gibt es Angebote zur Rettung, auch Bunker werden verkauft. Nach Ausstrahlung des Films „Die Insel der Apokalypse“ im chilenischen Fernsehen langten zahlreiche Anfragen beim Bürgermeister der **Insel Robinson Crusoe** ein. Die These der Pseudo-Doku: Wer am 21. Dezember 2012 auf dieser Insel ist, kann gerettet werden.

Ein „gewisses Muster“ im Geschäftsbetrieb erkennt Florian Freistetter. Je



© OeGB-Verlag/Paul Sturm

Am 21. Dezember des Jahres werde sich voraussichtlich, zumindest über Wien, ein normaler Winterhimmel präsentieren. Auch die Teleskope zeigten, dass kein unbekanntes Flugobjekt aus dem All auf die Erde knallen wird.

mehr Menschen Angst vor dem Ende 2012 haben, umso mehr wird zur Thematik verkauft. Es gebe, so der bloggende Astronom, zahlreiche Anleitungen zur Vorbereitung, die wunderbar geeignet seien, einem das Leben zu ruinieren: Etwa die Stornierung von Lebensversicherungen oder Bausparverträgen, und vieles andere mehr.

Seit einem Interview mit der Zeitschrift „Hörzu“ ist zum Beispiel der Möchtegern-Wissenschaftler Dieter Broers im deutschen Sprachraum groß im Geschäft. Sein Wert steigt: 2009 kostete ein Vortrag 120 Euro, ein Jahr danach bereits 250. Wer nicht lesen, hören oder sehen will, kann bei einschlägigen AstrologInnen auch einen Zauberbeutel (um 99,99 Euro) kaufen und sich so auf die „galaktische Synchronisation im Jahr 2012 vorbereiten“.

Doomsday Clock

An Gründen zur Angst mangelt es nicht. Vor kurzem wurden die Zeiger der legendären Weltuntergangsuhr um zwei Minuten weiter – von sieben auf fünf vor zwölf – gestellt. Die Uhrzeit der seit 1947 tickenden „Doomsday Clock“, eingerichtet durch das „Bulletin of the Atomic Scientists“, symbolisiert die Wahrscheinlichkeit einer weltweiten Katastrophe. Die globale Erderwärmung überschattet andere Herausforderungen, meint diesbezüglich der britische Astrophysiker **Stephen W. Hawking**: „Sie könnte Millionen Menschen töten. Wir sollten eher einen Krieg gegen die globale Erderwärmung führen als gegen den Terror.“ „Wenn Zukunftsangst sich zur kollektiven

Hysterie aufschaukelt, wird sie zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung“, schreibt Zukunftsforscher Matthias Horx unter dem Titel „Die Apokalypse des Spießers“. Aufmerksamkeit bedeutet Geld. Und wie ließe sich diese zur Neigehende Ressource leichter erschließen als durch Angst, Schrecken und Furcht? In unsicheren Zeiten werde die Angst zum einzig attraktiven Wertschöpfungsmodell, meint Horx.

Die Schlüsselszene von **Robert Harris’** jüngstem Roman „Angst“ brächte die Sache auf den Punkt: Hier erklärt der dämonische Mathematiker Hoffmann den steinreichen Investoren das Geschäftsmodell seines Hedgefonds. Dessen ungeheure Profite basieren allein auf der Messung von Angst und Panik in den globalen Mediennetzen. Die Romanfigur Hoffmann: „Der Anstieg der Markt-Volatilität ist nichts anderes als das Resultat einer beispiellosen Verbreitung von Informationen, die zu einer extremen Verstärkung der kollektiven Stimmungsschwankungen führt. Und wir werden mit dieser Tatsache Geld verdienen – sehr viel Geld.“

Die vielfach beobachtete Lust am Weltuntergang könnte auch andere Gründe als mangelnde Spiritualität haben, zum Beispiel Wut, Zorn oder Rachegeleüste. So meint etwa der deutsche Literaturkritiker Ijoma Mangold in seinem Artikel „Warten auf den Untergang“ in der Wochenzeitung „Die Zeit“: „Dass man Volkswirtschaften nur retten kann, indem man eben die Ökonomie stabilisiert, welche die Krise mit erzeugt hat, kommt unserem Bedürfnis nach Bestrafung der Schuldigen nicht entgegen.“

Da wünscht sich manch eine/r eine weitere Zuspitzung, bis vom System und seinen Profiteuren wenig übrig bleibt.“

Rituale der Landvertreibung

Die Maya-Indigenas im mexikanischen Nachbarland Guatemala, zahlenmäßig die Mehrheit gegenüber den Nachfahren der Einwanderer und Einwanderinnen, brauchen keine weitere Zuspitzung. Die meisten von ihnen sind bereits mehr als arm. Oft wird den landlosen Indiobauern und -bäuerinnen der Zugang zum eigenen Land verwehrt. Im Sommer 2011 wurde etwa die Gemeinde Nueva Esperanza vom guatemalteckischen Militär gewaltsam „geräumt“ – sie befände sich in einem Naturschutzgebiet, so die Behörden. Die 300 GemeindebewohnerInnen suchten Zuflucht auf der anderen Seite der Grenze, in Mexiko. Zu Jahresbeginn meldete die Organisation „Guatemala Solidarität Österreich“, dass sie nun auch von den mexikanischen Behörden von ihrem Aufenthaltsort im Grenzstreifen, der Gemeinde Nuevo Progreso im mexikanischen Bundesstaat Tabasco, vertrieben wurden.

Internet:

Mehr Infos unter:
www.guatemala.at
tinyurl.com/yzj7fqe

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wunschloses Unglück

*Wie es kommt, dass wir alle so unglücklich sind, obwohl es uns relativ gut geht.
Und was wir dagegen tun können.*

Autor: Sebastian Körber

Klinischer Psychologe und Gesundheitspsychologe, Wirtschaftstraining

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Wien wurde vor kurzem gar als Stadt mit der höchsten Lebensqualität weltweit ausgezeichnet. Nahrung und Sicherheit für alle, Freiheit und Krankenversicherung – das müsste doch logischerweise eine der zufriedensten Bevölkerungen zur Folge haben. Aber warum werden dann heute in Österreich so viele Psychopharmaka wie noch nie zuvor verschrieben, warum boomt der Psychotherapie-sektor, warum blicken wir jeden Morgen auf dem Weg zur Arbeit in traurige, starre Gesichter? Die Essenz zahlreicher Gespräche ist für mich: Viele Menschen spüren das Leben nicht mehr. Tage vergehen, objektiv werden Dinge geschafft, das Gefühl dazu fehlt. Nach Jahren des Funktionierens bleibt ein Gefühl der Leere, klares Indiz Richtung Depression. Woher dieses Gefühl der Leere rührt, lässt sich gesellschaftlich und individuell beschreiben.

Leben an der Belastungsgrenze

Psychisch leben wir momentan als Individuum und im Kollektiv an der Belastungsgrenze. Nie hat es mehr diagnostizierte Depressionen und Angststörungen gegeben wie in diesen Tagen. In diesem Moment nimmt deswegen jede/r fünfte Erwachsene Psychopharmaka (Statistik Austria). Wenn wir in einem vollen U-Bahn-Waggon stehen, sind das fast 30 Personen, die Medikamente zur Bewälti-

gung des Alltags verschrieben bekommen. Da bedarf es nicht besonders ausgeprägter Gesellschaftskritik, um zu sehen, dass hier Einiges falsch läuft.

Scharfe Zungen betrachten die breite Verschreibung dieser Medikamente als Instrument zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit unserer westlichen Gesellschaften. Würden all die empfundene Trauer und Zweifel ausgedrückt werden, könnte das System nicht weiter bestehen und müsste sich an menschliche Bedürfnisse anpassen. Das jetzige System kennt aber nur eine Richtung, nämlich schnelles Wachstum! Kein Platz für Entschleunigung und Sinnfragen, außer vielleicht um 23 Uhr auf ORF 2. Sonst soll das Leben Spaß machen!

„Up or out.“

„Up or out“ lautet das Credo in der Consulting-Szene. Entweder man steigt auf und macht mehr Umsatz als im Jahr zuvor, oder man fliegt aus dem Unternehmen. Dieser Spruch beschreibt auch die Funktionsweise von Staaten: Wachstum oder Niedergang. Nun braucht man nicht Wirtschaftsgelehrte/r zu sein, um zu verstehen, dass das mit dem Wachstum auf lange Frist nicht funktionieren kann, denn es gibt nur begrenzte Ressourcen, begrenzten Platz und auch begrenzte Bedürfnisse. Deswegen ist beispielsweise Bedürfnisweckung auch eine zentrale Aufgabe der Werbepsychologie. Dabei wird beabsichtigt, immer wieder neue Produkte an unsere wahren Bedürfnisse nach Geborgenheit, Zuneigung, Sexualität und Wertschätzung zu koppeln, um diese verkäuflich zu machen. Nimm dieses Deo

und du wirst begehrt, schenke diese Schokolade und du erfährst Geborgenheit.

„Die Seele geht zu Fuß.“

„Die Seele geht zu Fuß“, besagt ein altes indianisches Sprichwort. Als die Ureinwohner Amerikas das erste Mal mit dem Flugzeug reisten, warteten sie am Ankunftsflughafen auf ihre Seele. In einer immer schneller werdenden Zivilisation haben wir unsere Seelen nicht nur weit hinter uns gelassen, sondern teils vergessen, dass es sie gibt. Doch sie melden sich zurück und holen uns ein – immer!

Dieses Zurücklassen unserer Seele erkennt man im übertragenen Sinne an unserem stetigen Drang voranzuschreiten und Zielen nachzueifern, ohne diese zu hinterfragen. Wer sich im Eiltempo vorwärts bewegt, ohne die Seele – oder nennen wir es weniger esoterisch sein Wesen – zu beachten, riskiert aus den Augen zu verlieren, ob sich der eingeschlagene Weg überhaupt noch gut anfühlt. Ab einer gewissen zurückgelegten Strecke wollen wir nicht mehr hinterfragen, da einfach schon zu viel investiert, schon zu viel Weg zurückgelegt wurde.

Falsch! In jedem Moment habe ich die Möglichkeit, einen Wechsel in meinem Leben einzuleiten und jeder Meter, den ich früher die Richtung korrigiere, ist ein gewonnener!

Wäre es die Wahrheit, dass eine rein bereichernde Einstellung hohe Zufriedenheit zur Folge hätte, dann müssten doch die oft kritisierten erfolgreichen BankerInnen am glücklichsten sein. Doch gerechterweise ist dem bei Weitem nicht so. Sie funktionieren nach dem

puren kapitalistischen Gedanken. Sie wollen immer mehr und mehr, Geld wird abstrahiert und damit von Moral entkoppelt. Gewissenlose Geschäftsmänner sind einfach die reich gewordenen Opfer dieses Systems. Sie betäuben sich mit Gier, Beschäftigung und Konsum bis sie verbrennen, die Seele außer Sicht- und Reichweite. Doch jede Betäubung geht zu Ende, im Burnout oder in der Depression, oder im Erkennen des Irrtums.

„Geld macht nicht unglücklich!“

Studien beweisen, dass ein Zusammenhang zwischen Gehalt und Zufriedenheit nur bis zur Erfüllung existenzieller Bedürfnisse besteht. Wenn Grundbedürfnisse nach Nahrung und Sicherheit gedeckt sind, bekommt Geld eine andere Funktion. Über einem Familieneinkommen von 4.000 Euro im Monat nimmt die Lebenszufriedenheit mit steigendem Gehalt nämlich nicht mehr zu. Wollen wir uns dann noch signifikant wohler fühlen, treten Vergleichsprozesse an den Tag, wobei die Tiefe des Gefühls zu bezweifeln ist. Entscheidend ist dieser Studie nach also nicht der absolute Betrag, den wir verdienen, sondern der Betrag relativ zu unserer Vergleichsgruppe. Diese wählen wir selbst, also meistens Menschen im gleichen Alter, mit ähnlichem Bildungsniveau, ähnlichem Job. Bin ich in den von mir selbst oder gesellschaftlichen Normen definierten Dimensionen besser als meine Vergleichsgruppe, fühle ich mich zufriedener.

Einer von vielen Glückmachern – man glaubt es kaum, er steht nämlich in krassem Gegensatz zum Grundgedanken des Kapitalismus – ist **Altruismus**. Uneigennütziges Verhalten soll Studien zufolge glücklich machen. Wo uns doch täglich beigebracht wird, uns ja nicht übervorteilen zu lassen, nicht zu viel zu geben, misstrauisch zu sein usw. Dieses ständige Berechnen, ob man jetzt etwas geben darf oder nicht, kostet so viel Kraft, mit der man die kleine Tat schon vollbracht hätte.

Schlüsseln wir das einmal auf: Hier geht es nicht um große, selbstlose Heldentaten, sondern die kleinen Dinge im Alltag. Steht jemand offensichtlich suchend an der Straßenecke, fällt jeman-

dem etwas aus der Tasche, kommt eine gebrechliche Dame in die volle Straßenbahn, geht oft dasselbe in unseren Gehirnen vor: „Soll ich jetzt aufstehen, helfen? Warum gerade ich? Das soll doch ein Anderer machen!“ Uns ist nicht bewusst, dass dieser Denkprozess nicht nur unserer Umwelt nicht hilft, sondern auch uns selbst schadet. Die Energie, die ich dabei verbrauche, nicht zu helfen und dies vor mir selbst zu rechtfertigen, ist höher, als schnell einmal aufzustehen, obwohl ich nicht müsste, einen Suchenden von selbst zu fragen, ob ich vielleicht helfen könnte, oder mich zu bücken und jemandem etwas Verlorenes wieder aufzuheben. Wenn ich es mache – und dazu bedarf es in einer Ego-Gesellschaft Überwindung – werde ich von meinem Gehirn dafür belohnt, mich überwunden zu haben, von meinem Gegenüber mit Dankbarkeit und kollektiv vielleicht mit stiller Bewunderung bedacht. Ich habe mich getraut in einer unfreundlichen Welt freundlich zu sein! Das ist eine große Leistung!

Glück kann man lernen

Probieren Sie es einmal aus! Es wirkt wie ein Virus, tun Sie einen kleinen Gefallen und die Geisteshaltung wird weitergetragen. Glücksstudien haben bei Personen, die man kurz vor Befragungsbeginn eine Münze finden ließ, einen signifikant höheren Zufriedenheitswert ergeben, als bei Personen, die die Untersuchungsleiter keine Münze finden ließen. So einfach kann tägliches Wohlbefinden beeinflusst werden. Findet man gleich eine Parklücke, wartet die Straßenbahn noch kurz, lächelt die KassiererIn im Lebensmittelgeschäft freundlich, dann beginnt der Tag gleich ganz anders. Mehr als ich denke, kann ich selbst beeinflussen. Die Essenz ist: Glück kann man lernen!

Internet:

Homepage Sebastian Körber:
www.sekoerber.com

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
sk@sekoerber.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wer sich im Eiltempo vorwärts bewegt, ohne die Seele – oder nennen wir es weniger esoterisch sein Wesen – zu beachten, riskiert aus den Augen zu verlieren, ob sich der eingeschlagene Weg überhaupt noch gut anfühlt.



Fantastischer Realismus

Eisern sparen – so lautet ein nicht gerade einfallreiches Konzept gegen die Wirtschaftskrise. Gibt es keine Alternativmodelle?

Autor: Harald Kolerus
Freier Journalist

Die Weltwirtschaft geht unbestritten durch die schwierigsten Zeiten seit den 1930er-Jahren. Als Lösung wird ein harter Sparkurs der öffentlichen Haushalte propagiert, soziale Verwerfungen werden dabei offensichtlich in Kauf genommen. Als „solidarischer Ausgleich“ könnten eventuell eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und/oder verschiedene Formen der Vermögensbesteuerung dienen – so die gängigen Denkmodelle. Aber ist es wirklich möglich mit ein paar Milliarden Euro Mehreinnahmen und Ausgabenkürzungen eine ausgewachsene Systemkrise zu bereinigen? Statt „kosmetischen Operationen“ sind vielleicht radikale Änderungen unseres Wirtschaftslebens notwendig, um nachhaltige Lösungen zu finden. Welche Alternativen bieten sich?

Schlag nach bei Marx

Der Kommunismus als das antikapitalistische Experiment schlechthin ist ohne Zweifel auf der Strecke geblieben. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Die Planwirtschaft erwies sich als zu unflexibel, um die Bedürfnisse der BürgerInnen zu decken. Mangelwirtschaft und stark eingeschränkte Meinungsfreiheit führten zu steigender Unzufriedenheit. Weiters wurde die Eigeninitiative des Individuums unterdrückt, was erstens die Frustration erhöhte und zweitens zu wirtschaftlichem Siechtum führte. Letztlich scheiterte der Kommunismus auch daran, dass mit unterschied-

lichen Mitteln die gleichen materiellen Ziele verfolgt wurden wie im Kapitalismus: hohes Wirtschaftswachstum, steigende Produktivität und Wohlstand für die Bevölkerung. Hier erwies sich der Kapitalismus als erfolgreicher – allerdings auch nur, weil ArbeiterInnenbewegung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften innerhalb des kapitalistischen Systems Elemente des sozialen Ausgleichs durchsetzten und für steigenden Wohlstand der breiten Massen sorgten. Also ist das effektivste Wirtschaftssystem doch das bereits bestehende in Form einer sozialen Marktwirtschaft? Dann ginge es darum, die Fehler im System zu korrigieren, wobei viele BeobachterInnen meinen, der in den 1980er-Jahren aufgekommene Neoliberalismus müsse eingedämmt werden. Dazu gibt es vielfältige Vorschläge, die nicht utopisch, allerdings aufgrund bestehender Machtverhältnisse schwer zu realisieren sind: So fordert etwa die kapitalismuskritische NGO Attac dazu auf, Banken durch strengere Regulierungen auf ihre Kernaufgaben – die Verwaltung von Einlagen und die Kreditvergabe für die Realwirtschaft – zu beschränken. Für Banken, die auch Investmentbanking betreiben, soll es keinerlei staatliche Garantien oder Hilfen mehr geben. Die Argumentation: Banken haben die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Probleme wesentlich mitverschuldet. „Wenn es nicht gelingt ihre riskanten Geschäftspraktiken zu regulieren, sollten die Banken restrukturiert – sprich zerteilt – werden“, so Christian Felber von Attac Österreich.

Eine weitere Forderung von Attac: Das Lissabon-Ziel der EU, im globalen Wettbewerb Sieger zu sein, muss aufgegeben werden. Denn entweder bleibe

BUCHTIPP

Silvio Gesell

Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld

Gauke Verlag, 2008, 412 Seiten, € 25,70
ISBN 978-3-8799-8421-3

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

man selbst im Hintertreffen, mit allen verbundenen Entbehrungen, Ängsten und Stress, oder man zwingt die anderen in diese Position. In einem bereits sechs Jahre alten Grundsatzpapier von Attac heißt es dazu: „An die Stelle des Wettbewerbs gehört Kooperation zwischen Staaten. Die ‚Sieger‘ des Binnenmarktes und der Globalisierung – Vermögen, Gewinne und Kapitaleinkommen – müssen wieder fair besteuert und für soziale Sicherheit, ökologische Investitionen und EU-interne Nachbarschaftshilfe fruchtbar gemacht werden.“

Finanzmärkte entthronen

Ein wesentliches Element der fairen Besteuerung könnte eine Abgabe auf internationale Finanztransaktionen (Aktien-, Devisenhandel etc.) bilden. Unterschiedlichen Berechnungen zufolge könnte so eine Besteuerung alleine innerhalb der EU jährliche Einnahmen von 110 bis 250 Mrd. Euro in die leeren Staatskassen spülen. Dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auch auf höchster EU-Ebene bereits heiß diskutiert wird, zeigt,

Der Kommunismus als das antikapitalistische Experiment schlechthin ist ohne Zweifel auf der Strecke geblieben. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Die Planwirtschaft erwies sich als zu unflexibel, um die Bedürfnisse der BürgerInnen zu decken.



dass es sich hier um kein Konzept realitätsfremder „Gutmenschen“ handelt. Utopisch erscheint dieser Weg nur, solange der Lobbyismus der Finanzindustrie hier einen Riegel vorschiebt. Die Finanzmärkte müssten also entthront werden, wie realistisch das ist, wird die Zukunft weisen. Prinzipiell geht es ohnedies nicht darum, den Kapitalismus abzuschaffen, sondern sinnvolle Umgestaltungsmöglichkeiten beziehungsweise Ergänzungen zu finden. Eine Möglichkeit bietet die Wiederentdeckung des Genossenschaftssektors. Die Grundidee: Wirtschaftstreibende oder KonsumentInnen schließen sich zusammen, um gemeinsam ein Unternehmen zu betreiben, das auf sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich der Mitglieder abzielt. Der Raiffeisen-Sektor und die Volksbanken beruhen auf diesem Grundprinzip, sie haben sich aber von den Idealen ihrer Gründerväter bereits weit entfernt.

Seit 1943 Mondragón

Doch es gibt auch Beispiele für gut funktionierende Genossenschaftsstrukturen. An erster Stelle ist hier Mondragón zu nennen. Im Jahre 1943 in der gleichnamigen spanischen Kleinstadt vom Priester José María Arizmendiarieta ursprünglich als Lehrinstitut gegründet, wuchs Mondragón als Industriekooperation zu einem Konzern mit über 100.000 Beschäftigten und einem Umsatz von rund 15 Mrd. Euro. Seit 1997 betreibt Mondragón eine eigene Universität mit drei Fakultäten. Trotz der Größe haben die Mondragón-Genossenschaften ihre Ideale bewahrt. Die Beschäftigten sind MiteigentümerInnen, Arbeit und Lebensqualität haben

Vorrang vor den Interessen des Kapitals. Mitbestimmung und Teilhabe werden gelebt: Der Vorstand wird alle vier Jahre von der Generalversammlung, also den Arbeiterinnen und Arbeitern, gewählt. Das höchste Einkommen beträgt maximal das Sechsfache des niedrigsten. Damit liegen die unteren Gehaltsstufen über denen anderer Unternehmen, die Führungsetage verdient hingegen viel weniger als in Betrieben ähnlicher Größenordnung.

Geld mit Ablaufdatum

Alternative Wege innerhalb des kapitalistischen Systems sind also nicht nur denkbar, sondern durchaus erfolgreich realisierbar. Wie sieht es nun aber mit Alternativen zur Grundlage des modernen Wirtschaftssystems selbst aus: dem Geld. Die Idee für ein revolutionäres Geldsystem ist alles andere als neu: Der Sozialreformer **Johann Silvio Gesell** (1862–1930) stellte folgende Überlegung an: Geld zu „horten“ ist schlecht, Geld dient nur dem Wirtschaftskreislauf, wenn es schnell wieder ausgegeben wird. Ansonsten profitieren lediglich die GeldbesitzerInnen, die Geld zurückhalten können, dieses somit der Realwirtschaft entziehen und die Preise von Waren zu ihren Gunsten manipulieren. KapitalistInnen selbst profitieren wiederum ohne Leistung von den Krediten, die sie vergeben. Als Alternative schlägt Gesell die Ausgabe von sogenanntem Freigeld vor. Dieses weist ein Ablaufdatum auf, es verliert also immer mehr an Wert, solange es nicht ausgegeben wird. Gesells nicht unumstrittene Schlussfolgerung: GeldbesitzerInnen werden ihr Kapital nicht „einbunkern“, sondern für Waren und Dienstleistungen ver-

wenden, um der Wertminderung zu entgehen. Geld fließt somit ausschließlich in die Realwirtschaft, Kredite werden ohne Verzinsung vergeben, weil man ja das an Wert verlierende Geld loswerden will. Diese Theorie mag fantastisch klingen, in der Realität existieren solche Konzepte aber in Form von „Regionalwährungen“. So hat es zum Beispiel der Waldviertler zu einiger Berühmtheit gebracht. Er ist in Wirklichkeit keine eigene Währung, sondern stellt ein legales, vereinsinternes Gutscheinsystem dar, dem sich nun Betriebe anschließen können. Die KonsumentInnen tauschen Gutscheine 1:1 zum Euro und kaufen damit bei den teilnehmenden Unternehmen ein. Die Gutscheine sind immer bis zum Ende eines Quartals gültig und können gegen eine geringe Gebühr (zwei Prozent) erneuert werden. So bleibt der Waldviertler im Fluss und soll die regionale Wirtschaft ankurbeln.

Inwieweit sich die hier vorgestellten Modelle durchsetzen werden, sei dahingestellt. Über Alternativen darf allerdings nachgedacht werden. Frei nach dem Motto: Lass nicht dein Geld, sondern dein Hirn für dich arbeiten.

Internet:

Mehr Infos unter:
www.attac.at
www.waldviertler-regional.at
diealternativwirtschaft.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
haraldkolerus@yahoo.com
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Der Weg aus dem Geld

Nicht nur mit der gewagten Idee eines Wirtschaftssystems mit demokratischem Geldsystem macht WU-Professor Franz Hörmann von sich reden.

Autorin: Lisa Seidl
Freie Journalistin

Franz Hörmann, ao. Professor für Unternehmensrechnung an der WU Wien, veröffentlichte in „Das Ende des Geldes“ gemeinsam mit Wirtschaftswissenschaftler Otmar Pregetter Erklärungsmodelle der Krise und die Theorie eines Wirtschaftssystems mit demokratischem Geldsystem. Damit gilt er als Querdenker an der Wirtschaftsuni.

Pseudowissenschaft Wirtschaft

Schon Alfred Nobel sah die Wirtschaftswissenschaften als nicht preiswürdig an; der Preis für Wirtschaftswissenschaften der schwedischen Reichsbank ist kein Nobelpreis. Auch Hörmann sieht in Wirtschafts- und Rechtswissenschaften Pseudowissenschaften: Sie behaupteten, normative Wissenschaften zu sein, definierten Regeln, an die sich alle halten müssen, die Regelunterworfenen besäßen jedoch kein Mitspracherecht, das sei undemokratisch. Auch seien sie unwissenschaftlich, weil **Karl Poppers** Falsifikationsprinzip in vielen Bereichen nicht angewandt werde. Ohne empirische, objektive Wissenschaft öffne man Manipulation und Willkür Tür und Tor. Diese normgebenden Wissenschaften, die gesellschaftliche Konstrukte und keine unveränderlichen Naturgesetze seien, würden aber kaum hinterfragt: „Die **Employability**, ein störender und verstörender Faktor, verhindert schon, dass StudentInnen hinter die Kulissen schauen.“ Einer der großen Fehler unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sei das indoktrinäre Schulsystem: „Maria There-

sia war nicht an einer gebildeten Bevölkerung interessiert, sondern an Soldaten“, so Hörmann. Militärische Disziplin wurde in die Schulen importiert, Fließbandarbeit diente später als Vorbild zur Schaffung von Arbeitsrobotern. So erklärte **John Taylor Gatto** in „Dumbing Us Down“, dass das US-Pflichtschulsystem von der Elite eingeführt wurde, um die Bevölkerung zu verdummen, und in „Hidden Curriculum“, dass der heimliche Lehrplan die Übung von hierarchischem Denken, Leistungskonkurrenz und Normkonformität enthalte. Schule verspreche Emanzipation und Aufklärung, fördere aber Anpassung und stabilisiere das System.

Da eine demokratische Gesellschaft gar nicht möglich sei, lebten wir auch in keiner Demokratie. „Wir leben in einer Gesellschaftsform, in der große Unternehmen die mächtigsten Gebilde sind, Nationalstaaten nicht als machtrelevanten Faktor existieren und ‚Eigentümer‘ regieren, in einer Corporatocracy.“ Höchstes Ziel eines Unternehmens sei individuelle Bereicherung und Maximierung des Shareholder-Profits. Es stifte somit auch keinen gesellschaftlichen Nutzen. Das für Shareholder im deutschsprachigen Raum verwendete Wort EigentümerInnen sei so Hörmann der falsche Begriff: EigentümerInnen/Shareholder hätten zwar Anspruch auf ihr „Pyramidenspiel“, das „zinseszinsbasierte Schuldgeldsystem“, in dem Buchgeld von Privatbanken „aus Luft“ erzeugt wird, „wertlose Aktienzettel“ und „unternehmensplündernde Dividenden“. Das Unternehmen selbst sei aber ein Bündel von Prozessen, ein soziales Netzwerk von

BUCHTIPP

Franz Hörmann, Otmar Pregetter

Das Ende des Geldes

Wegweiser in eine ökosoziale Gesellschaft
Galila Verlag, 2011,
237 Seiten, € 21,30
ISBN 978-3-9025-3333-3



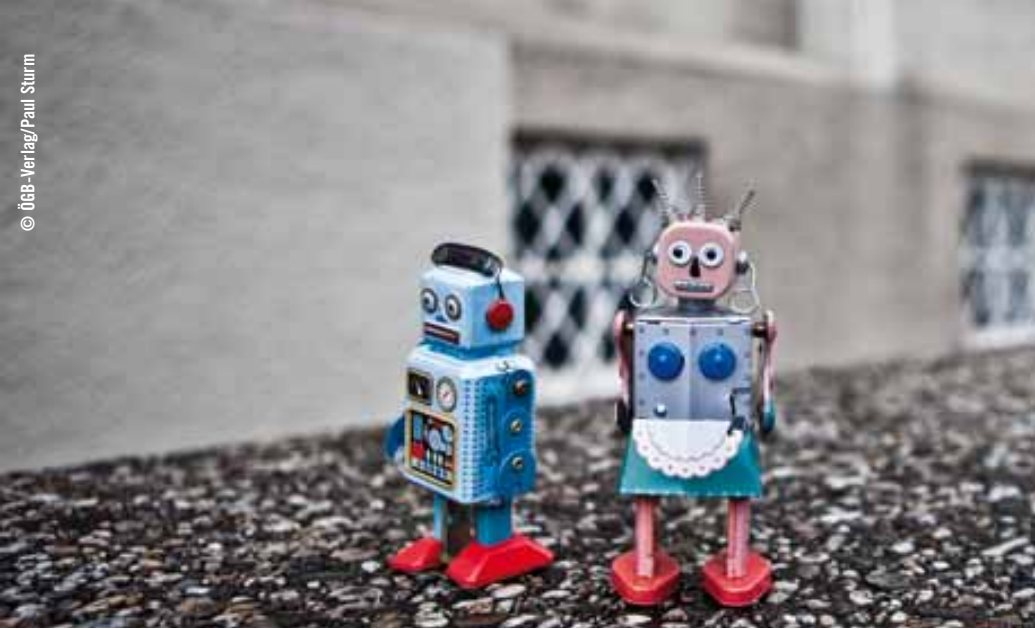
Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Wissen und Fähigkeiten, das niemand sein Eigentum nennen könne. Entscheidungen über Unternehmen trafen kleine Gruppen von Menschen, die ihr subjektives Interesse mit Hilfe von für Laien unverständlichen Pseudowissenschaften und somit Unterdrückungsinstrumenten in der Gesellschaft durchsetzen wollten. Genau dieses zinseszinsbasierte Schuldgeldsystem, das für eine Umverteilung in der Volkswirtschaft zugunsten der obersten zehn Prozent Sorge, sei Wurzel der Wirtschaftskrise. Um diesen Trend nicht abreißen zu lassen, würde in den Schulen nur Konkurrenz und nicht Kooperation konditioniert. Letztere wäre eine Gefahr für das herrschende System, in dem ein Geldadel über die wichtigsten Fragen unserer Gesellschaft entscheide.

Human-Way-Partei gegründet

Mit dem Ziel einer Gesellschaft ohne soziale Schichtung und dem Bestreben, durch achtsamen Umgang mit der Erde zur menschlichen Entwicklung beizutragen



Militärische Disziplin wurde in die Schulen importiert, Fließbandarbeit diente danach als Vorbild zur Schaffung von Arbeitsrobotern. So erklärte John Taylor Gatto in „Dumbing Us Down“, dass das US-Pflichtschulsystem von der Elite eingeführt wurde, um die Bevölkerung zu verdummen, und in „Hidden Curriculum“, dass der heimliche Lehrplan die Einübung von hierarchischem Denken, Leistungskonkurrenz und Normkonformität enthalte.

gen, gründete Hörmann mit anderen „QuerdenkerInnen“ zu Jahresbeginn die Partei Human Way. Ihren Grundsätzen zufolge beginne „Demokratie mit einem demokratischen und transparenten Geldsystem“. Vorstellbar wäre ein vollelektronisches, echtzeitfähiges Kommunikationssystem in öffentlicher Hand, demokratisch überwacht, nicht von Unternehmen.

Hörmann kritisiert das Schuldgeldsystem nicht nur wegen des exponentiellen Wachstums des Zinseszinses, dem völlig unhinterfragt ewiges Wachstum unterstellt werde, sondern auch wegen des Monopols der Geldschöpfung in der Hand privater Geschäftsbanken (statt der Nationalbanken). Diese erfolge durch Kreditvergabe als Buchgeld, welches bei Rückzahlung vernichtet werde. Es sei auf beiden Seiten der Bilanz (als Forderung gegenüber KreditnehmerInnen und als Verbindlichkeit) verzinst und stelle so leistungsloses Einkommen dar. Die Bank gehe – auch wenn anders erklärt – bei einer Kreditvergabe kein Risiko ein. Der Kreditsumme stünden keine liquiden Mittel gegenüber, aber die Sicherheit des Kreditnehmers könne bei dessen Ausfall verwertet werden. Bei der Geldschöpfung wird nur das Kreditkapital erzeugt und nicht die Zinsen. Das begründe die Konkurrenz der Unternehmen, die das Zinsgeld zurückzahlen müssen.

Im von Hörmann erträumten demokratischen Geldsystem würden Zählheiten für Leistung vergeben und nicht das Übervorteilen Anderer mit Hilfe von „Informationsasymmetrien“ belohnt werden. Aber nicht nur neue Denksätze eines Geldsystems seien für die

Zielerreichung einer kooperativen Gesellschaft wichtig: Dazu brauche es einen Multiparadigmenwechsel, eine Loslösung von materialistischen Wertvorstellungen, die auf beabsichtigter Verknappung von Ressourcen beruhten, ein Wirtschafts- und Geldsystem, das den größten Gemeinschaftsnutzen sicherstelle. Durch technische Infrastruktur, aber auch die „richtige“ Geisteshaltung, sollten Ressourcen für die Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. So sei schon die Sprache ein wesentliches Merkmal der sozialen Schicht und ein bedeutender Hinderungsgrund für die Teilhabe am demokratischen Entscheidungsprozess. Im Zukunftsmodell Hörmanns bedarf es keiner JuristInnen, die erst ein Verständnis geltender Normen möglich machten, da man sich auf eine demokratische für alle verständliche Sprache geeinigt habe.

Die Mehrheit verliert ...

Die Theorie des Wirtschaftssystems „nach dem Schuldgeldsystem“ hat klare Grundsätze. Das oberste Ziel sei die Überwindung von Knappheit (von Gütern, Dienstleistungen) mit ökosozialer Produktionsweise und die Schaffung einer selbstorganisierten Wissensgesellschaft, in der weder Geschlechter noch Ethnien oder Religionen benachteiligt werden sollten. Für die Übergangsphase ist eine „temporäre, empathische Technokratie“ angedacht. Ihr Ziel sei Selbstorganisation in einem elektronischen Kommunikationssystem, wo nur bei Konsens der Bevölkerung Handlungen gesetzt würden. Denn im politischen System wie wir es kennen, so Hörmann, entscheide eine Minderheit,

wobei automatisch die Mehrheit die „VerliererInnen“ seien.

Anmerkung der Redaktion:

Nach Fertigstellung dieses Artikels geriet Franz Hörmann mehr und mehr ins Kreuzfeuer der Kritik. So tauchten antisemitische Äußerungen des Schweizer Hans-Jürgen Klausner, eines Mitbegründers der Human-Way-Partei, auf, von denen sich Hörmann angeblich distanziert hätte, wie er im Interview mit unserer Redakteurin erklärte. Schließlich geriet aber auch Hörmann selbst in Verdacht rechten Gedankenguts und der Holocaust-Leugnung. Er betonte, dass die Human-Way-Partei eine Konsensbewegung sei, die im offenen Diskurs keine Ausgrenzung unterstütze und vermutet, er sei deswegen ins Visier gekommen, weil er Machtsysteme hinterfrage. Ein Dialog aller sozialer Schichten oder Religionen, wo private Meinungen diskutiert würden, wäre die Vorwürfe wert, so Hörmann. Inzwischen haben sich sowohl Occupy Austria als auch sein Ko-Autor Pregetter von ihm distanziert (siehe umseitig). Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft – wegen Verdachts auf Wiederbetätigung und Volksverhetzung. (Stand 27. 1. 2012)

Internet:

Mehr Infos unter:

www.das-ende-des-geldes.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin

h0701971@wu.ac.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Österreichs 98 Komma irgendwas

Occupy everywhere: Eine Bewegung breitet sich aus – bis nach Österreich. Doch wer sind diese BesetzerInnen? WutbürgerInnen? Gutmenschen? Oder gar AntisemitInnen?

Autor: Martin Haiden
Journalist

Ein buntes Häuflein Menschen hat sein Lager aufgeschlagen. Zelte dienen als Unterkunft, um dem strengen Winter – und dem System – zu trotzen. Der Ruf nach Brennholz wird laut. Im Camp wird diskutiert, Flugzettel werden verteilt, Meetings werden organisiert. Seit Mitte Oktober besetzt die Gruppe einen kleinen Teil Innsbrucks. Bis hierher hat sich die Occupy-Bewegung ausgebreitet und die TirolerInnen bilden die einzige Gruppe in Österreich, die noch immer ein Gelände – erst Waltherpark, dann Gramatboden – besetzt hält. Das heißt nicht, dass Occupy im Rest Österreichs zum Erliegen gekommen wäre, aber das Tiroler Beispiel zeigt, wie es den „99 %“ auf der ganzen Welt geht: Der Protest aus dem Herbst muss über den Winter getragen werden.

Seit September laufen die Auflehnungen unter dem Namen „Occupy“. Bereits im Juli rief die US-Zeitschrift „Adbusters“ angesichts der immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich zum Protest auf. AktivistInnen griffen am 17. September 2011 die Idee auf und besetzten die Wall Street, Symbol des internationalen Kapitalismus.

99 %

Von dort breiteten sich die Proteste rasant aus – eine Mischung aus Demo und Party, Politik und Spaß, Krawallen und Stricken für Gerechtigkeit. Das ist nicht mehr die alte Linke, die hier auf die Straße geht, es sind die sogenannten „99 %“. Genauso

bunt zusammengewürfelt wie die AktivistInnen sind auch ihre Forderungen. Die Menschen haben das Gefühl, dass zu viel spekuliert und Geld verprasst wurde. Sie kämpfen gegen ein System, bei dem fast alle ärmer werden, während eine kleine Minderheit sich bereichert und großen Einfluss auf die Politik ausübt. Diesem einen Prozent an Gierigen und Korrupten stehen 99 Prozent der Bevölkerung gegenüber. David Graebner, Herausgeber der Zeitschrift „Adbusters“, prägte den Slogan von den „99 %“, der die Kritikpunkte der Occupy-Bewegung auf den Punkt bringt: Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Armut, Abstieg der Mittelschicht, Verschuldung der Staaten, Reichtum der Reichen und Einfluss der Wirtschaft auf die Politik. Doch dieser diffuse Protest, diese Ungewissheit, gegen was und wie man dagegen antreten könne, bietet eine breite Spielwiese, die nicht nur von den „Guten“ genutzt wird – wie man sehr gut in Österreich sieht.

WutbürgerInnen?

Während zahlreiche NGOs wie Attac oder SOS Mitmensch und auch die GPA-djp sowie die Gewerkschaft vida den ersten Aufruf zu einem internationalen Protesttag Mitte Oktober 2011 noch mittrugen, folgten dem Ruf zum zweiten Protesttag am 15. Jänner 2012 in Wien nur 300 DemonstrantInnen sowie eine Mischung von Rednern, die auch in der Bewegung selbst für Aufregung sorgte: So etwa „Wutbürger“ Roland Düringer, Tierschützer Martin Balluch und – hier wird es delikat – Franz Hörmann, Professor für Unternehmensrechnung an der WU Wien. Bereits

BUCHTIPP

Franz Hörmann, Otmar Pregetter

Occupy! (eBook)

Die ersten Wochen in New York

Eine Dokumentation

Suhrkamp Verlag, 2011, 94 Seiten, € 5,99

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

im Vorfeld wurde auf der Facebook-Seite von Occupy Austria heftig diskutiert, ob dieser für die Bewegung tragbar sei. Der Vorwurf: Antisemitismus. Hörmann ist Mitbegründer der Partei **HWP**, des österreichischen Zweigs der HuMan-Weg-Bewegung des Schweizer Hans-Jürgen Klausner.

Wie der Blogger und Occupy-Salzburg-Aktivist Bernhard Jenny aufdeckte, waren auf der Website der **HPÖ kreditie.at** Aussagen zu finden wie: „Die US-Regierung weiß ebenso wie ihre geistig-jüdischen Führer, dass nur das neue Europa die Welt zu regieren berufen ist. Sie hatten berechtigt die nackte Angst im Nacken gespürt, als das neue Wirtschaftssystem des Deutschen Reiches ab 1933 die Arbeitslosigkeit mit fast zinslosem Geld ohne Golddeckung beseitigte und damit ein überragendes Beispiel für alle freiheitsliebenden Völker in Europa erschuf, das nur mit dem zweiten Weltkrieg wieder zum Verschwinden gebracht werden konnte.“ (Zitiert nach profil, 2012/4. Die inkriminierte Passage ist inzwischen offline.) Hörmann weigert sich, sich von dieser „persönlichen Meinung“

Die Menschen haben das Gefühl, dass zu viel spekuliert und Geld verprasst wurde. Sie kämpfen gegen ein System, bei dem fast alle ärmer werden, während eine kleine Minderheit sich bereichert und großen Einfluss auf die Politik ausübt.



Kraussners zu distanzieren. Er möchte seine Kritik am Geldsystem äußern. 2011 erschien das Buch „Das Ende des Geldes“, gemeinsam verfasst mit Otmar Pregetter – der sich seinerseits in einer APA/OTS-Aussendung vom 5. Dezember 2011 „zur Gänze von der von Franz Hörmann (mit)gegründeten ‚Human-Weg-Partei‘ distanziert“. Die Partei verfolge Ansätze, „die über weite Strecken von ‚Allmachtsphantasien‘ sowie ‚antisemitischen Äußerungen‘ überlagert seien“. Nach Artikeln in der „Presse“ und im „profil“ distanzieren sich auch Prominente wie Robert Misik oder Klaus Werner-Lobo. „Falls es jemals 99 Prozent waren, sind’s jetzt nur mehr 98 Komma irgendwas. Mit Leuten, die Antisemitismus als dialogfähig erachten, führe ich keinen Dialog, ich bekämpfe sie“, so Werner-Lobo auf seiner Facebook-Seite.

Über das Geldsystem diskutieren

Gehört Occupy Österreich nun ins rechte Eck? Wurde die Bewegung gar von AntisemitInnen und VerschwörungstheoretikerInnen unterwandert?

„Die Aussagen von Franz Hörmann sind seine ganz persönlichen und reflektieren auf keinen Fall die Meinung von Occupy Austria“, reagierte Occupy Österreich. Auch Georg Pleger, Pressesprecher von Occupy Innsbruck, erwidert im Gespräch mit A&W: „Ich grenze mich ganz klar gegen den Vorwurf ab, in irgendeiner Form antisemitisch zu sein oder dieses Gedankengut zu unterstützen. Ich möchte über das Geldsystem auf inhaltlicher Ebene reden und nicht auf dieser billigen Ebene diskutieren.“

Hier passiere auch folgender Fehler, so Pleger: Sobald man über das Zinssystem diskutiere, käme man in den Verdacht des Antisemitismus. Eine sachliche Diskussion sei nicht möglich, diese sei aber auch ein Anliegen von Occupy Innsbruck: „Es geht darum, das bestehende Geldsystem und die Frage der Geldschöpfung zu hinterfragen. Dieser Teil wird auch von Herrn Hörmann mitgetragen, seine Vorstellungen auf anderen Ebenen sind nicht die Vorstellungen von Occupy. In der Kritik am Geldsystem treffen wir uns mit Herrn Hörmann genauso wie mit anderen Organisationen und Geldtheoretikern.“

Die Zukunft von Occupy Österreich

Dies war auch ein wichtiger Punkt in der ersten nationalen Occupy-Konferenz am 20. und 21. Jänner in Linz. Wieder war Hörmann als Redner geladen. Nach der Konferenz stellte Occupy Österreich klar: „Hörmann hat als Universitätsprofessor eine kritische Meinung zum heutigen Geldsystem. (...) Er hat sich nun entschlossen eine eigene Partei zu gründen und hat somit den Weg der Bürgerbewegung verlassen. Dies nehmen wir zur Kenntnis, und werden ihn in Hinkunft nicht mehr als Vortragenden einladen.“

Wie kann eine offene Bewegung mit dem Anspruch die „99 %“ zu vertreten, reagieren? Muss sie Grenzen ziehen, um nicht unterminiert zu werden? „Wenn sich in Occupy Austria so wenige Leute engagieren, passiert es sehr leicht, dass man unterwandert wird“, gibt sogar Mitinitiator von Occupy Wien Philipp Janýr in einem Facebook-Kommentar

zu. Zwangsläufig sind im Entstehen begriffene Bewegungen von jeder Richtung her angreifbar. Darauf zielen rechte Strategen auch ganz bewusst ab, nicht nur in Österreich. Die NPD Frankfurt a. M. rief dazu auf, „Occupy zu okkupieren“, Republikaner in den USA wollen ein „Occupy Afghanistan“. Unter dem Anspruch, dass in einer „echten“ Demokratie jede Meinung ein Recht habe geäußert zu werden, ist man diesen unerwünschten Zurufen ausgeliefert – bis man klar Position bezieht. Das sieht auch Willi Mernyi, Leiter des Kampagnenreferats des ÖGB, so: „Natürlich freut sich jeder Gewerkschafter über die Aufbruchstimmung in der Gesellschaft. Aber angesichts der hier involvierten Personen ist eine breite Allianz von NGOs und Gewerkschaften sinnvoller. Diese verfolgen klare Ziele und man weiß, wofür sie stehen.“ In Innsbruck geht die „freundliche“ Besetzung am Gramartboden bis in den Frühling weiter, im Februar wird es wieder eine Occupy-Konferenz geben. Bis dahin, so empfiehlt Georg Pleger, sollte man sich zumindest so weit engagieren, dass man selbst bereit für den Protest ist: „Occupy yourself“ ist das neue Schlagwort.

Internet:

Die Homepage von Occupy Innsbruck:
99prozent.info

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
martin.haiden@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Euro – „Teuro“ – Krise?

Am 1. Jänner 2002, 00:01 stürmten Tausende die Bankomaten, um die ersten Euros zu ergattern. Zehn Jahre später wird gerne der „Euro-Ausstieg“ diskutiert.

Autor: Klaus-Dieter Mulley

*Institut für Geschichte der Gewerkschaften
und Arbeiterkammern*

1 979 wurde das Europäische Währungssystem eingeführt, welches die Wechselkurse der unterschiedlichen Landeswährungen der EU aneinander band. Damit erfolgte ein weiterer Schritt im politischen Projekt einer europäischen Einigung. Im Vertrag von Maastricht (1992) wurde ein Drei-Stufen-Plan zur Einführung einer gemeinsamen Währung im Rahmen einer zu errichtenden Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Während es vorerst um die Herstellung eines freien Kapitalverkehrs als eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes ging, wurden in der zweiten Phase die Staatsfinanzen der teilnehmenden Länder einer Überwachung unterzogen.

Eurozone hat 17 Mitgliedsländer

1995 schließlich, Österreich trat in diesem Jahr der EU bei, fiel die Entscheidung für „Euro“ als Name der neuen Währung. Dieser ersetzte ab 1999 den „ECU“ als „Buchgeld“, Überweisungen und Aktienkäufe innerhalb der EU wurden mit Euro abgewickelt. Mit Beginn des Jahres 2002 führten Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien den Euro als Bargeld ein.

Im Zuge der Erweiterung der EU traten in den Jahren ab 2007 Slowenien, Malta, Zypern, Slowakei und Estland dem Euroraum bei, sodass dieser nun 17

Mitgliedsländer umfasst. Arbeiterkammer und ÖGB hatten schon seit 1996 einen ausreichenden Schutz der KonsumentInnen bei der Euro-Umstellung verlangt und ihn schließlich auch erreicht. Grundlage und zentraler Argumentationshintergrund zur Durchsetzung war eine von der Arbeiterkammer durchgeführte Meinungsumfrage, in der sich mehr als drei Viertel der ÖsterreicherInnen für eine gesetzlich abgesicherte Pflicht zur doppelten Preisauszeichnung in der Schilling-Euro-Übergangszeit ausgesprochen hatten. Für AK und ÖGB ging es um faire Verhältnisse bei der Euro-Bargeldumstellung, dazu gehörte vor allem auch eine ausreichende Information der KonsumentInnen. Um Preiserhöhungen hintanzuhalten, kündigten die Arbeiterkammern an, bereits im Vorfeld der Euro-Einführung eine durchgehende Preisbeobachtung durchzuführen. Denn nur bei genauer Beobachtung von Preisen über einen längeren Zeitraum würden AnbieterInnen keine Anhebung derselben wagen. Wichtig war es zudem, auf versteckte Preiserhöhungen – insbesondere auch auf veränderte Packungsgrößen – zu achten.

„Euro-Hotline“ der AK

Die Arbeiterkammern hatten seit dem 17. September 2001 eine kostenlose Euro-Hotline eingerichtet, bei der KonsumentInnen Auskünfte rund um die neue Währung bekamen, aber auch Beschwerden über Euro-Preissteigerungen und falsche Preisauszeichnungen melden konnten. Vom September 2001 bis Ende

März 2002 riefen rund 23.000 KonsumentInnen bei der „AK-Euro-Hotline“ an. Beim Großteil der Anrufe handelte es sich um Informationsanfragen, wie etwa zu Geldumtausch-Möglichkeiten, zur Gültigkeit von Gutscheinen und Parkscheinen sowie zur doppelten Preisauszeichnung.

Schwarzes Brett für Preissünder

Immerhin rund 16 Prozent der Anrufe betrafen Beschwerden über Preiserhöhungen und wegen falscher doppelter Preisauszeichnung sowie nicht korrekter Umrechnung. Durch die Einrichtung eines „Schwarzen Brettes“ im Internet wurde den KonsumentInnen ermöglicht, direkt Beobachtungen über Preiserhöhungen zu melden und zu veröffentlichen. Binnen kurzer Zeit konnten rund 800 Euro-Preisbeschwerden registriert werden. In der Tat gab es auch Betriebe, die sich der gesetzlich normierten Annahmeverpflichtung des Schillings bis 28. Februar 2002 verweigerten. „Wir werden bei den angezeigten Fällen nachfragen und die Geschäftsleute darauf hinweisen, dass sie Schillinge nicht verweigern dürfen“, erklärte damals die Euroreferentin der AK, Manuela Delapina. Sie drohte mit einer Verwaltungsstrafe und forderte eine verstärkte Information zur Rechtslage durch die damals zuständigen Bundesminister Bartenstein und Grasser.

Wie spätere Beispiele aus anderen Ländern (etwa Slowakei und Estland) zeigen, kann die weitgehend problemlose Euro-Umstellung in Österreich – mit einer gesetzlich abgesicherten, einheitlichen doppelten Preisauszeichnung



In den letzten zehn „Euro-Jahren“ war die Preissteigerung im Durchschnitt niedriger als in vorangegangenen „Schilling-Jahren“: Wurden Waren und Dienstleistungen seit der Euro-Einführung um 22 Prozent teurer, so waren es davor rund 24,7 Prozent.

über einen längeren Zeitraum hinweg, sowie der amtlichen Preisüberwachung und der Kontrolle durch die KonsumentenschützerInnen der AK – als Erfolgsgeschichte der österreichischen ArbeitnehmerInnenvertretungen angesehen werden. Die Euro-Einführung in Österreich wurde denn auch von der Europäischen Kommission als beispielgebend angesehen, was aktuell dazu führt, dass die KollegInnen der AK zu gefragten ReferentInnen in jenen Ländern (wie etwa Polen) wurden, die eine Einführung des Euro beabsichtigen.

Vom Euro zum „Teuro“?

Wenn heute vielfach in der Bevölkerung pauschal die Ansicht vertreten wird, die Preise hätten sich „durch den Euro“ verteuert, so trifft dies nicht zu, zumal sich die Preisentwicklung aus anderen Einflüssen wie Inflation, Spekulation, Wettbewerb etc. ergibt. Auch wenn es die „Teuro“-VerfechterInnen nicht hören wollen: In den letzten zehn „Euro-Jahren“ war die Preissteigerung im Durchschnitt niedriger als in vorangegangenen „Schilling-Jahren“: Wurden Waren und Dienstleistungen seit der Euro-Einführung um 22 Prozent teurer, so waren es davor rund 24,7 Prozent. Insofern sind alle – auch in den Medien dargestellten – Preisvergleiche über zehn Jahre hinweg mit Vorsicht zu genießen und problematisch. So hat die AK Niederösterreich festgestellt, dass einige Lebensmittel beim Discounter deutlich billiger wurden, bei Markenprodukten hingegen eine Teuerung feststellbar ist. Und während die Energie- und Nahrungsmittel-

preise durch Spekulation auf den Märkten gestiegen sind, waren etwa elektronische Geräte wie Computer, Notebooks etc. günstiger zu haben. Somit gilt: Jeder Vergleich hinkt.

„Euro-Krise“ 2012?

Die gegenwärtige Krisensituation hat jedenfalls nichts mit dem Euro als Zahlungsmittel zu tun, sondern resultiert aus neoliberal beeinflussten deregulierenden Maßnahmen vor der Finanzkrise 2008/09 sowie aus dem politischen Versäumnis der EU, aus dieser Krise sofort die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. So werden etwa die von EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund), ÖGB und Arbeiterkammern vehement geforderte Regulierung der Finanzmärkte, die Eindämmung der Macht der Ratingagenturen sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer immer weiter herausgezögert.

Die Spekulation blüht und gedeiht somit weiterhin, als wäre nichts geschehen. Unmissverständlich dazu AK-Präsident Herbert Tumpel: „Wenn weiter so gezockt wird, können die Staaten konsolidieren so viel sie wollen, die Situation wird sich nicht verbessern. Das ist ein nicht akzeptabler Zustand.“ Die europäischen Banken wurden im Zuge der Finanzkrise mit rund 300 Mrd. Euro gestützt, also mit rund drei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung der EU. Das und die weiteren Krisenkosten für die staatlichen Budgets – geringere Steuereinnahmen, höhere „automatische Ausgaben“ wie Arbeitslosenunterstützung und die Konjunkturpakete, die Europa vor einer Depres-

sion wie in den Dreißigerjahren bewahrt haben – trieben die Staatsschulden in die Höhe, ein Gegensteuern ist deshalb geboten. Dabei müssen erstens jene zur Kassa gebeten werden, die AuslöserInnen der Krise waren und sind. Wenn das reichste Zehntel der privaten Haushalte Geld- und Immobilienvermögen im Wert von rund 800 Mrd. Euro besitzt, wird es wohl angemessen sein, dass dieses einen größeren Beitrag leistet als die durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen.

Fairness und Gerechtigkeit

Im Übrigen beeinflussen vermögensbezogene Steuern das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung am wenigsten. Zum zweiten braucht es neben aller Konsolidierung auch eine Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung, für bessere Bildung und eine gerechtere Verteilung. Die soziale Absicherung der von der Krise betroffenen Menschen darf dabei nicht infrage gestellt werden. Das heißt: Alle budgetär notwendigen Maßnahmen müssen von Fairness und Gerechtigkeit getragen sein.

Internet:

Österreichische Nationalbank
zum Euro-Jubiläum:
tinyurl.com/74g560m

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
klaus.mulley@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

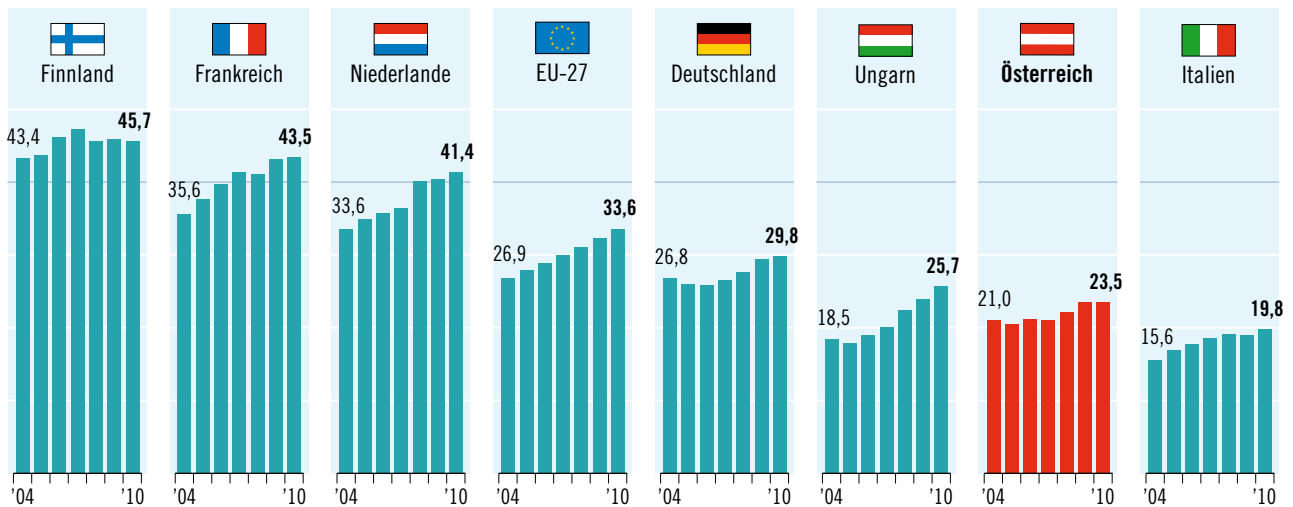
Zahlen, Daten, Fakten

Aktuelle Statistiken zu Hochschulbildung, Forschung und Entwicklung sowie zur Bedrohung durch Armut in Europa.

Hochschulbildung in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen

Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossenem Universitäts- oder Hochschulstudium, in Prozent

— EU-Ziel = 40 Prozent



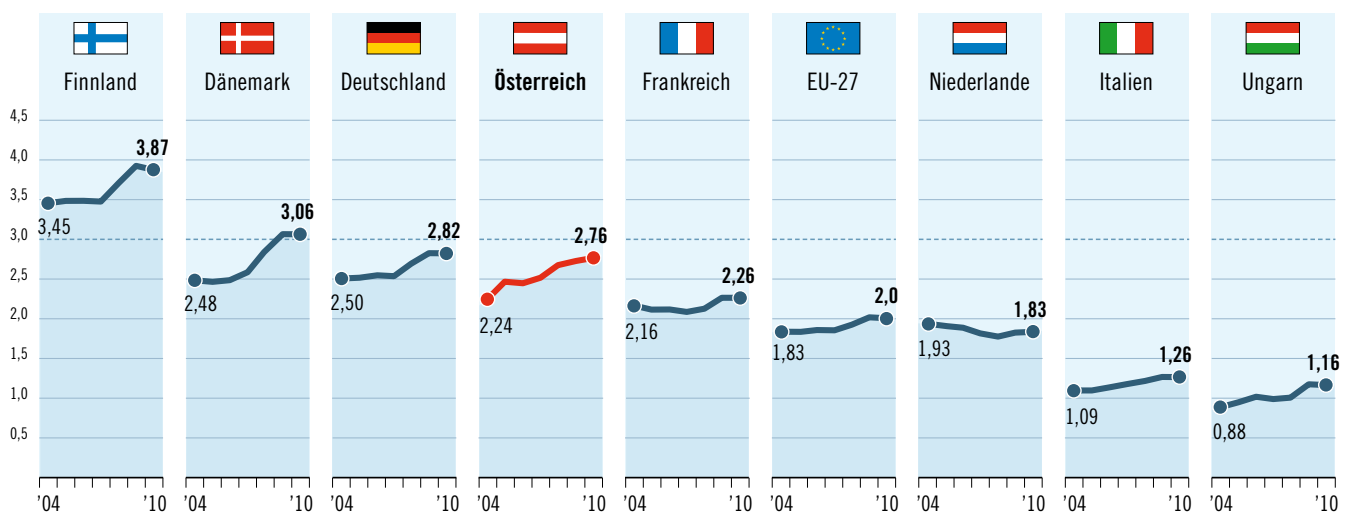
Quelle: Eurostat

APA-AUFTRAGSGRAFIK

Bruttoinlandsaufwendungen für Forschung und Entwicklung

in Prozent des BIP, Entwicklung 2004 bis 2010

----- EU-Ziel = drei Prozent



Quelle: Eurostat

APA-AUFTRAGSGRAFIK

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung nach Alter und Geschlecht

in Prozent der Bevölkerung insgesamt, Europa-2020-Indikator.

GEO/TIME	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Europäische Union (27 Länder)	—	25,7	25,3	24,4	23,6	23,1	23,4
Neue Mitgliedsstaaten (12 Länder)	—	41,0	38,1	35,0	31,7	30,6	30,3
Euroraum (EA11-2000, EA12-2006, EA13-2007, EA15-2008, EA16-2010, EA17)	—	21,3	21,8	21,7	21,4	21,1	21,5
Belgien	22,4	22,8	21,5	21,6	20,8	20,2	20,8
Bulgarien	—	—	62,2	60,7	44,8	46,2	41,6
Tschechische Republik	—	19,6	18,0	15,8	15,3	14,0	14,4
Dänemark	16,5	17,2	16,7	16,8	16,3	17,6	18,3
Deutschland (einschließlich der ehemaligen DDR seit 1991)	—	18,4	20,3	20,7	20,1	20,0	19,7
Estland	27,3	26,4	22,2	22,0	21,8	23,4	21,7
Irland	24,8	25,0	23,3	23,1	23,7	25,7	—
Griechenland	31,0	29,3	29,5	27,7	28,2	27,6	27,7
Spanien	26,1	24,2	23,9	23,1	22,9	23,4	25,5
Frankreich	19,9	19,0	18,8	19,0	18,6	18,4	19,3
Italien	26,4	25,0	25,9	26,1	25,3	24,7	24,5
Zypern	—	25,4	25,4	25,2	22,2	22,2	—
Lettland	—	46,3	41,4	35,8	33,8	37,4	38,1
Litauen	—	41,2	35,9	28,7	27,6	29,5	33,4
Luxemburg	16,1	17,3	16,5	15,9	15,5	17,8	17,1
Ungarn	—	32,1	31,4	29,4	28,2	29,6	29,9
Malta	—	20,2	19,1	19,4	19,6	20,2	20,6
Niederlande	—	16,7	16,0	15,7	14,9	15,1	15,1
Österreich	17,5	16,8	17,8	16,7	18,6	17,0	16,6
Polen	—	45,3	39,5	34,4	30,5	27,8	27,8
Portugal	27,5	26,1	25,1	25,0	26,0	24,9	25,3
Rumänien	—	—	—	45,9	44,2	43,1	41,4
Slowenien	—	18,5	17,1	17,1	18,5	17,1	18,3
Slowakei	—	32,2	27,1	21,5	20,6	19,6	20,6
Finnland	17,2	17,2	17,1	17,4	17,4	16,9	16,9
Schweden	16,9	14,4	16,3	13,9	14,9	15,9	15,0
Vereinigtes Königreich	—	24,8	23,7	22,6	23,2	22,0	23,1
Island	13,7	12,7	12,5	12,5	11,8	11,6	13,7
Norwegen	15,8	16,2	16,8	16,5	15,0	15,2	14,9
Schweiz	—	—	—	—	18,6	17,2	17,1

Quelle: Eurostat. Mit der Strategie Europa 2020 sollen die soziale Eingliederung gefördert und, insbesondere durch Armutsbekämpfung, mindestens 20 Mio. Menschen vom Armuts- und Ausgrenzungsrisiko befreit werden. Dieser Indikator entspricht der Summe der Personen, die armutsgefährdet sind oder unter materiellen Entbehrungen leiden oder in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben. Als von Armut bedroht gelten Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60 Prozent des nationalen verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) liegt. Unter „materieller Entbehrung“ werden Indikatoren zu wirtschaftlicher Belastung und Gebrauchsgütern zusammengefasst. Bei Personen, die unter erheblichen materiellen Entbehrungen leiden, sind die Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel stark eingeschränkt, und sie sind nicht in der Lage, für mindestens sechs der folgenden neun Ausgaben aufzukommen: i) Miete und Versorgungsleistungen, ii) angemessene Beheizung der Wohnung, iii) unerwartete Ausgaben, iv) jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr, v) einen einwöchigen Urlaub an einem anderen Ort, vi) ein Auto, vii) eine Waschmaschine, viii) einen Farbfernseher oder ix) ein Telefon. Als in Haushalten mit niedriger Erwerbstätigkeit lebend gelten Personen im Alter von 0–59 Jahren, die in Haushalten leben, in denen die Erwachsenen (18–59 Jahre) im vorhergehenden Jahr insgesamt weniger als 20 Prozent gearbeitet haben.

Adbusters: Wortkreation aus advertisement (Werbung) und bust (zerschlagen); Adbusters nennen sich Gruppierungen, die Werbung im öffentlichen Raum verfremden – als Zeichen ihrer Kritik gegen die Konsumgesellschaft. (Seite 40)

Altruismus: Selbstlosigkeit (Seite 35)

Argentinien 2001/02: Anfang des 20. Jahrhunderts zählte Argentinien als wichtiger Nahrungsmittellieferant zu den reichsten Staaten der Erde. Von der Weltwirtschaftskrise ab 1929 schwer getroffen, gab es damals erste offene Konflikte zwischen Arm und Reich. Präsident Juan Perón stellte 1946–1955 gigantische und kostenintensive Sozialprogramme auf. Unter den folgenden Regierungen vergrößerten sich die Schulden weiter, 2001 schließlich war das Land zahlungsunfähig. Über Nacht verloren viele ArgentinierInnen ihr gesamtes Geld. Sogar der Mittelstand beteiligte sich an den Demonstrationen und (blutigen) Straßenschlachten. In nur zehn Tagen verbrauchte das Land fünf Präsidenten, bis Eduardo Duhalde 2002 das Amt antrat. Er erklärte den Staatsbankrott, hob die Peso-Dollar-Bindung auf und führte Argentinien langsam aus der Krise. (Seite 12)

Astrodicticum simplex: astronomisches Gerät aus dem 17. Jahrhundert, das es für Ungeübte leichter machte, bestimmte Objekte zu finden. Bei dem sogenannten Sternweiser handelt es sich um einen Himmelsglobus, mit dem es möglich war, einen kleinen Zeiger auf einen bestimmten Stern zu richten; gleichzeitig zeigte ein großer Zeiger die Position des Sterns am Himmel an. (Seite 32)

Bad Bank: Abwicklungs- oder Auffangbank, die gegründet wird, um die drohende Insolvenz einer Bank abzuwenden. Diese Bad Bank dient zur Aufnahme von Derivaten und Zertifikaten von in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Emittenten sowie zur Abwicklung sogenannter notleidender Kredite. Für dieses Kreditportfolio übernimmt entweder der Staat mit seiner Zentralbank, ein Einlagensicherungsfonds oder eine Bankengruppe die Haftung. (Seite 24)

Calderón, Felipe: mexikanischer Anwalt und Politiker, geb. 1962, 1996–1999 Parteichef der christdemokratisch-konservativen Partei PAN, seit 2006 Präsident von Mexiko. Der Kampf gegen den Drogenhandel ist einer der Schwerpunkte seiner Politik. (Seite 32)

Doomsday: Tag des Jüngsten Gerichts (Seite 33)

EBIT: Earnings before interest and taxes = Gewinn vor Zinsen und Steuern (Seite 26)

Ecofin: Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten, tagt einmal monatlich. (Seite 15)

Employability: Beschäftigungs- bzw. Vermittlungsfähigkeit (Seite 38)

ESMA (European Securities and Markets Authority): Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde, etabliert im Jänner 2011, soll den Handel mit Wertpapieren innerhalb der EU regulie-

ren. Sie ist Teil des Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS), Sitz der ESMA ist Paris. (Seite 15)

EU-Haushaltspakt: Geplanter EU-Vertrag für Haushaltsdisziplin, der unter anderem gesetzlich vorgeschriebene Schuldenbremsen und automatische Strafen für SteuersünderInnen vorsieht. (Seite 18)

Europäischer Sozialfonds: Einer der beiden Strukturfonds, mit deren Hilfe die EU mehr Wachstum und Beschäftigung in alle Regionen bringen will. Seit 1958 ist der ESF dabei das wichtigste beschäftigungspolitische Finanzierungsinstrument. (Seite 21)

Gatto, John Taylor: US-Schulkritiker, geb. 1935, der selbst fast 30 Jahre als Lehrer tätig war. (Seite 38)

Gesell, Johann Silvio: deutscher Finanztheoretiker und Sozialreformer (1862–1930), der eine Zeit lang auch in Argentinien lebte. (Seite 36)

Harris, Robert: britischer Journalist, Autor und Schriftsteller, geb. 1957, Werke: Vaterland, Angst, Ghost (Seite 33)

Hawking, Stephen W.: britischer Astrophysiker, geb. 1942, forschte vor allem auf dem Gebiet der Schwarzen Löcher. Hawking ist wegen einer degenerativen Erkrankung des motorischen Nervensystems (ALS) seit 1968 auf den Rollstuhl angewiesen. Seit 1985 kann er nur noch per Sprachcomputer kommunizieren. 1981 stellte Hawking sein Konzept, nach dem das Universum keine Grenzen haben sollte, im Vatikan vor. In diesem Vortrag stellte er das All zugleich als ein Phänomen dar, das keines Schöpfergottes bedarf. 1988 erschien sein erstes populärwissenschaftliches Buch „Eine kurze Geschichte der Zeit“. (Seite 33)

HWP: (Auch HWB bzw. HPÖ auf der Human-Way-Bewegungs-Homepage www.kreditie.at.) Von Hörmann am 26. 11. 2011 gegründete Partei. (Seite 40)

Kohäsionsfonds: Neben den zwei Strukturfonds ESF (siehe oben) und EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) zählt der Kohäsionsfonds zu den drei Instrumenten der EU-Kohäsionspolitik, um regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung – also den Zusammenhalt in der EU – zu fördern. Der Kohäsionsfonds finanziert Projekte, durch welche die Umwelt und die Integration in die trans-europäischen Verkehrsnetze gefördert werden sollen. (Seite 21)

Lehman Brothers: 1850 von drei emigrierten deutschen Juden in Alabama gegründete Investmentbank. Nach dem Bürgerkrieg verlegten Henry, Emanuel und Maier Lehman ihre Geschäfte nach New York. Im Zuge der Subprime-Krise musste die Bank mehr als drei Milliarden Dollar abschreiben. Nach mehreren Rettungs- und Verkaufsversuchen meldete Lehman Brothers im Herbst 2008 schließlich Insolvenz an. Die Regierung, die davor schon drei große Banken gestützt hatte, gewährte Lehman dann keine Unterstützung mehr. (Seite 24)

Leistungsbilanzdefizit: Die Leistungsbilanz erfasst Waren- und Dienstleistungsströme sowie Erwerbs- und Vermögensübertragungen zwischen dem In- und Ausland. Bei einem Leistungsbilanzdefizit werden von einem Staat nicht mehr ausreichende finanzielle Mittel erwirtschaftet, um seinen ausländischen Zahlungsverpflichtungen und grenzüberschreitenden Aktivitäten nachzukommen. (Seite 22)

Ostasien 1997/98: Infolge der Liberalisierung der Finanzsektoren asiatischer Staaten entstand in den Neunzigerjahren eine Kreditblase in Asien. Hauptproblem waren die kurzfristigen in Fremdwährungen laufenden Kredite der asiatischen Banken, denen nur verhältnismäßig geringe Währungsreserven gegenüberstanden. Die Finanz-, Währungs- und Wirtschaftskrise begann im März 1997 in Thailand und griff auf mehrere asiatische Staaten über. China und Taiwan blieben weitgehend verschont. (Seite 12)

Popper, Karl: österreichisch-britischer Philosoph (1902–1994), Begründer des kritischen Rationalismus, war unter anderem für die sozialistische Jugendbewegung und in Alfred Adlers individualpsychologischen Erziehungsberatungsstellen in den Arbeiterbezirken tätig. Popper arbeitete noch als Hauptschullehrer, als er mit seinen philosophischen Schriften begann. 1937 Emigration nach Neuseeland, ab 1946 in London tätig. Werke: Logik der Forschung, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Alles Leben ist Problemlösen. (Seite 38)

Portefeuille: auch Portfolio; ursprünglich: Brieftasche, Sammelmappe, in der Finanzwelt: Bündel von Investitionen (Seite 25)

Robinson-Crusoe-Insel: größte Insel des Archipels der Juan-Fernández-Inseln westlich der chilenischen Küste. (Seite 32)

Solidaritätsfonds: Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) wurde eingerichtet, um Staaten zu unterstützen, die von Naturkatastrophen größeren Ausmaßes betroffen sind. Finanzhilfe wird dann gewährt, wenn die Schäden auf mehr als 0,6 Prozent des BIP geschätzt werden. (Seite 21)

Türkei 2000/01: Durch ein steigendes Leistungs- und Handelsbilanzdefizit, verbunden mit einem maroden Bankensystem und einer Staatskrise, wurde im Jahr 2000 in der Türkei eine Wirtschaftskrise ausgelöst. Es kam zu Kapitalflucht und Spekulationen, die Nationalbank gab die türkische Lira frei, wodurch die Währung innerhalb von wenigen Stunden 40 Prozent an Wert verlor. Um den Staatsbankrott abzuwenden, gewährte der IWF 31 Milliarden Dollar Kredit. (Seite 12)

Volatilität: Schwankungen (z. B. von Aktienkursen), Abweichungen; Flüchtigkeit (Seite 15)

Wintersonnenwende: Am 21. bzw. 22. Dezember erreicht die Sonne auf der Nordhalbkugel der Erde die geringste Mittagshöhe; Beginn des astronomischen Winters. (Seite 32)

Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

DAS WAR 2011. SAMMELBAND DER ARBEIT&WIRTSCHAFT.

Standpunkt der Arbeit zur Neuregelung der Wirtschaft



Reihe: Zeitgeschichte

Bundesarbeitskammer und Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hg.)

2012 || 11 Hefte || gebunden || Euro 24,90

ISBN: 978-3-7035-1543-9

Die Schwerpunkte der Arbeit&Wirtschaft im Jahr 2011 waren Zeit, Bildung, die Weltwirtschaftskrise, die Arbeitsmarktöffnung, die Zukunft der Arbeit, die Globalisierung, Essen und Trinken, Netzwerke on- und offline, 90 Jahre Arbeiterkammer, das Driften nach rechts und Österreichs Medienlandschaft.

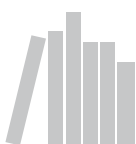
Der Arbeit&Wirtschaft-Sammelband bietet Ihnen einen etwas anderen Überblick über das Jahr 2011.

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

FINGER WEG VON UNSEREN PENSIONEN!

Fangen wir mit der Gleichstellung da an, wo sie notwendig ist – beim Berufseintritt, nicht beim Pensionsalter!

Wir fordern für Frauen

- › Einkommensgerechtigkeit
- › gleiche Karrierechancen
- › Ausbau der Kinderbetreuung



OGB | Frauen

www.oegb.at/frauen

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW

02Z031759M

P. b. b. Erscheinungsort Wien VERLAGSPOSTAMT 1230 WIEN